

Deutscher Militarismus und Aufrüstung vor 1914

Es herrscht weithin die Ansicht, Kaiser WILHELMS >säbelrasselndes< Auftreten und imperialistische Machtpolitik< hätten den Völkern Europas den deutschen Militarismus und einen deutschen Überfall fürchten gelehrt. Solch eine angesichts des vor 1914 überstarken französischen Revanchismus und britischen Imperialismus unglaubliche Behauptung kann man nicht auf sich beruhen lassen.

¹ Zitiert in: Gerhard KRAUSE, *Die Schuld am deutschen Schicksal*, K. W. Schütz, Pr. Oldendorf 1973, S. 22 f.

Die Zahl der Kriege, in die Frankreich oder England in den letzten Jahrhunderten verwickelt waren, ist ohnehin viel größer als die Zahl der von Deutschland geführten militärischen Auseinandersetzungen.¹

In den insgesamt 287 Kriegen, die von 1800 bis 1940 geführt wurden, waren nach einer Untersuchung des US-Professors WRIGHT beteiligt:

England	mit 80 Kriegen =	28	Prozent
Frankreich	mit 75 Kriegen -	26	Prozent
Spanien	mit 66 Kriegen =	23	Prozent
Rußland	mit 63 Kriegen =	22	Prozent
Österreich-Ungarn	mit 55 Kriegen =	19	Prozent
Türkei	mit 43 Kriegen -	15	Prozent
Polen	mit 32 Kriegen =	11	Prozent
Schweden	mit 26 Kriegen =	9	Prozent
Holland	mit 23 Kriegen =	8	Prozent
Deutschland mit Preußen	mit 23 Kriegen =	8	Prozent
Dänemark	mit 20 Kriegen =	7	Prozent

Ebenda, S. 21 f.

In den letzten zwanzig Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, von 1894 bis 1914, fanden folgende größere Kriege² auf der Welt statt. An ihnen war das Deutsche Reich bis auf den Herero-Aufstand gar nicht beteiligt. Kaiser WILHELM II. konnte 1913 sein 25jähriges Amtsjubiläum als Friedenskaiser begehen.

1894-1895	japanisch-chinesischer Krieg.
1895	Frankreich erobert Madagaskar. Japan besetzt Formosa.
1896	Italien führt Krieg gegen Abessinien und wird geschlagen.
1897	Griechenland führt Krieg gegen die Türkei um Kreta, das bei Griechenland bleibt.
1898	Großbritannien erobert endgültig den Sudan. Die USA erobern von Spanien Kuba und die Philippinen und besetzen die Hawaii-Inseln.
1899-1902	zweiter Krieg Großbritanniens gegen die Buren.
1900	Boxeraufstand in China wird von europäischen Großmächten niedergeschlagen.
1901	Frankreich erobert Kolonialgebiet am Tschadsee.

- 1903 Großbritannien führt erbitterten Kolonialkrieg gegen die Somalis, die sich gegen die Fremdherrschaft erhoben, und dehnt seinen Einfluß auf Tibet aus.
- 1904 Krieg zwischen Japan und Rußland, das geschlagen wird. Herero- und Hottentotten-Aufstand in Deutsch-Südwest-Afrika.
- 1911 Italienisch-türkischer Krieg.
- 1912-1913 Balkankriege: Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro gegen die Türkei. Später wird Bulgarien von seinen bisherigen Verbündeten und Rumänien angegriffen und besiegt.

Bei Kriegsausbruch hatte die Entente cordiale (Frankreich und England) 2,3 Millionen Mann unter Waffen gegenüber 1,2 Millionen beim Dreibund (Deutschland, Österreich, Italien). Mit anderen Worten: Frankreich, das damals 44 Millionen Einwohner zählte, hatte 150 000 Soldaten mehr als Deutschland mit seinen 68 Millionen Bewohnern. Deutschland, das erst vierzig Jahre zuvor seine staatliche Einheit erlangt hatte, brauchte wie jede andere Großmacht auch eine ausreichende Landstreitmacht, zumal es im Gegensatz zu seinen Nachbarn nicht durch natürliche Grenzen geschützt war. Im Herbst 1914 verfügte Deutschland bezeichnenderweise nicht einmal über eine Gebirgstruppe, die erst 1915 schnell zusammengestellt wurde.

³ Erich KERN (Hg.), *Verheimlichte Dokumente*, Bd. 1, FZ, München H999, S. 12.

Von einer maßlosen deutschen Aufrüstung vor 1914 kann ebenso wenig die Rede sein. Erich KERN hat zur Heeresvermehrung der Großmächte ab 1905 beeindruckende Zahlen vorgelegt:³

1905 bis 1907:

Rußland	40 000 Mann
Frankreich	20 000 Mann
Deutschland	7 000 Mann
Österreich-Ungarn	- Mann

1907 bis 1914:

Rußland	391 000 Mann
Frankreich	215 000 Mann
Deutschland	132 000 Mann
Österreich-Ungarn	96 000 Mann

Auch die Friedensstärken

der Landheere 1914 sind bezeichnend:

Deutschland	760 000 Mann
Österreich-Ungarn	490 000 Mann
Rußland	1 640 000 Mann
Frankreich	910 000 Mann
England	250 000 Mann



Bei Kriegsausbruch hatte der Zweibund (Frankreich und England) 2,3 Millionen Mann unter Waffen gegenüber 1,2 Millionen beim Dreibund (Deutschland, Österreich, Italien). Frankreich hatte sogar die 1905 aufgegebene dreijährige Dienstzeit wieder eingeführt.

⁴ Ebenda.

⁵ Hellmut DIWALD, *Geschichte der Deutschen*, Ullstein, Frankfurt/M. 1979, S. 267.

⁶ Angefangen vom Berliner Kongreß unter BISMARCK bis hin zu den Einwirkungen auf Österreich in den Balkankrisen, hat Deutschland erhebliche Beiträge zur Erhaltung des Friedens nach 1871 geleistet.

Ähnliche Zahlen gelten für die Aufrüstung der deutschen Marine, die aufgrund des rasch zunehmenden Anteils Deutschlands am Welthandel notwendig geworden war. Die Flottenausgaben⁴ pro Kopf der Bevölkerung im letzten Jahrzehnt vor Kriegsbeginn sind hierfür bezeichnend. Sie betragen in England 17,80 Goldmark, in Frankreich 8,07, in den USA und Deutschland dagegen jeweils 5,86 und 5,82. Hellmut DIWALD schreibt zu Recht: »Die Flottenpolitik des Deutschen Reiches richtete sich erst in letzter Instanz direkt gegen England, und selbst darin war sie defensiv.«⁵ In der noch so defensiven deutschen Haltung, die seit BISMARCK⁶ bis in die Juli-Wochen des Jahres 1914 hinein eigentlich auf Friedenssicherung bedacht war, sah England einen willkommenen Anlaß, sich in die Front gegen die führende Macht auf dem europäischen Festland einzugliedern.

Deutschland war zu mächtig geworden. Es ist in diesem Zusammenhang nicht überflüssig zu erwähnen, daß antideutsche Teilungspläne in Frankreich bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges in Mode waren (siehe abgebildetes Beispiel).⁷

Rolf Kosiek

⁷ »Le partage de l'Allemagne«, Paris 1913, aus: Helriegel-Netzebaudt, *Deutscher National-Atlas*, München 1996.





Der Erste Weltkrieg

Französischer Tank im Jahre 1917,
Typ >Saint-Chamond<. Gemälde von
François FLAMENG.

Marschall MONTGOMERY meinte:

»Der Einsatz von Panzerwagen führte
nicht wieder zum Bewegungskrieg und
ermöglichte keinen entscheidenden
taktischen Sieg. Der Krieg von 1914–18
konnte nicht gewonnen werden,
er konnte nur verloren gehen.«

Der Erste Weltkrieg

Der Weltkrieg 1914 war der erste totale Krieg der neueren Geschichte. Er wurde von alliierter Seite nicht nur gegen das feindliche Heer geführt, sondern auch gegen das Hinterland und gerade gegen die Zivilbevölkerung, und das mit allen zu Gebote stehenden Mitteln: militärisch mit dem Ersteininsatz von Waffen wie etwa Gasgranaten, die eindeutig gegen Vertragstext und Sinn der Haager Landkriegsordnung verstießen, wirtschaftlich in Form der Hungerblockade gegen die Mittelmächte und propagandistisch unter Ziehung aller zur Verfügung stehenden propagandistischen Register, zu denen sich neben Presse, Broschüren, Gedichten, Postkarten, Bildern, Karikaturen und Flugblattagitation noch während der kriegerischen Auseinandersetzungen auch die Kinematographie gesellte.

Während im Deutschen Reich und im verbündeten Österreich-Ungarn die bildlich-karikierende Darstellung des Gegners eher bieder und banal war und sich mehr auf dessen Lächerlichmachung beschränkte, brachen in der französischen, italienischen, vor allem aber in der englischen >Karikatur< und in den >Meldungen< der Tagespresse alle Dämme. Wellen der Hysterie und des Hasses brachen sich Bahn und stachelten die primitivsten Leidenschaften des jeweiligen Pöbels an. In Zeitungen und auf Flugblättern wimmelte es geradezu von exzessiven und zugkräftigen Greuelbildern: brennende Häuser, vergewaltigte Frauen und Mädchen, grausam verstümmelte Kinder >abgehackte Hände<), gemarterte katholische Priester, sinnlos und unbarmherzig gefolterte und ermordete Kriegsgefangene in deutschen Händen (mit ausgestochenen Augen usw.).

Diese Feindpropaganda wurde nicht nur in den jeweiligen Staaten zur innenpolitischen Mobilisierung eingesetzt. Unsummen von Geldern gab vor allem die britische Regierung in den neutralen Staaten aus, um dortige Journalisten zu beeinflussen und die Propaganda als Tatsachen zu verkaufen. Insbesondere in den USA gab es in vielen Zeitungen einen >spook<, sogenannte >Schläfer<, die dem Redaktionsstab angehörten und auf ein Zeichen ins Horn der Entente stießen, um die öffentliche Meinung der Neutralen zu vergiften.

Den Beginn aller Kampagnen stellten nach dem Einmarsch deutscher Soldaten ins >neutrale< Belgien die dortigen >Verbrechen< an angeblich 6500 Zivilisten dar. Erst vor kurzem erschien in England ein dickleibiger Band zweier Autoren unter dem Titel *German Atrocities, 1914. A History of Denial*, der in REEMTSMAS Institut 2004 unter dem Titel *Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit* seine unvermeidliche deutsche Auflage erfahren hat. Dort ist viel von deutschen Repressalien zu lesen, nichts aber von den Ursachen, nämlich den völkerrechtswidrigen >Heldentaten< der belgischen Partisanen.

Es ist faszinierend, wie seit Fritz FISCHERS konstruierter Studie Phantasien alldeutscher Schwadronneure in angebliche Realitäten deutscher Weltbeherrschungsziele umgedeutet wurden, während gleichzeitig die Realitäten der Weltbeherrschung durch die Entente zu Phantasien verharmlost werden, und das bis zum heutigen Tag. Faszinierend ist es auch, daß die alliierten Propagandisten all die Grausamkeiten der deutschen Seite vorwarfen, deren sie sich als Kolonialmächte in Afrika und Asien schuldig gemacht hatten.

Schon am 4. Oktober 1914 traten deutsche Gelehrte von Weltrang und prominente Künstler mit einem »Aufruf an die Kulturwelt« den »Lügen und Verleumdungen« entgegen, in dem die angeblichen Greuelthaten des deutschen Heeres richtiggestellt wurden. Dort heißt es: »Wir können die vergiftete Waffe der Lüge unseren Feinden nicht entwinden. Wir können nur in alle Welt hinausrufen, daß sie falsches Zeugnis ablegen wider uns.« Gehört wurde dies nur in deutschfreundlichen Staaten wie der Schweiz oder Schweden.

1928 schloß man in Großbritannien das Büro, das bis dahin Unterlagen über deutsche Grausamkeiten im Weltkriege gesammelt hatte. Man räumte einfach ein, daß die meisten Anschuldigungen erfunden waren und verbrannte die >Beweise<.

Dieser Themenblock soll nicht nur dazu beitragen, das Ansinnen der damaligen deutschen Kulturwelt wieder aufzugreifen und die dreistesten anti-deutschen Lügen zu entlarven, sondern auch weitgehend verschwiegene Verbrechen der Gegenseite beleuchten - dies auch deswegen, weil die Alliierten 20 Jahre später bruchlos an ihre Propaganda aus dem ersten Weltenbrand anknüpften und sie im Laufe der sechs Kriegsjahre noch einmal maßlos und mit bis dahin für unmöglich gehaltenen Phantasien steigerten.

Olaf Rose

Die Ursachen des Weltkrieges 1914

Im Versailler Vertrag von 1919 wurde in Artikel 231 dem Deutschen Reich die alleinige Schuld am Ausbruch des Weltkrieges 1914 zugesprochen. Von diesem Artikel leiteten die Alliierten praktisch unbegrenzte Reparationsforderungen gegen Deutschland ab. Ein solcher Urteilspruch wie der Artikel 231 hatte nach traditioneller europäischer Völkerrechtsauffassung nichts in einem Friedensvertrag zu suchen, und er wurde bereits während der Versailler Konferenz von der damaligen sozialdemokratischen deutschen Reichsregierung energisch angefochten.

Die Reichsregierung setzte eine Sachverständigenkommission ein und veranlaßte umfangreiche Veröffentlichungen deutscher diplomatischer Akten, aus denen hervorging, daß die kaiserliche Regierung von 1914 den Krieg keineswegs gewollt hatte. Zur gleichen Zeit veröffentlichte das neue kommunistische Regime in Rußland zahlreiche Dokumente, die die Regierung des Zaren in Sachen Kriegsschuld schwer belasteten. Österreichische, serbische und britische Aktenveröffentlichungen sollten wenige Jahre später folgen. Auf der Grundlage dieses Materials sowie einer umfangreichen Memoirenliteratur kamen deutsche, französische, vor allem aber amerikanische Historiker (Harry E. BARNES, Sidney B. FAY) bereits Mitte der zwanziger Jahre zu der Erkenntnis, daß von einer deutschen Alleinschuld am Kriegsausbruch 1914 keine Rede sein könne.

Am 30. Januar 1937 nahm der deutsche Reichskanzler Adolf HITLER eine feierliche Kundgebung zum Jahrestag der Machtübernahme zum Anlaß, die 1919 von der deutschen Reichsregierung erzwungene Unterschrift unter den Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages zurückzuziehen. Keine der Siegermächte von 1918 erhob gegen die Kündigung des Kriegsschuldartikels regierungsamtlichen Einspruch, was so viel hieß, als daß sie die deutsche Haltung stillschweigend anerkannten.

Nach 1945 wurde es wieder Mode, Deutschland die alleinige Schuld am Kriegsausbruch 1914 zuzurechnen. Nur noch wenige Historiker knüpften seither an die revisionistische Schule der Zwischenkriegszeit an, obwohl deren Thesen nie ernsthaft widerlegt worden sind.

Die europäische Politik des 19. Jahrhunderts wurde maßgeblich von dem gegen das Frankreich Kaiser NAPOLEONS gerichteten Bündnis zwischen Preußen, Österreich und Rußland bestimmt. Die Befreiungskriege 1813-1814, der Wiener Kongreß 1815 und die im selben Jahr zwischen Zar ALEXANDER I., Kaiser FRANZ und König FRIEDRICH WILHELM III. geschlossene >Heilige Allianz< legten die Grundlage für eine stabile europäische Ordnung, die auch durch einzelne militärische Konflikte wie den Krimkrieg 1853-1856 und den

Die Krönung des französischen Verteidigungsbündnisses von 1892: Ministerpräsident LOUBET empfängt am 18. September 1901 den Zaren in Dünkirchen. Frankreich (vor allem POINCARÉ) wird ab 1908 Rußlands Balkan-Politik unterstützen.



Deutsch-französischen Krieg von 1870-1871 nicht aus dem Gleichgewicht gebracht werden konnte.

Nach der deutschen Reichsgründung 1871 galt der >Dreikaiserbund< zwischen den gekrönten Häuptern des Deutschen Reiches, der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und des Russischen Reiches als Garantie für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens. Reichskanzler OTTO VON BISMARCK und Zar ALEXANDER II. betrachteten gute deutsch-russische Beziehungen als Grundlage ihrer Außenpolitik.

Nach BISMARCKS Rücktritt 1890 verlängerte sein Nachfolger, Reichskanzler Georg VON CAPRIVI, den Rückversicherungsvertrag mit St. Petersburg nicht mehr.

Rußland hatte sich seit dem Berliner Kongreß von 1878 allmählich Frankreich angenähert, weil die französische Finanzwelt umfangreiche Kredite für die Industrialisierung des Zarenreiches gewähren konnte und weil Zar ALEXANDER III. eine gewisse Abneigung gegen Deutschland hegte. 1892 schlossen Paris und St. Petersburg ein militärisches Bündnis. In Europa bildete sich

nun folgende Konstellation heraus: auf der einen Seite der Zweibund Frankreich-Rußland, auf der anderen der Dreibund Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, wobei Rom aber als unsicherer Bündnispartner galt. Großbritannien verharrte vorläufig noch in seiner traditionellen >splendid isolation< und blieb neutral.

Gleichzeitig bildete sich ein Weltstaaten-system heraus, in dem das britische Empire, das französische Kolonialreich und das russische Reich mit ihren umfangreichen kolonialen Besitzungen wirkliche Weltmächte darstellten. In der Epoche des kolonialen Imperialismus schienen die europäischen Großmächte dazu berufen zu sein, die farbigen Völker der Welt zu deren Wohl zu beherrschen.

Im Gegensatz zu England, Frankreich und Rußland war das Deutsche Reich nur eine europäische Regionalmacht, der deutsche Kolonialbesitz unbedeutend. Gleichzeitig zeichnete sich der Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika zu einer Weltmacht von neuartiger Größenordnung ab.

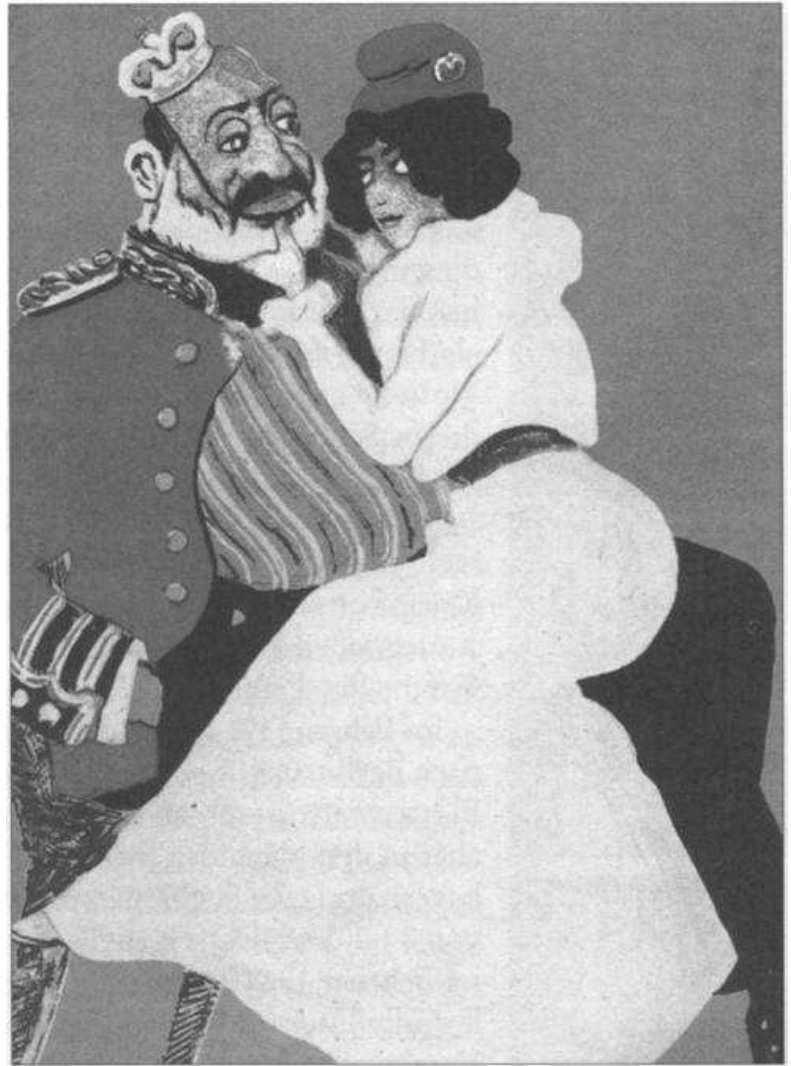
In den führenden Londoner Kreisen war man sich schmerzlich bewußt, daß Groß-

britannien dem natürlichen Machtzuwachs der beiden Giganten Amerika und Rußland auf die Dauer wenig entgegenzusetzen habe. Das britische Weltreich war rein geographisch zwar riesig, aber die Britischen Inseln waren vergleichsweise winzig, und die meisten Gebiete des Empires waren entweder dünnbesiedelt (Kanada und Australien) oder völlig unterentwickelt (Indien und Afrika). Die Leiter der britischen Außenpolitik gelangten zu der Überzeugung, daß sie auf Dauer keine andere Wahl hatten, als jede Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten und Rußland zu vermeiden.

Rußland machte dem Foreign Office besondere Sorgen. Zwischen London und St. Petersburg herrschten in Asien Interessengegensätze wegen des Irans, wegen Chinas und wegen der indischen Nordwestgrenze. Im Foreign Office fürchtete man vor allem eine russische Expansion über Afghanistan nach Nordwestindien. Sobald Rußland eine Eisenbahnlinie zur Grenze Afghanistans fertiggestellt haben würde und damit in großem Umfang Truppen an die indische Nordwestgrenze verlegen konnte, drohte England in Indien in eine hoffnungslose militärische Unterlegenheit zu geraten. Angesichts der Tatsache, daß das Kronjuwel Indien den wichtigsten Kolonialbesitz Englands darstellte, waren dies düstere Zukunftsaussichten.

Die Beziehungen zwischen England und Frankreich waren wegen Interessengegensätzen über Kolonialfragen in Afrika gespannt. Ebenso litt das Verhältnis zwischen Großbritannien und Deutschland seit 1890 unter zunehmenden Störungen, die ihre Ursache im rapiden Wachstum der deutschen Wirtschaft und deren zunehmender Konkurrenz auf dem Weltmarkt hatten. Die britischen Eliten hatten also gute Gründe, die Politik der *>splendid isolation<* aufzugeben und nach Bündnispartnern zu suchen. 1900/01 fanden deutsch-englische Bündnisverhandlungen statt, die aus komplexen Gründen ergebnislos blieben. London entschied sich daraufhin für eine Verständigung mit Frankreich und mittelfristig auch mit Rußland.

Im Foreign Office herrschte die Ansicht vor, man müsse mit St. Petersburg zu einem Abkommen über Asien kommen und die russische Freundschaft gewinnen, um so den Besitz Indiens zu sichern.



Zeitgenössische Karikatur zur *>Entente cordiale<* zwischen England und Frankreich.

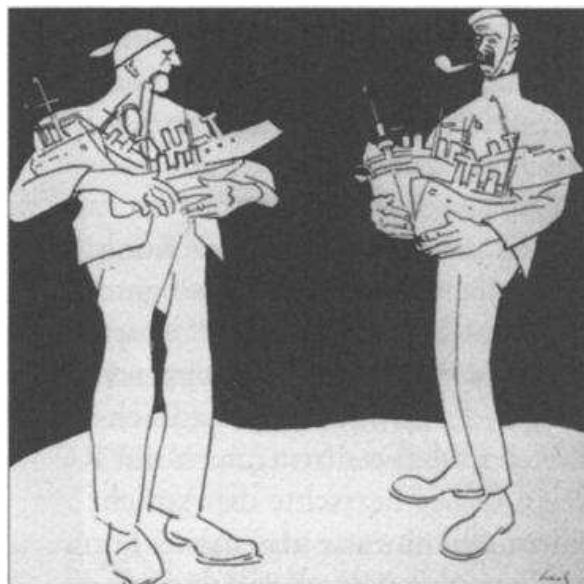
1904 konnte eine englisch-französische Vereinbarung (>Entente cordiale<) erzielt werden, die außer einer Abgrenzung der Interessensphären in den Kolonialgebieten auch Vorbereitungen für ein Defensivbündnis gegen Deutschland vorsah. 1907 folgte ein Abkommen mit Rußland über eine Interessenabgrenzung in Asien.

Dagegen waren die Beziehungen zwischen England und Deutschland in diesen Jahren von Spannungen beherrscht. Im Vordergrund stand der Ausbau der deutschen Kriegsflotte zur zweitstärksten der Welt, was in London als Herausforderung empfunden wurde und zu einem deutsch-englischen Flottenwettrüsten führte. Tatsächlich war die deutsche >Risikoflotte< von ihrem Schöpfer, Großadmiral Alfred VON TIRPITZ, in erster Linie als Abschreckungsinstrument geplant und zahlenmäßig zu schwach, um die englische Seeherrschaft ernsthaft gefährden zu können. Die britischen Marinefachleute in London wußten sehr genau, daß die kaiserliche deutsche Kriegsflotte trotz aller Rüstungsanstrengungen wegen der ungünstigen see-strategischen Lage Deutschlands wie auch rein zahlenmäßig keine wirkliche Gefahr für die britische Seeherrschaft darstellte.

Im Februar 1912 reiste der britische Kriegsminister Lord Richard HALDANE nach Berlin, um über ein Abkommen zur Begrenzung des deutsch-englischen Flottenwettrüstens zu verhandeln. Zwar blieben die Gespräche ergebnislos, aber in den folgenden Jahren hielten sich beide Seiten informell an ein Stärkeverhältnis der englischen und der deutschen modernen Großkampfschiffe von 3 : 2. Das deutsch-englische Verhältnis verbesserte sich allmählich, und im Februar 1914 kam es zu erfolgreichen Verhandlungen über eine eventuelle Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes in Afrika sowie über eine Vereinbarung über die umstrittene Bagdadbahn.

Im Januar 1912 wurde Raymond POINCARÉ französischer Ministerpräsident. POINCARÉ hatte bekannt, er wüßte nicht, wozu er am Leben sei, wenn

»Wie sollen wir uns
die Hand geben?«
Diese im Februar
1912 im *Simplicissimus*
erschienene Karikatur
unterstrich, daß
das maritime Wettrüsten
zwischen England
und Deutschland
nicht aufzuhalten war.
Einen Monat nach
HALDANES Besuch in
Berlin verlegten die
Briten ihr Mittelmeer-
Geschwader in die
Nordsee.



nicht Elsaß-Lothringen wiedergewonnen werden könne. Allerdings waren diese mehrheitlich deutsch besiedelten, 1871 zum Reich zurückgekehrten Provinzen nur ein Vorwand, im Grunde konnte sich die kleine, aber lautstarke Gruppe der französischen Revanchisten nicht mit der deutschen Vormachtstellung in Mitteleuropa abfinden. POINCARÉ ging sofort daran, dem russisch-französischen Defensivbündnis von 1892 einen offensiven Charakter zu geben. Am 16. Juli 1912 wurde eine russisch-französische Marinekonvention unterzeichnet, außerdem erhielt Rußland neue französische Kredite, um seine strategischen Eisenbahnlinien in den westlichen Militärbezirken zur deutschen und österreichisch-ungarischen Grenze auszubauen. Die Generalstäbe beider Mächte arbeiteten einen gemeinsamen Kriegsplan aus.

Rußland erholte sich allmählich von der Niederlage im Krieg gegen Japan 1904/05 und von der Revolution von 1905 und konzentrierte seine Außenpolitik nun wieder auf Südosteuropa. Ein altes russisches Ziel war die Gewinnung Konstantinopels und der Dardanellen, der Meerengen zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer. Der russische Außenminister Sergej SASONOW schrieb in einer Denkschrift an den Zaren Anfang Dezember 1913, daß dieses Ziel wohl nur im Rahmen »europäischer Verwicklungen« zu erreichen sei. Diese »europäischen Verwicklungen« bargen die Gefahr eines großen europäischen Krieges in sich. Im April 1913 schilderte Zar NIKOLAI II. gegenüber dem englischen Botschafter in St. Petersburg, Sir George BUCHANAN, seine Vorstellungen über den Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und ihre Aufteilung. BUCHANAN bemerkte, daß dies wohl kaum ohne einen großen Krieg vonstatten gehen werde. Dem Zaren selbst war der Gedanke an Krieg wenig sympathisch, aber am Hof von St. Petersburg gab es eine einflußreiche Kriegspartei um den Onkel des Zaren, den Großfürsten Nikolai NIKOLAJEWITSCH, Generalstabschef Nikolai JANUSCHKEWITSCH und den russischen Botschafter in Paris, Alexander ISWOLSKI. Diese Gruppe erhoffte sich die Rettung Rußlands vor einer neuen Revolution und die Erfüllung der panslawistischen Träume durch einen siegreichen Krieg. Die Bestrebungen der russischen Kriegspartei ergänzten sich mit denen der französischen Revanchisten, denen POINCARÉ, inzwischen 1913 zum Staatspräsidenten gewählt, nahe stand. Auch die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens war für Paris ohne Krieg nicht vorstellbar.

Die Österreichisch-Ungarische Monarchie, über deren Zerfall damals viel spekuliert wurde, erlebte zwar nach der Jahrhundertwende einen großen wirtschaftlichen Aufschwung und eine bedeutende kulturelle Blüte, wurde aber zunehmend von Nationalitätenkonflikten geplagt. Der Konflikt zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen führte ab 1912 praktisch zur innenpolitischen Lähmung der cisleithanischen (westlichen) Reichshälfte. Außenpolitisch höchst gefährlich war die Lage im Südosten der Monarchie, wo Slowenen, Kroaten, Bosnier und Serben lebten. Das im Jahre 1878 von der Türkenherrschaft befreite Serbien träumte nämlich von der Befreiung aller



Von oben: Richard Burdon Viscount HALDANE OF CLOAN (1856–1928) Raymond POINCARÉ (1860–1934); Serge Dmitrijewitsch SASO NOW (1860–1927)

südslawischen Brüder aus dem >Habsburger Völkerkerken und der Bildung eines >Größeren Serbiens< oder Jugoslawiens. Die serbische Propaganda und Untergrundtätigkeit in Bosnien-Herzegowina und in Kroatien gefährdete aber die Existenz Österreich-Ungarns, denn eine Abtrennung der südslawischen Untertanen mußte die Nationalismen der anderen Völker wecken und den Zerfall der Donaumonarchie einleiten. Einer derartigen Entwicklung konnte Deutschland nicht ruhig zusehen, das sich zunehmend eingekreist sah und in Österreich-Ungarn den einzigen zuverlässigen Verbündeten hatte. Auf der anderen Seite trat Rußland als Schutzmacht der slawisch-orthodoxen Serben auf. Angestachelt durch die panslawistische Bewegung, hoffte die russische Regierung, die slawischen Gebiete der k. u. k. Monarchie in der einen oder anderen Form dem Russischen Reich angliedern zu können. Ein Zwischenfall auf dem Balkan konnte also einen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Rußland auslösen, der wegen der bestehenden Bündnisverpflichtungen auch Deutschland und Frankreich mit hineinziehen mußte.

Rußland hatte 1909 mit einer Heeresvermehrung begonnen, die ihm zusammen mit Frankreich ab 1917 eine entscheidende Überlegenheit über die Streitkräfte Deutschlands und Österreich-Ungarns geben mußte. Bereits 1914 sah das Kräfteverhältnis der Friedensarmeen wie folgt aus:

Deutsches Reich	812 000 Mann,
Österreich-Ungarn	424 000 Mann,
Frankreich	846 000 Mann,
Rußland	1 300 000 Mann.

Die zahlenmäßige Überlegenheit Frankreichs und Rußlands wurde durch die qualitative Überlegenheit des deutschen Heeres etwas ausgeglichen. Die französische Armee war bereits allein etwas größer als die deutsche, obwohl es nur 40 Millionen Franzosen gegenüber 68 Millionen Deutschen gab. Im Deutschen Reich wurden im Gegensatz zu Frankreich nur etwas mehr als 50 Prozent aller Wehrpflichtigen tatsächlich eingezogen. Insgesamt standen entsprechend den Planungen bei Kriegsausbruch nach der Mobilmachung etwas über 5 Millionen Mann der russischen und französischen Armeen nur 3 358 000 Mann der Mittelmächte gegenüber.

Um ihre militärische Überlegenheit weiter auszubauen, versuchten die Regierungen in Paris und St. Petersburg das formal noch neutrale England auf ihre Seite zu ziehen. Seit 1906 hatten regelmäßig geheime englisch-französische Generalstabsbesprechungen stattgefunden. Im Juli 1912 gelang es POINCARÉ, Großbritannien durch den Abschluß einer Marinekonvention enger an Frankreich zu binden. Im November desselben Jahres konnten POINCARÉ und der französische Botschafter in London, Paul CAMBON, dem englischen Außenminister, Sir Edward GREY, die geheime Zusage abgewinnen, daß England im Falle eines europäischen Krieges fest an der Seite Frankreichs stehen werde. Das britische Kriegsministerium versprach, Frankreich

im Ernstfall durch Entsendung eines Expeditionskorps von 160 000 Mann zu unterstützen.

GREY war aber nicht bereit, wegen Elsaß-Lothringens oder der Dardanellen in einen großen europäischen Krieg einzutreten. Deshalb setzte POINCARÉ seinen Einfluß in London und St. Petersburg ein, um ein englisch-russisches Bündnis herzustellen und dadurch Großbritannien noch enger an den Zweibund zu binden. Der russische Außenminister SASONOW drängte das Foreign Office, ein offizielles Bündnis abzuschließen; dies mußte GREY aber mit Rücksicht auf die Stimmung im Kabinett und in der britischen öffentlichen Meinung ablehnen, denn ein förmliches Bündnis in Friedenszeiten widersprach der Tradition der englischen Außenpolitik. SASONOW schlug als Ersatz eine britisch-russische Marinekonvention vor, aber auch dies lehnte GREY zunächst ab. Anfang April 1914 erneuerte Zar NIKOLAI II. diesen Vorschlag, und mit diplomatischer Unterstützung aus Paris begannen im Frühjahr jenes Jahres englisch-russische Verhandlungen über eine gemeinsame Seekriegführung. Die geplante Marinekonvention sah für den Kriegsfall die Vernichtung der deutschen >Hochseeflotte< durch die britische >Grand Fleet<, das Eindringen britischer Seestreitkräfte in die Ostsee sowie die Landung russischer Truppen auf englischen Schiffen an der Küste Pommerns vor, von wo aus sie den Vormarsch nach Berlin antreten sollten.

Über den Inhalt dieser in London unter strenger Geheimhaltung geführten Verhandlungen wurde der deutsche Reichskanzler Theobald VON BETHMANN HOLLWEG unterrichtet, und zwar durch den Verrat des baltendeutschen Sekretärs der russischen Botschaft in London, Benno VON SIEBERT. Diese Vorgänge wurden in Berlin als höchst geheim behandelt, es wurde nicht einmal der Kaiser eingeweiht. Die deutsche Führung sah ihre schon lange gehegten Befürchtungen über eine Einkreisung Deutschlands bestätigt. Es drohte die Entstehung einer übermächtigen Koalition, gegen die das Reich aufgrund der russischen Aufrüstung ab 1917 keine Siegeschancen mehr gehabt hätte. Der deutsche Generalstabschef, Helmuth von MOLTKE der Jüngere, trug sich schon seit geraumer Zeit mit Präventivkriegsgedanken, die er auch dem Reichskanzler nahezubringen versuchte. BETHMANN HOLLWEG lehnte einen Präventivkrieg zunächst ab, zog ihn aber im Sommer 1914 zunehmend in Erwägung, falls es nicht gelingen sollte, die Bildung eines festen Bündnisses England-Frankreich-Rußland mit diplomatischen Mitteln zu verhindern. Die Überlegung war die, einen Krieg besser zu einem Zeitpunkt zu führen, zu dem Deutschland noch reale Siegeschancen hatte. BETHMANN HOLLWEG war persönlich nach dem Tod seiner Frau von tiefem Pessimismus über die Zukunft Deutschlands erfüllt, hoffte aber, daß die überlegene Qualität des deutschen Heeres und der deutschen militärischen Führung einen schnellen Sieg über Frankreich und eine erfolgreiche Abwehr der Russen möglich machen würde.

In dieser von untergründigen Spannungen beherrschten Lage ereignete sich am 28. Juni 1914 das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Erz-



Theobald VON BETHMANN HOLLWEG (1856–1921), 1901–1917 Reichskanzler; suchte während seiner Regierungszeit vielfach nach einem Ausgleich mit den Briten.



Edward Viscount GREY OF FALLODON (1861–1932), britischer Außenminister.

herzog und Thronfolger FRANZ FERDINAND und seine Frau, die Herzogin SOPHIE VON HOHENBERG. Der Doppelmord ging auf das Konto der serbischen Terrororganisation Bereinigung oder Tod< und war von dem Obersten Dragutin DIMITRIJEWITSCH, Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabs, organisiert worden. Der serbische Ministerpräsident, Nikola PASCHITSCH, wußte von dem geplanten Anschlag auf FRANZ FERDINAND, unterließ es aber, den österreichischen Behörden eine Warnung zukommen zu lassen. Die serbischen Verschwörer glaubten, FRANZ FERDINAND müsse beseitigt werden, da er bei Verwirklichung seiner Reformpläne die Weiterexistenz der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zu sichern fähig gewesen wäre; dies aber hätte die großserbischen Träume zunichte gemacht. Den Weit-sichtigeren unter den Verschwörern muß klar gewesen sein, daß das Attentat einen europäischen Krieg auslösen konnte. Die russische Regierung hatte den Serben ihre uneingeschränkte Unterstützung für den Fall eines österreichischen Strafkrieges zugesagt; das bedeutete, in letzter Konsequenz könnte durch einen großen europäischen Konflikt und einen Sieg der >Triple-Entente< Rußland, England und Frankreich über die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn der Traum vom Staat aller Südslawen, Jugoslawien, verwirklicht werden.

In ihren offiziellen Stellungnahmen stritt die serbische Regierung natürlich jede Beteiligung an dem Attentat ab, aber in Wien hatten Generalstabschef Franz CONRAD VON HÖTZENDORF und Außenminister Leopold VON BERCHTOLD auf die Gelegenheit für einen Präventivkrieg gegen Serbien gewartet, um die großserbischen Bemühungen zu dämpfen und das Ansehen Österreich-Ungarns in Südosteuropa wiederherzustellen. Insgeheim verfolgten sie das Ziel, Serbien zu verkleinern, indem Rumänien, Bulgarien und Griechenland Teile des serbischen Gebietes erhalten sollten. Unmittelbar nach dem Attentat von Sarajewo erschien die Stimmung für die Österreichisch-Ungarische Monarchie günstig, da der Mord von der gesamten europäischen Öffentlichkeit - mit Ausnahme der serbischen - mit Abscheu aufgenommen wurde.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die österreichische Politik gegen Serbien war für Wien die Rückendeckung durch Deutschland. Kaiser WILHELM II. war mit FRANZ FERDINAND eng befreundet gewesen, und er sah die möglichen Folgen des Attentats für die Stabilität der Donaumonarchie als so schwerwiegend an, daß er auf ein persönliches Schreiben Kaiser FRANZ JOSEPHS hin am 6. Juli Wien die uneingeschränkte Unterstützung Deutschlands zusicherte.

CONRAD und BERCHTOLD hätten am liebsten sofort einen Straffeldzug gegen Serbien begonnen, wurden aber vom ungarischen Ministerpräsidenten Stephan TISZA gebremst. BERCHTOLD veranlaßte zunächst eine geheime Untersuchung der Verantwortlichkeit an der Ermordung FRANZ FERDINANDS und seiner Frau. Diese Untersuchung führte bereits am 13. Juli zu dem Ergebnis,



Am 20. Juli 1914 begann Raymond Poincarés Staatsbesuch in Rußland, hier in Petersburg. Frankreich war seit 1892 mit Rußland in einer Militärkonvention, seit 1912 in einer Flottenkonvention verbunden. Bei dieser letzten Zusammenkunft vor dem Kriegsausbruch wurde das Militärbündnis bekräftigt.

daß die Spuren in Richtung Belgrad wiesen. Daraufhin machte sich das österreichische Außenministerium daran, ein Ultimatum an Serbien zu formulieren. Dessen Fertigstellung wurde bis zum 23. Juli hinausgezögert, da die Wiener Regierung erst den Besuch des französischen Staatspräsidenten POINCARÉ in St. Petersburg abwarten wollte.

POINCARÉ traf am 20. Juli in der russischen Hauptstadt ein. Bei den Staatsgesprächen machte POINCARÉ Zar NIKOLAI, Großfürst Nikolai NIKOLAJEWITSCH und SASONOW die Zusage, Frankreich werde Rußland bedingungslos unterstützen; beide Mächte sollten eine Verletzung der Souveränität Serbiens durch Österreich-Ungarn nicht hinnehmen.

POINCARÉ reiste am 23. Juli ab, und am selben Tag übergab die österreichische Botschaft in Belgrad der serbischen Regierung das besagte Ultimatum; darin forderte Wien:

1. Unterdrückung jeder Propaganda und aller Aktionen, die auf österreichisch-ungarisches Gebiet zielen.
2. Gerichtliche Untersuchung gegen die Teilnehmer an dem Attentat von Sarajewo, soweit sie sich in Serbien befinden, unter Mitwirkung österreichischer Beamter.

Als der Text der österreichischen Note am 24. in St. Petersburg bekannt wurde, äußerte SASONOW, daß dieses Ultimatum einen europäischen Krieg auslösen werde.

Was die Lage weiter komplizierte, war die Politik BETHMANN HOLLWEGS, die durch das Attentat von Sarajewo entstandene Krise zu benutzen, um

GREY die Gefährlichkeit eines Bündnisses mit Frankreich und Rußland vor Augen zu führen. Die englische Regierung sollte erkennen, daß sie wegen obskurer Vorgänge auf dem Balkan in einen großen Krieg hineingezogen werden konnte. Tatsächlich wollte BETHMANN HOLLWEG mit Hilfe der Juli-krise die >Triple-Entente< sprengen. Deshalb hatte der Reichskanzler die Politik des deutschen Kaisers, Österreich-Ungarn gegen Serbien einen Blankoscheck auszustellen, auch befürwortet. Das Kriegsrisiko nahm BETHMANN HOLLWEG in Kauf, denn die sich abzeichnende übermächtige Koalition ließ ihm und MOLTKE einen Präventivkrieg als letzten Ausweg erscheinen. In der gespannten, von Chauvinismus und Nationalismus erfüllten Atmosphäre der letzten Vorkriegsjahre hielten viele Politiker und Militärs einen Krieg für unvermeidlich.



Franz CONRAD
VON HÖTZENDORF,
der österreichische
Generalstabschef.

In St. Petersburg beschloß am 25. Juli der russische Kronrat, Vorbereitungen für eine Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn zu treffen.

Die serbische Regierung war sich der Unterstützung durch Rußland und Frankreich gewiß. Sie übermittelte Wien am 25. Juli eine Antwort auf das österreichische Ultimatum, die in der Form entgegenkommend schien, den entscheidenden Punkt aber, die Teilnahme österreichischer Beamter an der Untersuchung des Mordanschlags auf FRANZ FERDINAND, ablehnte. In Wien war man über die serbische Antwort keineswegs unglücklich. CONRAD und BERCHTOLD wollten ihren Strafkrieg gegen Serbien, von dem sie hofften, daß er sich lokal eingrenzen ließ. Sowohl Österreich-Ungarn als auch Serbien begannen am 25. mobil zu machen.



Maurice PALEOLOGUE
(1850–1944), Frank-
reichs Botschafter in
Rußland.

Am folgenden Tag ordneten der russische Kriegsminister, General Wladimir A. SUCHOMLINOW, und Generalstabschef JANUSCHKEWITSCH geheime Mobilmachungsmaßnahmen an. Am 28. Juli erklärte Wien Belgrad den Krieg. Am selben Tag wurde in St. Petersburg der Beschluß gefaßt, 13 Armeekorps gegen Österreich-Ungarn zu mobilisieren. Nun bedrängte JANUSCHKEWITSCH SASONOW, eine Teilmobilmachung sei unzureichend, wenn ein Krieg gegen Deutschland nicht ausgeschlossen werden könne. Die russische Generalmobilmachung bedeutete aber nach der damals herrschenden Auffassung, daß Deutschland nun ebenfalls die allgemeine Mobilmachung anordnen mußte, wenn es nicht entscheidende Vorteile bei Beginn des Krieges verschenken wollte. Damit wurde der automatische Ablauf von Mobilmachung, Aufmarsch und Kriegseröffnung in Gang gesetzt.

SASONOW hatte am 25. Juli vom französischen Botschafter Maurice PALEOLOGUE die Zusicherung erhalten, daß Frankreich die russischen militärischen Maßnahmen gutheiße. Außerdem hatte am 27. Juli in London der Erste Seelord, Prince Louis BATTENBERG, die fortgesetzte Kriegsbereitschaft der englischen Flotte angeordnet, die gerade ein großes Manöver mit vorangegangener Probemobilmachung abgehalten hatte. Die Beibehaltung einer Probemobilmachung in Spannungszeiten wurde in Paris und St. Petersburg als Signal dafür aufgefaßt, daß England mit Frankreich und Rußland gehen würde.

Am Morgen des 29. Juli überredete SASONOW den Zaren, den Befehl für die Generalmobilmachung zu geben, wobei NIKOLAI II. die Konsequenzen offenbar gar nicht recht begriff. Im Laufe des Tages erhielt der Zar ein Telegramm von WILHELM II., worin der deutsche Kaiser zur Mäßigung riet und seiner Hoffnung auf eine diplomatische Beilegung der Krise Ausdruck verlieh. Zar NIKOLAI, dem der Gedanke an Krieg letztlich widerstrebte, machte daraufhin die Order zur Generalmobilmachung rückgängig. Die Lage in St. Petersburg spitzte sich nun dramatisch zu. SASONOW, SUCHOMLINOW und JANUSCHKEWITSCH setzten nun ihre ganze Überredungskunst ein, um den Zaren zur Rücknahme des Widerrufs zu bewegen. Am Nachmittag des 30. Juli hatten sie Erfolg, und der Zar genehmigte nun endgültig die Generalmobilmachung der russischen Armee gegen Deutschland und Österreich-Ungarn. Der Chef der Mobilmachungsabteilung im russischen Generalstab, Sergei DOBROROLSKI, schreibt in seinen Erinnerungen, daß damit der Beginn des Krieges mechanisch vorausbestimmt gewesen sei.

Die russische Generalmobilmachung machte alle diplomatischen Bemühungen zunichte, den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu lokalisieren. Seit dem 26. Juli hatten die englische und die deutsche Regierung versucht, direkte Gespräche zwischen Wien und St. Petersburg zur friedlichen Beilegung der Krise zu vermitteln. BETHMANN HOLLWEG hatte die Julikrise ursprünglich zur Sprengung der >Triple-Entente< benutzen wollen, mußte aber erkennen, daß sich eine Katastrophe anbahnte. Der Reichskanzler versuchte nun energisch, die österreichische Regierung zur Zurückhaltung und Annahme der Vermittlungsvorschläge zu bewegen, aber Wien war zum Krieg gegen Serbien entschlossen und ließ sich kaum mehr beeinflussen.

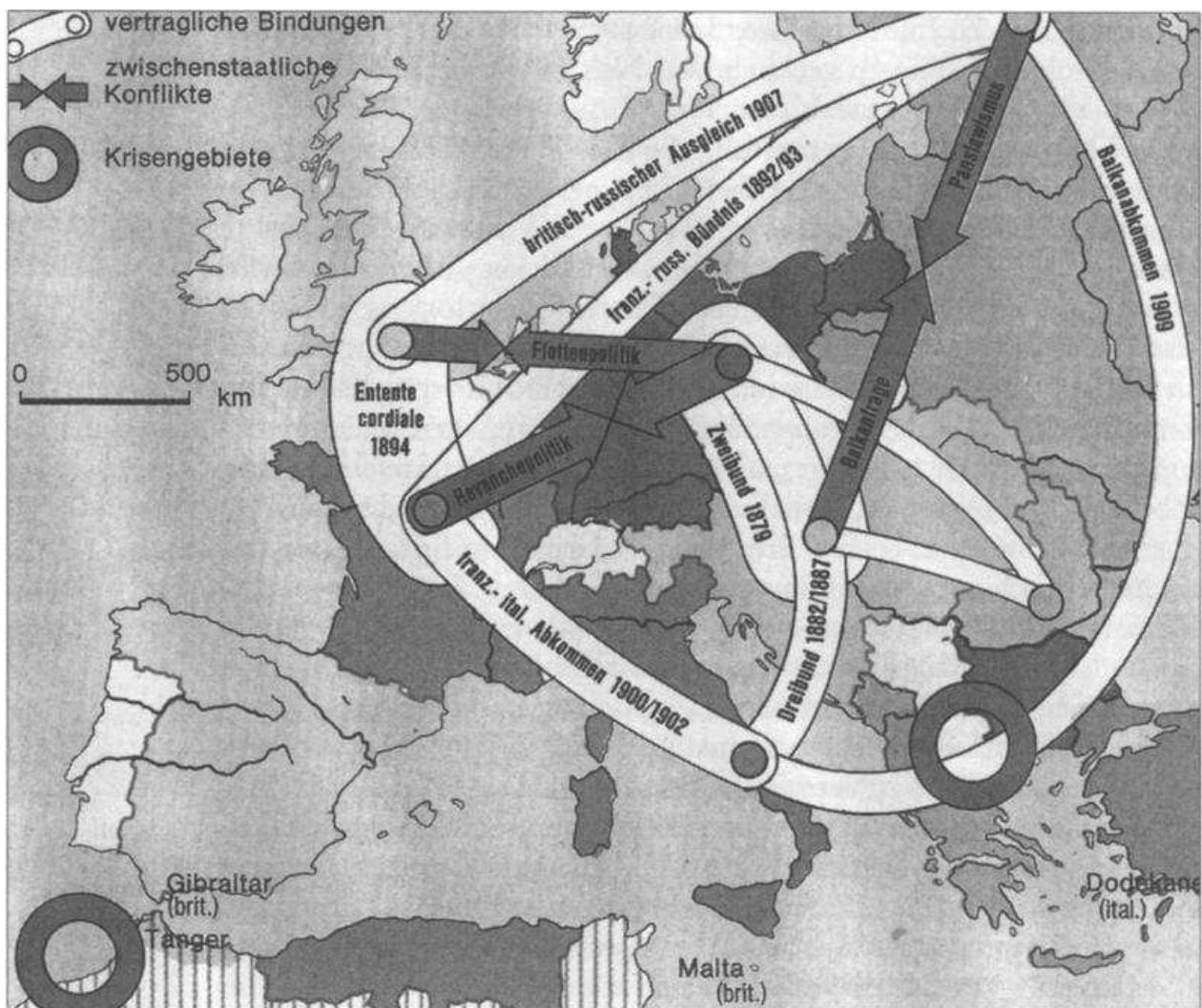
Am 31. Juli wurde nach Bekanntwerden der russischen Maßnahmen die Generalmobilmachung in Österreich-Ungarn angeordnet. Die deutsche Reichsregierung erklärte den Zustand drohender Kriegsgefahr und forderte St. Petersburg ultimativ auf, innerhalb von zwölf Stunden die allgemeine Mobilmachung rückgängig zu machen. Nachdem keine Reaktion erfolgte, verkündete Berlin am folgenden Tag, dem 1. August, die deutsche Generalmobilmachung und erklärte dem Russischen Reich den Krieg, was praktisch nur noch eine Formsache war. Am selben Tag ordnete auch Paris die allgemeine Mobilmachung an.

GREY hatte England durch geheime Absprachen ohne Wissen des britischen Kabinetts an Frankreich gebunden; am 22. November 1912 hatte GREY dem französischen Botschafter CAMBON schriftlich zugesichert, England werde im Falle eines europäischen Krieges an der Seite Frankreichs stehen. SASONOW und POINCARÉ hätten es wahrscheinlich nicht gewagt, das Risiko eines Krieges einzugehen, wenn sie nicht auf die Unterstützung GREYS vertraut hätten.

Die maßgeblichen Unterstaatssekretäre im Foreign Office, Sir Arthur NICHOLSON und Sir Eyre CROWE, drängten auf eine Teilnahme Großbritanni-



Paul CAMBON, der französische Botschafter in London und Schmier der >Entente cordiale< aus dem Jahre 1903.



Das Vertragssystem in Europa am Beginn des Ersten Weltkrieges. Karte aus: *Chronik des 20. Jahrhunderts*, Chronik, München 1995, S. 172.

ens am Krieg. Sie argumentierten, England müsse wegen seiner gefährdeten asiatischen Besitzungen sich unbedingt die Freundschaft Rußlands erhalten. GREY schwankte anfangs noch, gab aber dann den Kriegsbefürwortern nach. Das Problem, vor dem GREY stand, war, wie er den Kriegseintritt Englands vor dem Kabinett und der Öffentlichkeit rechtfertigen sollte. Er mußte darauf hoffen, daß Deutschland die Neutralität Belgiens verletzen würde, was der deutsche Kriegsplan auch tatsächlich vorsah. Großbritannien konnte sich dann als Beschützer der kleinen neutralen Nationen ausgeben und seinem Vorgehen damit eine moralische Rechtfertigung geben.

BETHMANN HOLLWEG machte am 30. Juli GREY über den britischen Botschafter in Berlin, Sir William GOSCHEN, den Vorschlag, Deutschland könne den territorialen Bestand Frankreichs garantieren, wenn England neutral bleibe. GREY lehnte ab, und WILHELM II. sah seine langjährigen Befürchtungen bestätigt, daß die englische Politik die systematische Einkreisung Deutschlands betreibe.

Am 1. August sprach der deutsche Botschafter in London, Fürst Karl von LICHTNOWSKY, bei GREY vor und machte im Auftrag der Reichsregierung das

Angebot, Deutschland werde die Neutralität Belgiens respektieren, wenn England verspreche, seinerseits neutral zu bleiben. GREY antwortete ausweichend, woraufhin LICHNOWSKY fragte, unter welchen Bedingungen England neutral bleiben werde. Der deutsche Botschafter bot an, die Reichsregierung könne den territorialen Bestand Frankreichs und seiner Kolonien garantieren. GREY wich wieder aus, und damit waren die deutschen Vorschläge gegenstandslos.

Am 2. August bestätigte das britische Kabinett die von GREY an CAMBON gemachte Bündniszusage an Frankreich vom 22. November 1912. Dies war faktisch der Entschluß, am Krieg teilzunehmen, weshalb die Minister John MORLEY und John BURNS aus Protest ihren Rücktritt erklärten.

Am 3. August erklärte Berlin Paris den Krieg, und am folgenden Tag überschritten deutsche Truppen die belgische Grenze. Die deutschen Hoffnungen auf einen schnellen Sieg beruhten auf einem an der berühmten SCHLIEFFEN-Denkschrift angelehnten Operationsplan, der einen massiven Vorstoß durch Belgien nach Nordfrankreich vorsah, um dann in einer riesigen Umfassungsbewegung die französische Armee zu vernichten. Anschließend sollte sich die Masse der deutschen Kräfte gegen Rußland wenden, gegen das bis dahin nur eine hinhaltende Verteidigung aufrechterhalten werden konnte. Die Mißachtung der belgischen Neutralität war also die Voraussetzung für einen schnellen deutschen Sieg. Gleichzeitig gab sie GREY gegenüber der britischen Öffentlichkeit den Vorwand für den englischen Kriegseintritt.

Am 4. August stellte London der Reichsregierung ein Ultimatum des Inhalts, die belgische Neutralität zu respektieren und die deutschen Truppen zurückzuziehen. Nach Ablauf des Ultimatus brach London die diplomatischen Beziehungen zu Berlin ab, was praktisch der Kriegserklärung gleichkam. Während auf spontanen Massendemonstrationen in Berlin wie in vielen anderen europäischen Großstädten über den Krieg gejubelt wurde, herrschte in der deutschen politischen Führung Bestürzung.

In dem Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Weltkrieges betrachteten die Leiter der britischen Außenpolitik die Weltmacht Rußland, und nicht die Regionalmacht Deutschland, als ihr zentrales Problem. Die These von der Störung des europäischen Gleichgewichts durch die Gründung des Deutschen Reiches ist nichts mehr als eine Legende. Das Deutsche Reich von 1871 stellte die kleindeutsche Lösung und damit nur eine Vergrößerung Preußens dar. Der damit verbundene Machtzuwachs für Preußen konnte langfristig kaum ausreichen, um den Machtzuwachs Rußlands zu kompensieren, der sich durch die innere Erschließung dieses riesigen Landes ergab. 1914 waren der britische Außenminister GREY und die führenden Beamten im Foreign Office faktisch bereit, für die Freundschaft mit St. Petersburg und die Sicherung Indiens das europäische Gleichgewicht zu opfern, also mit Rußland gemeinsam einen Krieg gegen Deutschland zu führen und eine russische Vorherr-



Karl Max Fürst LICHNOWSKY (1860–1928)
deutscher Botschafter in London

schaft in Europa hinzunehmen. Die britischen Politiker erkannten nicht, daß ihre Politik innerhalb von nur fünfzig Jahren zum Zerfall des Empires führen sollte.

Maßgebliche Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges trug die russische Regierung, die zunächst Serbien einen Blankoscheck ausstellte und damit faktisch die Handlungen einer serbischen Terrororganisation deckte und schließlich überstürzt die Generalmobilmachung anordnete, als sich eine diplomatische Lösung des Konflikts abzuzeichnen schien. Die verfehlte Politik des Zaren sowie zahllose militärische Niederlagen im Weltkrieg schufen in Rußland die Voraussetzung für die >Große Sozialistische Oktoberrevolution von 1917, die zur Herrschaft Wladimir I. LENINS und der Kommunistischen Partei führte.

Die Österreichisch-Ungarische Monarchie zerfiel 1918 und sollte Europa eine Reihe von schwer lösbaren Nationalitätenkonflikten hinterlassen.

Von den maßgeblichen Staatsmännern des Jahres 1914 hatte Kaiser WILHELM II. den Krieg am wenigsten gewollt, dessen ungeachtet wurde er später am meisten verleumdet. Sein Sturz, die Kriegsniederlage 1918, der Versailler Vertrag und endlose revolutionäre Wirren ebneten in Deutschland schließlich den Weg für den Aufstieg HITLERS und des Nationalsozialismus.

Die Anlässe für den Ausbruch des Weltkrieges 1914-1918 waren nichtig im Vergleich zu den langfristigen Folgen: die Selbstentmachtung der europäischen Großmächte einschließlich Sowjetrußlands, der Aufstieg der USA zur einzigen Supermacht, die Auflösung der europäischen Kolonialreiche und schließlich der Aufstieg Chinas und Indiens zu neuen Weltmächten.

Walter Post

Literaturhinweise:

Harry E. BARNES, *Die Entstehung des Weltkrieges. Eine Einführung in das Kriegsschuldproblem*, aus dem Amerikanischen, Berlin-Leipzig 1928.

Sidney B. FAY, *Der Ursprung des Weltkrieges*, Bd. 1: *Vor Sarajewo. Die Vorgründe des Krieges*; Bd. 2: *Nach Sarajewo. Die äußeren Anlässe zum Kriege*, aus dem Amerikanischen, Berlin 1930.

Hermann LUTZ, *Die europäische Politik in der Julikrise 1914. Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungegebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages; Die Vorgeschichte des Weltkrieges, im Auftrage des Ersten Unterausschusses*, Bd. 11, Berlin 1930.

Alfred VON WEGENER, *Der Ausbruch des Weltkrieges 1914*, 2 Bde., Hamburg 1939.

Fritz FISCHER, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszieldpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Droste, Düsseldorf 1961.

Erwin HÖLZLE, *Die Selbstentmachtung Europas. Das Experiment des Friedens vor und im 1. Weltkrieg*, Göttingen 1975.

Walter POST, *Die Ursachen des Ersten Weltkrieges*, in Vorbereitung, Grabert, Tübingen 2006.

Verschwiegenes zum Kriegsausbruch 1914

Wenn der erwiesene Ablauf eines historischen Vorganges heute »volkspädagogisch Unerwünschtes« offenbaren kann, werden die zugrunde liegenden Tatsachen, die zur Beurteilung notwendig sind, gern verschwiegen oder umgedeutet. Dieses wissenschaftlich unredlichen Mittels hat sich vor allem der Hamburger Historiker Fritz FISCHER in seinem umstrittenen, aber für die Nachkriegsgeschichtsschreibung folgereichen Werk *Der Griff nach der Weltmacht*¹ schuldig gemacht. Dafür seien drei Beispiele gebracht.

1. Angeblicher Quellenmangel

Im Vorwort zu seinem Buch schreibt FISCHER, weil ihm wohl bewußt ist, daß der kritische Leser merkt, daß Wichtiges in dem Werk ausgelassen wird, gewissermaßen zur Entschuldigung:² »Man mag eine fortdauernde Bezugnahme auf die Kriegsziele der Gegnermächte Deutschlands vermissen. Doch einmal sind die Archive Englands, Frankreichs und Rußlands für die Zeit nach 1914 noch nicht freigegeben; zum andern aber würde die Kriegszielfrage für jeden der genannten Staaten ein eigenes Werk erfordern.«²

Doch FISCHERS Begründung trifft nur scheinbar zu und ist bezüglich Rußlands falsch. Er sollte als Historiker wissen, daß die ab 1918 amtierenden neuen Regierungen in der Sowjetunion und in Jugoslawien das gesamte Dokumentenmaterial ihrer jeweiligen Vorgänger zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges in den ersten Nachkriegsjahren veröffentlichten, so daß die volle Schuld derselben wie der Westalliierten am Ausbruch dieses Konfliktes sowie die Unschuld des Deutschen Reiches offenbar wurden. Der aus durchsichtigen Gründen leider noch verschlossenen Archive in London und Paris hätte es also gar nicht bedurft.

Insbesondere wurden, Rußland betreffend, veröffentlicht: *Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus, Dokumente aus den Archiven der zaristischen und der provisorischen Regierung* (hg. von der Kommission beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetregierung unter Vorsitz von Prof. M. N. PROKOWSKY, Hobbing, Berlin 1931); ebenso brisant und hintergründig *Die Fälschungen des russischen Orangebuches*,³ ferner *Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis*,⁴ die gesam-

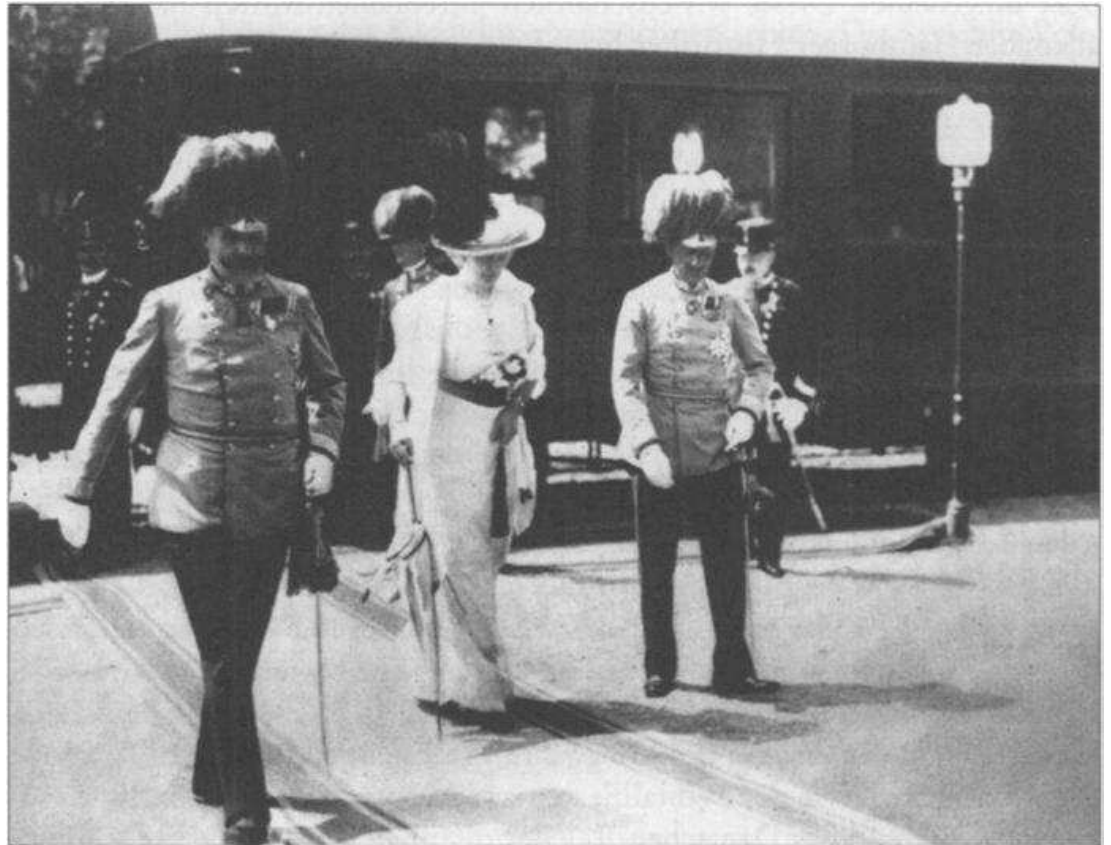
¹ Fritz FISCHER, *Der Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918*, Droste, Düsseldorf 1961.

² Ebenda, S. 12.

³ GIBBERT von romberg (HG.), *DIE FÄLSCHUNGEN DES RUSSISCHEN ORANGEBUCHES*, VEREINIGUNG WISSENSCHAFTLER VERLEGER, BERLIN 1922. VON DEN 60 VERÖFFENTLICHTEN DEPESCHEN WAREN FÜNFZIG IM SINN VERFÄLSCHT UND ANDERE UNTERSCHLAGEN.

1ten Protokolle der Generalstabskonferenzen zwischen Frankreich und Rußland ab 31. August 1911.² Die Vorgänge in Serbien wurden enthüllt in *Die auswärtige Politik Serbiens 1903-1914* und in *Kriegsursachen*.³

Dazu kam noch eine Reihe weiterer Enthüllungsschriften, so daß FISCHERS Begründung mit den noch verschlossenen Archiven der Westalliierten nicht zieht



ANKUNFT DES ERZHERZOGS FRANZ-FERDINAND UND SEINER GEMAHLIN AUF DEM BAHNHOF VON SARAJEWO. ES IST INZWISCHEN NACHGEWIESEN, DAß DAS BEREITS SEIT 1911 GEPLANTE ATTENTAT MIT WISSEN DER SERBISCHEN REGIERUNG UM PASCHITSCH ERFOLGTE, DIE WAFFEN STAMMTEN AUS DEM SERBISCHEN STAATSARSENAL UND WURDEN NACH BOSNIEN GESCHMUGGELT. DER ATTENTÄTER GAVRILO PRINCIP GEHÖRTE DER ORGANISATION >SCHWARZE HAND< AN.

¹ Es handelt sich meist um Depeschen des zaristischen Botschafters Alexander Petro-witsch ISWOLSKI an das Petersburger Auswärtige Amt. Besonders wichtig sind die Depeschen Nr. 111, 113, 526, 539, 564, 635 und 684. Darin schildert der Botschafter u.a., wie er gemeinsam mit dem französischen Ministerpräsidenten POINCARÉ die französische Presse mit Hilfe von Schmiergeldern auf Kriegskurs gebracht habe. In Depesche Nr. 113 heißt es u.a.: »man solle von Rußland aus mich mit ausreichenden Geldmitteln versehen, um auf die hiesige Presse einzuwirken... um den wichtigsten hiesigen Organen, die fast alle nur >klingenden Argumenten< zugänglich sind, die gewünschte Richtung zu geben.«

² Diese wurden u. a. ab September 1922 in der Londoner Zeitschrift *Foreign Affairs* des Labour-Abgeordneten Dene MOREL veröffentlicht. In deutscher Übersetzung erschienen als Rede über die Kriegsschuldfrage, gehalten von US-Senator Robert L. OWEN am 18. Dezember 1923 vor dem US-Senat, bei Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925, S. 18-32.

³ Milos BOGHITSCHEWITSCH, *Die auswärtige Politik Serbiens 1903-1914*, Brückenverlag, Berlin 1928-31.

2. Der Mord von Sarajewo

In FISCHERS 896 Seiten dickem Buch wird das den Ersten Weltkrieg auslösende >Jahrhundertereignis< der Ermordung des österreichischen Thronfolgers FRANZ-FERDINAND und seiner Gemahlin, der Herzogin VON HOHENBERG, mit einem einzigen Satz abgetan: »Die Nachricht von der Ermordung des Österreich-ungarischen Thronfolgerpaares löste in ganz Europa Entrüstung und Bestürzung aus, aber in keiner Weise das Gefühl, daß sich hieraus zwangsläufig eine europäische Krise entwickeln müsse; selbst in Österreich-Ungarn war die Reaktion zwiespältig.«¹ Über die Täter, die Hintermänner und deren Motive findet sich kein Wort. Dafür wird die Schuld für die folgende Entwicklung dem deutschen Kaiser zugeschoben: »Der Kaiser war für das Wagnis (des Krieges, W. H.). .. In diese Politik des Zögerns (Österreichs, W.H.) brachte jedoch WILHELM II. ... eine vollkommene Wendung.«²

Durch Weglassen der ganzen Vorgeschichte und der Umstände des Mordes wird also verschwiegen, was dessen Zielsetzung war: den großen Krieg zur Vernichtung des Deutschen und des Österreich-ungarischen Reiches einzuleiten, deren wirtschaftliche und demographische Dynamik auf eine europäische Großmachtstellung zustrebte. Die zu berücksichtigenden historischen Tatsachen sind:

Das Attentat wurde vom Kopf des serbischen militärischen Aufklärungsdienstes, von dem Obersten Dragutin DIMITRIEWITSCH, organisiert, der bereits den serbischen Königsmord von 1903 zu verantworten hatte. Er handelte im direkten Auftrag des zaristischen Kriegsministeriums. Sein unmittelbarer Auftraggeber war der Militärattache an der russischen Botschaft in Belgrad, Oberst ARTAMANOW. Die serbische Regierung und das Königshaus beteiligten sich lediglich an der logistischen und publizistischen Unterstützung des Vorhabens. Nachweisbare Mitwisser des Komplotts waren die Regierungen Frankreichs und Englands. Nach der Beweislage ist davon auszugehen, daß die wirklichen Auftraggeber des Attentats in Pariser Regierungskreisen unter den Angehörigen der Freimaurerloge des Schottischen Ritus >Grand Orient< zu suchen sind.³

Dieser Tatbestand wurde schriftlich bestätigt a) von Dragutin DIMITRIEWITSCH 1917 anlässlich des gegen ihn veranstalteten Schauprozesses in Saloniki, b) von den Angehörigen seiner Terrororganisation >Schwarze Hand< in einer von diesen gemeinsam unterzeichneten Erklärung, c) von den von den

¹ FISCHER, aaO. (Anm. 1), S. 57.

² Ebenda, S. 58.

³ Siehe Karl HEISE, *Entente-Freimaurerei und Weltkrieg*, Ernst Finckh, Basel 1919; Neuauflage Verlag für ganzheitliche Forschung, Wobbenbüttel; *Neutrale Komitees und Gelehrte über die Schuld am Weltkrieg*, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1928, S. 132-142.

k. u. k.-Behörden gefaßten Attentätern vor Gericht, d) von mindestens einem Angehörigen der serbischen Regierung PASCHITSCH, dem damaligen Kultusminister Ljuba JOWANOWITSCH, in einem von diesem persönlich verfaßten Zeitungsartikel. Dazu sei im einzelnen folgendes angeführt.

a) Als Anfang 1917 ein Sieg der Mittelmächte wahrscheinlich erschien, beschloß die nach Saloniki geflüchtete serbische Regierung, den gefährlichen Mitwisser DIMITRIEWITSCH samt Gefolge zu beseitigen. Unter dem Vorwand, er habe den serbischen Thronfolger ALEXANDER ermorden wollen, wurde ein Schauprozeß gegen ihn mit abschließendem Todesurteil inszeniert. Der Angeklagte gab im Prozeß am 28. März 1917 eine schriftliche Erklärung ab, in der es über das Attentat von Sarajewo u.a. hieß: »Den Rade MALOBACIC habe ich. .. angeworben... Dies tat ich mit dem Einverständnis des russischen Militärattaches, jetzigen Generals ARTAMANOW. .. Ich habe deshalb den MALOBACIC angeworben, das Attentat von Sarajewo zu organisieren. MALOBACIC hat meinen Auftrag ausgeführt und das Attentat organisiert. Bevor ich den endgültigen Beschluß faßte, daß das Attentat verübt werden soll, holte ich von Oberst ARTAMANOW ein Gutachten ein, was Rußland tun würde, falls Österreich uns angriffe. ARTAMANOW antwortete mir, daß Rußland uns nicht im Stich lassen werde... Die Hauptteilnehmer an dem Attentat... erhielten kleine Honorare. .. Einige von den Quittungen befinden sich in russischen Händen. . ., da ich das Geld für diese Arbeit...vom General ARTAMANOW erhielt, denn der Große Generalstab verfügte noch über keinen Kredit für diese... Tätigkeit.«⁴

Nach DIMITRIEWITSCHS Aussage ist zudem bei Durchführung jedes Schrittes von Bedeutung in dieser Sache stets irgendein Mitglied des serbischen Kabinetts von der Leitung der >Schwarzen Hand< ins Vertrauen gezogen worden.⁵

b) Am 28. Februar 1924 haben einige der inzwischen begnadigten Kumpagne des DIMITRIEWITSCH eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:» Die Vereinigung (>Ujidinenje ili Smrt<, auch genannt >Schwarze Hand<)

war eine patriotische. Ihre Wirksamkeit ist die ganze Zeit hindurch den leitenden Autoritäten des Staates bekannt gewesen, und diese Wirksamkeit stimmte mit deren Wünschen überein.« MILOS BOGHITSCHEWLTSCH, *KRIEGSURSACHEN*, ORELL FÜSSLI, ZÜRICH 1919, S. 109.⁶

c) Rund zehn Jahre nach dem Attentat gestand Ljuba JOWANOWITSCH, serbischer Kultusminister 1914, Innenminister beim Salonikiprozeß, Präsident der Skupschtina (Parlament) 1924: »Ja, wir alle haben vorher um das Attentat und seine politische Zielsetzung gewußt.«⁷

⁴ FRIEDRICH Wührtle, *DOKUMENTE SARAJEVOPROZEß*, BERGER, WIEN 1978, S. 76-81

⁵ MILOS BOGHITSCHEWLTSCH, *KRIEGSURSACHEN*, ORELL FÜSSLI, ZÜRICH 1919, S. 109.

⁶ MILOS BOGHITSCHEWLTSCH, *KRIEGSURSACHEN*, ORELL FÜSSLI, ZÜRICH 1919, S. 109.

⁷ LJUBA Jowanowitsch IN: *OHZOR*, 27. 4. 1926.

d) Als österreichische Truppen im Ersten Weltkrieg die Stadt Nisch eroberten, in der sich vorher Oberkommando und Generalstab der serbischen Armee befunden hatten, entdeckten sie ein von Zar NIKOLAUS unterzeichnetes Schriftstück an den Kronprinzen ALEXANDER. Darin waren die Bedingungen für Serbien aufgezählt, um in den Genuß russischer Bündnistreue zu gelangen: Serbien dürfe unter keinen Umständen den Geheimbund >Narodne Odbrane<, der mit der >Schwarzen Hand< den Mord organisiert hatte, auflösen; Serbien müsse das Ultimatum aus Wien abweisen; dafür halte Rußland seine bewaffnete Macht zur Unterstützung Serbiens bereit und fordere Serbien zum Kampf bis auf das äußerste auf.

3. Fischers Schuldzuweisung für 1914

In seinem Bemühen, die Ententestaaten zu entlasten, schreibt FISCHER zum Kriegsausbruch: »Die Gesamtmobilmachungen Rußlands und Österreich-Ungarns am 30. Juli 1914 lösten den erwarteten automatischen Wettlauf der Mobilmachungen in den übrigen Staaten aus. Das deutsche Taktieren hatte nur noch eine Absicht, Rußland auf alle Fälle die Kriegsschuld zuzuschieben, um so wenigstens die mögliche Opposition der Sozialdemokraten auszuschalten.«⁸

Und wenige Seiten später schreibt er in dem Abschnitt »Um die ‚Schuld‘ am Weltkrieg«: »Da Deutschland den Österreich-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat, und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre 1914 bewußt auf einen Konflikt mit Rußland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges.«⁹ Von Rußlands Schuld ist nicht die Rede.

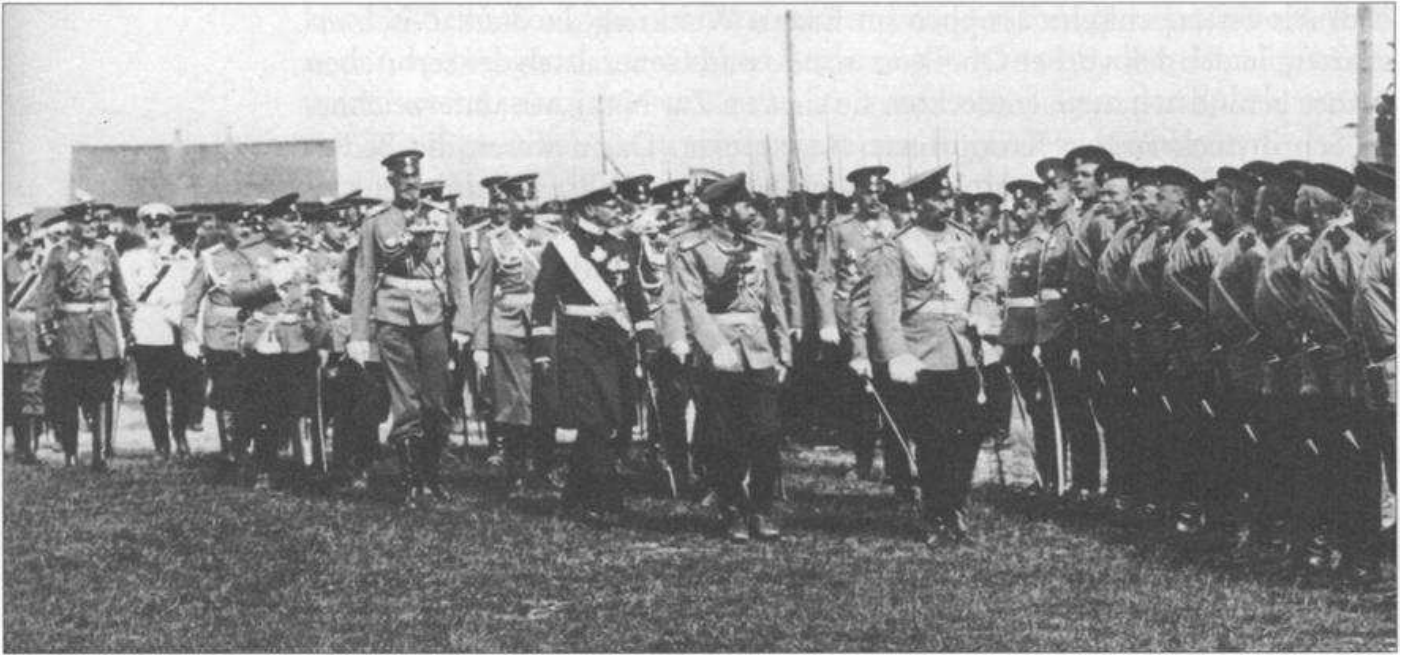
FISCHER weiß anscheinend nicht oder verschweigt, daß die drei ranghöchsten Militärs der Zarenarmee, Kriegsminister Wladimir Alexandrowitsch SUCHOMLINOW, Generalstabschef JANUSKJEWITSCH und der Chef der Mobilmachungsabteilung des Heeres, General Sergej DOBROROLSKY, sich später dazu geäußert haben, daß und wie man in Petersburg zum Kriege trieb. In FISCHERS Werk wird keiner der drei Genannten erwähnt.¹⁰

Für FISCHER datiert die russische Teilmobilmachung erst vom 25. Juli, die Totalmobilmachung vom 30. Juli 1914. Er übergeht dabei die folgenden für die Beurteilung der damaligen Vorgänge wichtigen Tatsachen:

⁸ FISCHER, aaO. (Anm.1), S. 95.

⁹ Ebenda, S. 97

¹⁰ SUCHOMLINOW und JANUSKJEWITSCH haben in dem gegen sie inszenierten Schauprozeß geschildert, wie die russische Kriegspartei die deutsche Regierung und auch den Zaren hereingelegt hat. DOBROROLSKI hat 1921 den wahren Ablauf der russischen Mobilmachung in dem Aufsatz »Die Mobilisierung der russischen Armee 1914« geschildert.



Juni 1912:

WILHELM II. und Zar NIKOLAUS schreiten in Baltischport gemeinsam die Front des 85. Wiborger Regiments ab. Zu diesem Zeitpunkt (nach dem ersten Balkankrieg) hält sich Rußland (noch) auffallend vom Balkan zurück, was Kriegstreiber und Revanchist POINCARÉ in große Bestürzung bringt.

1. Am 30. September 1912 verkündet Zar NIKOLAUS die neuen Mobilmachungsordern. Die Präambel hat folgenden Wortlaut: »Allerhöchst ist befohlen worden, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich auch die Ankündigung des Kriegszustandes mit Deutschland ist. Die allgemeine Aufgabe der Truppen der Nordwestfront ist nach Beendigung der Konzentrierung: Übergang zum Vormarsch gegen die bewaffneten Kräfte Deutschlands, mit dem Ziel, den Krieg in dessen Gebiet hineinzutragen.«

Die russische Mobilmachung war also zugleich eine geheime Kriegserklärung, die unmittelbar in kriegerisches Handeln münden sollte.

2. Schon kurze Zeit nach Kriegsbeginn fielen bereits vorher aufmarschierte starke russische Armeen in Ostpreußen ein, wo es zu den Schlachten bei Gumbinnen (14. - 19. 8. 1914) und bei Tannenberg (24. - 30. 8. 1914) kam. Insbesondere hätten die in der Schlacht bei den Masurischen Seen ab 11. September 1914 dort geschlagenen sibirischen Armeekorps noch gar nicht anwesend sein können, wenn erst am 25. Juli mobilisiert worden wäre. Zum Herbeischaffen wären unter den damaligen Verhältnissen mindestens zwei Monate nötig gewesen. Ebenso hätten die kaukasischen Divisionen nicht für die Schlacht bei Lemberg am 26. August 1914 zur Stelle sein können.

3. In MORELS *Foreign Affairs*¹ berichtet der Geschichtspräsident Fred C. CONYBEARE, daß der englische Agent des >Lloyd< in Petersburg, McLELLAND, einige Tage vor dem Mord in Sarajewo Befehl erhalten habe, sich nach Kronstadt (Hafen nahe Petersburg) zu begeben, um über eine soeben aus Holland dort eingetroffene große Flotte von Handelsschiffen zu berichten. Zu seinem Erstaunen fand der Agent sie ohne Ladung. Auf seine Fragen erfuhr er,

¹ 1921, S. 144, nach: *Neutrale Komitees*, aaO. (Anm. 9), S. 121.

daß diese Flotte unter dem Schutz britischer Kriegsschiffe russische Truppen nach Pommern bringen solle, wenn die russische Armee die Oder erreicht habe. Am selben Tag wurde dem Agenten vom Petersburger Oberbürgermeister eröffnet, »Krieg stände unmittelbar bevor.« CONYBEARE: »MCLELLAND teilte mir dies und vier anderen Herren mit, die neben mir im Rauchsalon der >Empress of France< saßen. Es ist somit klar, daß die britische Admiralität mindestens 14 Tage vor dem Mord an FRANZ-FERDINAND diese Schiffe in kriegerischer Absicht nach Kronstadt gesandt hat.« Die Entsendung solch großen Schiffsraums von privaten Reedereien setzt aber monatelange Planungsarbeiten voraus.

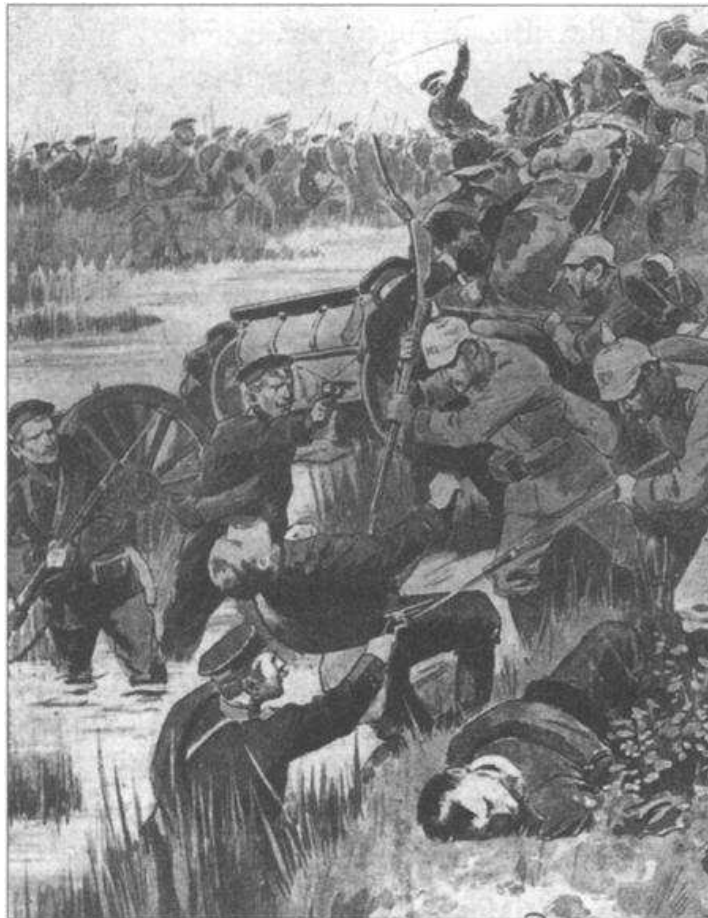
3. Am 29. Dezember 1913 wird durch einen Ukas in Rußland angeordnet, daß neu eingezogene Reservisten bei den Truppen zu bleiben haben und daß Rekruten, die ihren Wehrdienst abgeleistet haben, nicht entlassen werden dürfen.

4. Am 21. Februar 1914 werden auf einer Kronratssitzung in Zarskoje Seelo die russischen Kriegsziele festgelegt. Unter anderem wird mit Zustimmung des Zaren die Eroberung Konstantinopels im Rahmen des zukünftigen Krieges beschlossen.¹⁸

5. Am 2. April 1914 beginnt die Probemobilmachung der russischen Landwehrtruppen.

¹⁸ Siehe Maxim GORKI in: *Novaja Sbisn*, 18. 2. 1918.

Im Bereich der Masurischen Seen mußten die Russen im September 1914 zwei schwere Niederlagen durch deutsche Armeen hinnehmen. Zunächst war die Lage der Deutschen an der Ostfront sehr kritisch gewesen, sie mußten den russischen Vormarsch (darunter sibirische Armeekorps!!) gegen einen sechsfach überlegenen Feind aufhalten. Erst ab 26. August 1914 konnten sie mit neuen Verstärkungen die Russen im Norden (bis Bischofsburg) und im Süden zurückdrängen. Die entscheidende Phase erfolgte dann im Bereich Tannenberg, als das russische Zentrum eingeschlossen wurde.



6. Am 6. Mai 1914 beginnt Rußland seine Gesamtmobilmachung durch Verkündung der ersten Stufe der Kriegsvorbereitungsperiode.

7. Am 10. Mai 1914 wird in einem Zarenukas an den Militärbezirk Wilna, der an Deutschland angrenzt, dem Kommandanten befohlen, Truppen einzuziehen »für den Fall eines Krieges, dies in der Zeit zwischen dem 14. Mai und 28. Juni« (dem Tag des Attentats).¹

8. Am 23. Juli 1914 teilt der serbische Gesandte in Petersburg in einem Zirkulartelegramm den anderen serbischen Botschaften mit, daß Rußland die Mobilmachung von zwei Millionen Mann befohlen habe.

9. Am 25. Juli 1914 wird der deutsche Botschafter in Petersburg, VON POURTALES, über den angeblich erst jetzt erfolgten Beginn der Teilmobilmachung unterrichtet, die Außenminister SASONOW als »Vorsichtsmaßnahme« ausgibt.

10. Am Nachmittag des 26. Juli begibt sich von POURTALES zu Kriegsminister SUCHOMLINOW, um diesem seine Besorgnis über den offensichtlichen Unterschied zwischen den amtlichen russischen Äußerungen und den persönlich wahrgenommenen russischen Maßnahmen zur Mobilmachung auszudrücken. Am Abend dieses Tages läßt der Kriegsminister den deutschen Militärattache VON EGGELING zu sich kommen und gibt diesem sein Offiziersehrenwort, daß keine weiteren Mobilisierungsmaßnahmen ergriffen würden als die offiziell zugegebenen.

11. Am 29. Juli sendet von POURTALES ein Telegramm (Nr. 186) nach Berlin, in dem es u. a. heißt: »Generalstabschef bat mich zu sich und eröffnete mir, er komme soeben von S.M. Kriegsminister habe ihn beauftragt, mir nochmals zu bestätigen, daß alles geblieben sei, wie mir vor zwei Tagen mitgeteilt. Er gab mir in feierlichster Form Ehrenwort und bot schriftliche Bestätigung an, daß bis zur Stunde 3 Uhr nachmittags nirgends Mobilmachung. . . Hier liegen vielfache Nachrichten über erfolgte Einziehung von Reservisten in verschiedenen Reichsteilen, auch Warschau und Wilna, vor. . . Ich hielt deshalb dem General vor, daß seine Eröffnung mich vor ein Rätsel stellen. Er erwiderte auf Offiziersparole, daß solche Nachrichten unrichtig seien, allenfalls hie und da falscher Alarm. . . In Anbetracht der zahlreichen positiven Nachrichten über erfolgte Einziehungen muß ich das Gespräch als einen Versuch der bewußten Irreführung halten.«

Kurz nach der Mittagsstunde des 1. August 1914 überschreitet russische Kavallerie an vier Stellen die ostpreußische Grenze in Gefechtsformation. Als die Reichsregierung und der deutsche Generalstab davon erfahren, wird von POURTALES beauftragt, sich sofort in das russische Außenministerium zu begeben und darauf zu dringen, daß diese Truppen zurückgezogen

¹ Siehe *Neutrale Komitees*, aaO. (Anm. 9), S. 128.

werden, anderenfalls man gezwungen sei, Rußland den Krieg zu erklären. VON POURTALES drahtet nach dem Scheitern seiner Bemühungen am 1. August nach Berlin (Telegramm Nr. 214): »Telegramm Nr. 159 5 Uhr 45 nachm. russ. Zeit hier eingegangen. Ich habe nach Entzifferung um 7 Uhr russ. Zeit Herrn SASANOW dreimal hintereinander gefragt, ob er mir die im Telegramm verlangte Erklärung, betreffend Einstellung der Kriegsmaßnahmen gegen uns und Österreich, geben könne. Nach dreimaliger Verneinung dieser Frage habe ich befohlene Note übergeben.« Damit war der Krieg durch das mit erheblichen Täuschungen verbundene russische Handeln unvermeidbar geworden, und das Schicksal nahm seinen Lauf zum Schaden ganz Europas.

In diesem Zusammenhang ist noch eine Erklärung von Admiral KOLTSCHAK, der im Jahre 1907 Oberkommandierender der russischen Ostseeflotte und nach 1917 führender Kopf der russischen Konterrevolution war, zu erwähnen, die er 1920 nach seiner Gefangennahme durch die Bolschewisten beim Verhör durch das Revolutionstribunal in Irkutsk zu Protokoll gab: »Schon im Jahre 1907 gelangten wir zu dem ganz bestimmten Schluß, daß ein europäischer Krieg unvermeidbar war. Nach einem langen und eingehenden Studium. .. entschied sowohl der Marinestab als auch der Generalstab, daß Rußland auf der Seite der Gegner Deutschlands stehen würde. Ich will betonen, daß der Krieg völlig vorgesehen, völlig vorbereitet war. Er war keineswegs unerwartet, und selbst bei der Bestimmung des Termins seines Ausbruchs hatte man sich nur um ein halbes Jahr geirrt.«

Die Schuldfrage für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, die schon in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts zugunsten des Reiches international beantwortet war, dürfte damit gegen FISCHERS Meinung erneut entschieden sein: Deutschland hatte von den beteiligten europäischen Großmächten den geringsten Anteil an der Kriegsschuld.²⁰ Wolfgang Hackert

²⁰Ausführlicher in:
Wolfgang HACKERT,
»Geschichtsfälschungen zum Kriegsausbruch 1914« in:
Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Nr. 4,
1992, S. 25

»Wenn die Regierenden Frankreichs, die POINCARÉS. .., den Frieden gewollt hätten, dann hätten sie dem russischen Plan ihr Veto entgegengesetzt. Sie hatten die Macht dazu. Ohne französisches Geld hätte der Plan nicht ausgeführt werden können. Ohne die Gewißheit der französischen militärischen Unterstützung wäre der Plan eine Schimäre gewesen. Rußlands Plan war ein reiner Angriffsplan. Rußland war weder durch Österreich noch durch Deutschland noch durch irgendeine andere Macht, sondern nur durch seine eigene widerliche innere Mißwirtschaft bedroht. Die Regierenden Frankreichs aber entschieden sich dahin, den Plan im Interesse ihrer eigenen Fehde mit Deutschland zu unterstützen. Als sie dies taten, verieten sie ihr eigenes Volk und die Zivilisation, und infolge der Täuschung, die unsere eigenen Regierenden an unserem Volke begingen, haben uns die Regierenden Frankreichs in den Krieg hineingerissen.«

Aus: E. D. MOREL, *Das Gift, das zerstört. Die Mär von dem deutschen Kriegsanschlag 1914*, 1924, Facsimile-Ausgabe: Verlag für ganzheitliche Forschung, Viöl 2005.

-29.

Tirpitz' Schlachtflotte kein Kriegsgrund 1914

In Geschichtsbüchern über die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges wird häufig der Bau der deutschen Schlachtflotte seit 1898 als ein wesentlicher Grund für die Verschlechterung der Beziehungen zu England und zum Ausbruch des Krieges 1914 genannt. Damit soll ein Grund für die Behauptung der Schuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des großen Krieges 1914 nachgewiesen werden. Der nach Admiral Alfred von TIRPITZ' (1849-1930) Plänen von 1897 vorgenommene Flottenausbau sei eine »gigantische« und »Schrecken verbreitende« Maßnahme gewesen, dazu »in aller Heimlichkeit« erfolgt, obwohl er offen vor den Augen der Weltöffentlichkeit stattfand.¹ Ferner sei er schließlich »nutzlos« gewesen. Eine ausführliche Widerlegung dieser unberechtigten Vorwürfe hat unter anderen Franz UHLE-WETTLER geliefert.²



Großadmiral Alfred von TIRPITZ. Sein Ziel war, eine Flotte zu bauen, der sich entgegenzustellen keine andere mehr riskieren wollte – also zu reinen Verteidigungszwecken.

Die historischen Tatsachen sind nicht zu bestreiten. Nach dem von TIRPITZ veranlaßten ersten deutschen Flottengesetz von 1898 sollten die geplanten deutschen Seestreitkräfte nur die Hälfte der britischen erreichen. Sie waren vorrangig zur Verteidigung der deutschen Küsten und zum Schutz der deutschen Handelsflotte gedacht, nicht zum Angriff auf England mit dessen viel stärkerer Flotte. Der den Flottenbau durchaus fördernde Kaiser vertrat ebenso diese Haltung: »WILHELM II. warnte mehrfach und mit großem Ernst davor, auf See eine unmittelbare Rivalität mit England anzustreben: >Das ist das einzige, wozu wir niemals stark genug sein werden.<«³ Und TIRPITZ, der den Flottenbau vor allem für eine vorauszusehende Auseinandersetzung mit Frankreich und Rußland bei einem neutral bleibenden Großbritannien für notwendig ansah, erklärte in aller Deutlichkeit: »Der Plan einer deutschen Schlachtflotte ist noch ohne Gedanken an einen Krieg mit England gefaßt worden. Es wäre politisch wie strategisch hirnverbrannt erschienen, die Möglichkeit eines späteren Angriffs auf England zu erwägen.«⁴ Der deutsche Flottenbau war also nicht gegen England gerichtet.

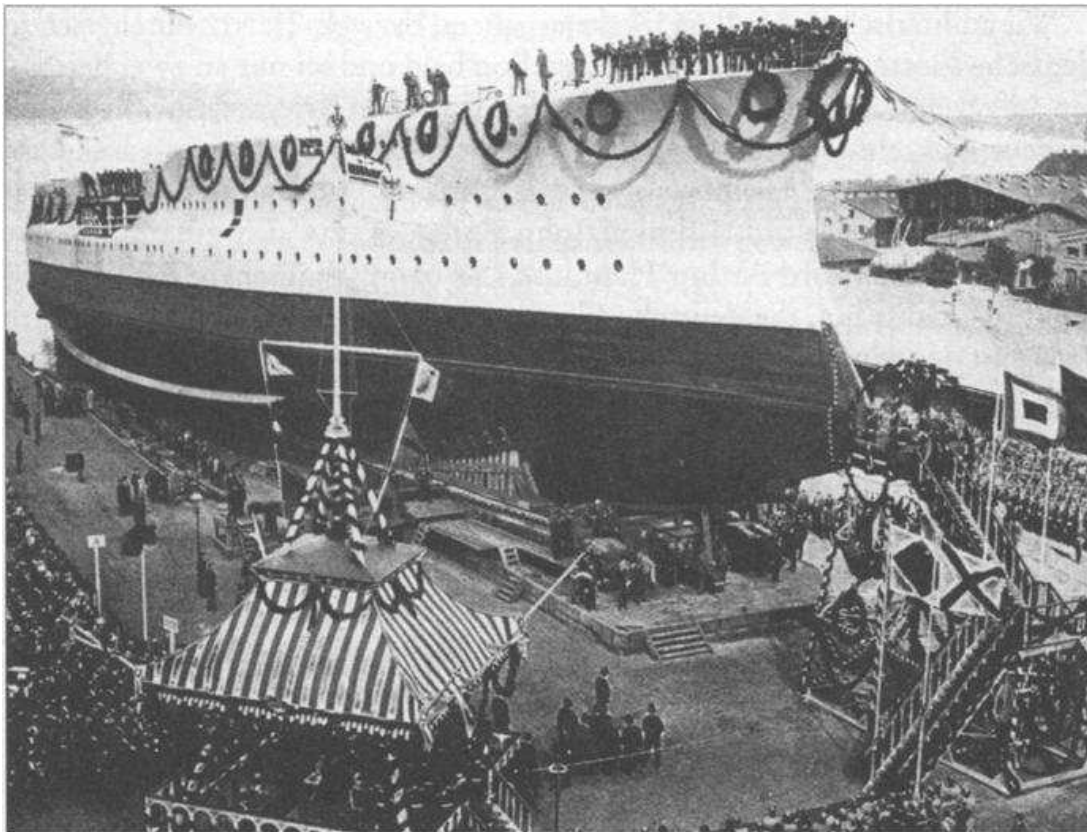
Die deutsche Flotte sollte gerade durch ihre Stärke einen Angriff auf das Reich verhindern und ein bedeutendes Pfand in Verhandlungen sein. Dazu

¹ Klaus HILDEBRANDT, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Stuttgart 1996, S. 200 ff.

² Franz UHLE-WETTLER, *Alfred von Tirpitz in seinerzeit*, Mittler & Sohn, Hamburg 1996; Kurzfassung auch ders., »Der Einfluß der >political correctness< auf unser Geschichtsbild«, in: Otto SCRINZI (Hg.), *Nationale Zukunft und Verantwortung*, Aula-Verlag, Graz 2001, S. 59 f.

³ Hellmut DIWALD, *Der Kampf um die Weltmeere*, Droemer Knaur, München-Zürich 1980, S. 386.

⁴ Alfred von TIRPITZ, *Erinnerungen*, Verlag K. F. Koehler, Leipzig 1919, S. 58.



Stapellauf der >Fürst Bismarck< im Jahre 1897. Ein Jahr zuvor schrieb VON TIRPITZ an Albrecht VON STORCH, den früheren Chef der Admiralität: »Unserer Politik fehlt bis jetzt vollständig der Begriff der politischen Bedeutung der Seemacht. Wollen wir aber gar unternehmen, in die Welt hinauszugehen und wirtschaftlich durch die See zu erstarcken, so errichten wir ein ganz hohles Gebäude, wenn wir nicht gleichzeitig ein gewisses Maß von Seekriegsstärke uns verschaffen.«

schrrieb TIRPITZ: »Was wir dagegen anstrebten, war, so stark zu sein, daß auch für die gewaltige Übermacht der englischen Flotte das Anbinden mit uns ein gewisses Wagnis bedeuten sollte. Hierin lag die politische Defensive ebenso wie der taktische Wille zur Schlacht in einem Verteidigungskrieg.« Und er erinnerte an das Wort des US-Präsidenten Theodore ROOSEVELT von 1908: »Eine erstklassige Schlachtflotte ist das beste Friedenspfand.«¹

Trotz der durch die drei Flottengesetze (1898, 1900, 1912) erhöhten deutschen Ausgaben für die Kriegsmarine blieben diese noch weit hinter den britischen Neubausummen zurück: Um 1900 lag Deutschland beim Flottenbudget an fünfter Stelle hinter Großbritannien, Rußland, den USA und Frankreich. »Von 1909 bis 1914 hielt man in Deutschland an einem Flottenetat unter 11 Millionen Mark pro Jahr fest, während er sich in England von 11 Millionen auf 18 Millionen erhöhte.«²

Im Herbst 1914 bestand die in der Nordsee zusammengezogene britische >Grand Fleet< aus 24 Großkampfschiffen und 8 Linienschiffen, wozu noch die >Kanalflotte< mit 30 Linienschiffen sowie die französische Flotte kamen. Weitere Schiffe waren in England im Bau. Diesen standen auf deutscher Seite 16 Großkampfschiffe und 8 Linienschiffe gegenüber.³

¹ Ebenda, S. 106.

² DIWALD, aaO. (Anm. 3), S. 386.

³ Ebenda, S. 38 f.

Wie militärisch sinnvoll, ja friedenerhaltend der von TIRPITZ durchgesetzte deutsche Flottenbau war, erwies sich schon bald und sei nur an zwei Beispielen aufgezeigt. Einmal hielt die Stärke der deutschen Kriegsmarine die Briten in dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg von einem Überraschungsangriff auf die deutschen Schiffe ab, auf den führende Mariner in London drängten: »Der Erste Seelord, Admiral John FISHER, setzte sich zusammen mit dem Admiraltätslord Arthur Hamilton LEE beim (englischen, R.K.) König energisch dafür ein, die deutsche Flotte - so wie es die Engländer im Jahre 1807 mit der dänischen Flotte vor Kopenhagen praktiziert hatten, als Admiral GAMBIER mit 50 Linienschiffen, mitten im Frieden, alle dänischen Schiffe kaperte und Kopenhagen in Brand schoß - im Frieden zu überfallen und zu vernichten, sie zu >kopenhagen<. >Lieber früher als späten, bevor sie zu groß würde.«⁸

⁸Ebenda, S. 387.

Zum anderen verhinderte die dann vorhandene Größe der deutschen Hochseeflotte im Ersten Weltkrieg, daß die Briten Planungen verwirklichen konnten, mit ihrer Schlachtflotte in die Ostsee einzubrechen, sich dort mit der russischen Flotte zu vereinigen und gemeinsam neben der Nordsee- auch die deutsche Ostseeküste zu blockieren. Damit wäre Deutschland von den überlebenswichtigen Einfuhren aus Skandinavien abgeschnitten gewesen.⁹ Die für die Engländer trotz ihrer Übermacht sehr verlustreiche Seeschlacht mit der deutschen Hochseeflotte unter Vizeadmiral Reinhard SCHEER im Skagerak am 31. Mai 1916 setzte solchen Plänen ein Ende.

⁹UHLE-WETTLER, aaO. (Anm. 2).

Zusammenfassend urteilte der Erlanger Historiker Hellmut DIWALD in seiner Seekriegsgeschichte zutreffend: »Das unaufhaltsame Wachsen des deutschen Exports ist von König EDUARD VII. wiederholt als die bedrohlichste aller Gefahren für England bezeichnet worden. Die deutsche Industrie und die deutsche Ausfuhr waren die entscheidenden Motive, nicht die deutsche Marine. Der britische Nationalökonom Alfred GIBBEY machte nach dem Krieg kein Hehl daraus: >Wir haben den Krieg begonnen, um die industrielle Macht Deutschlands zu vernichten. Vor dem Kriege sahen wir uns von dem deutschen Konkurrenten überall umstellt. Ein erträgliches Dasein war nicht mehr mögliche«¹⁰

¹⁰ DIWALD, aaO. (Anm. 3), S. 389.

Schon der Erste Weltkrieg war von England aus ein Wirtschaftskrieg, um den deutschen Wettbewerb zu unterbinden. An dem Krieg hatte nicht die deutsche Führung die Schuld, insbesondere nicht durch den Flottenbau. Großadmiral Alfred VON TIRPITZ urteilte mit Recht 1919 über die Ansicht, die Schaffung der deutschen Schlachtflotte habe die Aussicht auf ein freundschaftliches Verhältnis zu Großbritannien verscherzt: »Sollte sich dieses Bild in deutschen Köpfen festsetzen, so könnte man darin zunächst die Regel bestätigt finden, daß der Sieger die Geschichte schreibt; und der Besiegte würde sie in diesem Falle fälschen, um der angelsächsischen Weltherrschaft in seinem historischen Gewissen huldigen zu können.«¹¹

¹¹ TIRPITZ, aaO. (Anm. 4), S. 167.

Rolf Kosiek

Belgische Neutralität 1914

Es herrscht allgemein die Meinung, daß die Verletzung der belgischen Neutralität Anfang August 1914 durch deutsche Truppen Hauptgrund für die Ausweitung des Konflikts zum Ersten Weltkrieg gewesen sei und Deutschland dadurch die Hauptschuld an dem Krieg trage.

Im Hinblick auf den sich anbahnenden Zweifrontenkrieg hatte sich Deutschland auf den, wenn auch >verwässerten< SCHLIEFFEN-Plan festgelegt, der, um einen schnellen Sieg an der Westfront herbeizuführen, einen umfassenden Angriff auf Frankreich über Holland, Belgien und Luxemburg vorsah.

Am 3. August 1914 erhielt der britische Botschafter Edward GOSCHEN, der von der Reichsregierung die Zusicherung einholen sollte, daß Deutschland die belgische Neutralität respektieren werde, als Antwort: »Nur für einen Fetzen Papier« (damit war die Neutralitätsurkunde aus dem Jahre 1839 gemeint) »ist England dabei, gegen eine verwandte Rasse Krieg zu führen.«

In einer denkwürdigen Rede im Reichstag hatte Reichskanzler BETHMANN HOLLWEG am nächsten Tag, dem 4. August, in verhängnisvoller Naivität erklärt, daß Not kein Gebot kenne und Deutschland deswegen in Belgien habe einfallen müssen, daß Deutschland aber für Entschädigung sorgen werde - ein wahrlich gefundenes Fressen< für die alliierte Kriegspropaganda.

Der Militärschriftsteller General John Frederick Charles FÜLLER unterstreicht,¹ daß der Vertrag zwischen England und Belgien aus dem Jahre 1839 keinerlei Bestimmung enthielt, die England eine Entsendung von Truppen zum Schutz der belgischen Grenzen vorschrieb. Auch wenn Deutschland die belgische Neutralität nicht verletzt hätte, meint der britische General, so hätten britische Ehre und das Interesse Englands gefordert, sich Frankreich und Rußland anzuschließen. Und das Gespräch zwischen GREY und dem deutschen Botschafter Karl VON LICHNOSWKY vom 1. August in London² belegt, daß sich die britische Regierung bereits festgelegt hatte.

Lord Arthur PONSONBY versicherte in einem Zeitungsartikel Mitte der zwanziger Jahre:³ »Was auch immer die Ursachen des Weltkrieges gewesen sein mögen, der deutsche Einmarsch in Belgien war ohne Zweifel keine davon. Er war eine der ersten Folgen des Krieges. Er war nicht einmal der Grund für unseren Eintritt [der Briten] in den Krieg. .. Politisch war der Einfall in Belgien ein großer Fehler. In strategischer Hinsicht war es der natürlichste und einleuchtende Weg, den Deutschland wählen mußte.« Der französische General Alexandre PERCIN, der 1910-11 an einem großen Wintermanöver teilgenommen hatte, meinte nach dem Krieg in der Zeitschrift *Ere Nouvelle*: »Das Manöver dauerte eine Woche und zeigte, daß ein deutscher Angriff auf die elsäß-lothringische Front keine Aussicht auf Erfolg hätte, daß er unfehlbar an den in diesem Gebiet konzentrierten Befestigungen



Der »Fetzen Papier«. Damit ist jener Vertrag aus dem Jahre 1839, der die Neutralität Belgiens garantierte, hinfällig.

¹ John Frederick Charles FÜLLER, *Die Entscheidungsschlachten der westlichen Welt*, Grabert, Tübingen 2004, S. 390.

² Siehe Beitrag Nr. 21, »Die Ursachen des Ersten Weltkriegs«.

³ Arthur PONSONBY, in: *Manchester Guardian*, 27. 1. 1925.

4. August 1914:
deutsche Soldaten
und belgische Zivil-
sten posieren neben-
einander in den
belgischen Arden-
nen.



zerschellen müßte und daß Deutschland gezwungen sein würde, die belgische Neutralität zu verletzen.«

⁴ LEON DEGRELLE,
*LA pseudo-guerre du
droit*, Paris 1987,
S. 28.

LEON DEGRELLE, der als Neunjähriger den Einmarsch der Deutschen in seinem belgischen Dorf erlebte, vertritt dieselbe Ansicht:⁴ »Seit 2000 Jahren war Belgien schon immer ein unvermeidlicher Durchgang,... der Bürgersteig der Krieger. .. Die Deutschen standen vor der Wahl: entweder die Belgier nicht antasten oder ihre Offensive gegen die Franzosen verfehlen. In dieser großen Schicksalswaage wogen die Belgier, wie vorauszusehen, nicht sehr viel, ebenso wenig, wie die Vorgänger, darunter die Franzosen, fünf Jahrhunderte lang es hinlänglich demonstriert hatten.«

PONSONBY führt in seinem aufsehenerregenden Artikel außerdem aus, daß »Frankreich die belgische Neutralität verletzt hätte, wenn Deutschland es nicht getan hätte«. Dabei beruft sich PONSONBY auf General PERCIN. Am 31. August 1913 war zwischen Frankreich und Rußland eine Vereinbarung unterzeichnet worden, der zufolge der Begriff >Verteidigungskrieg< nicht wortwörtlich aufgefaßt und eine »kraftvolle Offensive.. . gleichzeitig« ergriffen werden sollte. PERCIN schlußfolgert: »Konnten wir eine kraftvolle Offensive unternehmen, ohne die belgische Neutralität zu verletzen? Konnten wir wirklich unsere 1300 000 Mann auf der schmalen Front von Elsaß-Lothringen entwickeln?« Eine Ausweitung des Operationsfeldes konnte nur in Belgien stattfinden.

Damit steht fest, daß die Briten und die Franzosen die Verletzung der Neutralität Belgiens in ihren Generalstabsplanungen hinsichtlich eines Präventivschlags gegen Deutschland vorgesehen hatten. Es sei schließlich daran erinnert, daß die Franzosen im selben Krieg auch gegen Neutrale, nämlich Griechenland, militärisch vorgingen.

Rolf Kosiek

Die Bagdadbahn - eine Kriegsursache 1914?

Im Zusammenhang mit den Vorwürfen einer Welteroberungsabsicht Deutschlands um 1914 und den Ursachen des Ersten Weltkrieges wird die Bagdadbahn häufig erwähnt. Selbst die ansonsten seriöse *Wikipedia* schließt sich dem allgemeinen Tenor an: »Deutschlands Provokation durch die Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen mit dem Osmanischen Reich führte im nachhinein zu einer Annäherung der Mächte [England, Frankreich, Rußland] und war eine der vielen Gründe, die zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 führten.«¹ Das kann man nicht so stehen lassen.

Doch zunächst seien ein paar Worte zum Projekt Bagdadbahn und seiner Verwirklichung vorangestellt.

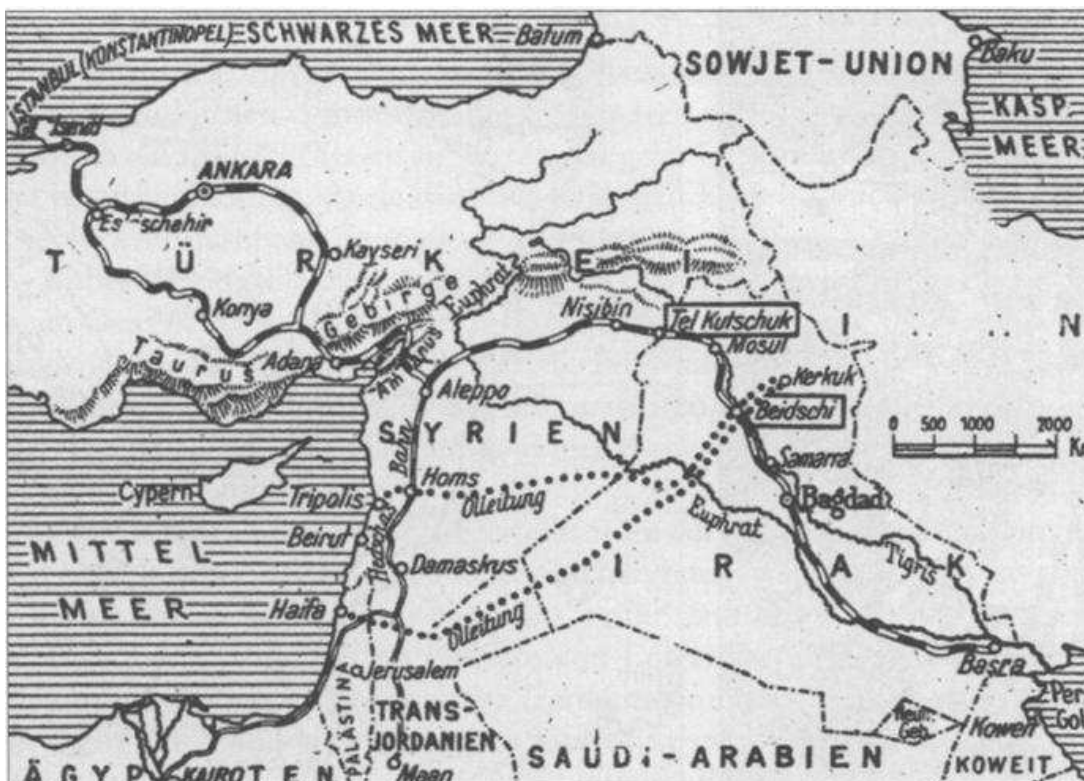
Um die vorletzte Jahrhundertwende war Deutschland dabei, die bislang führende Industriemacht in der Welt, England, einzuholen und im Welthandel gar zu überflügeln. Es ist nur folgerichtig, daß sich das Deutsche Reich nach neuen Absatzmärkten umsah - so wie es Großbritannien im gesamten 19. Jahrhundert auch getan hatte. Das stark schwächelnde Osmanische Reich - »der kranke Mann am Bosphorus« - bot sich als interessantes Expansionsfeld für die damals blühende deutsche Wirtschaft an.

Die Geschichte der Bagdadbahn geht auf das Jahr 1888 zurück, als Georg VON SIEMENS, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, mit dem Osmanischen



Georg VON SIEMENS,
Vorstandssprecher
der Deutschen Bank
von 1870 bis 1900.

¹ *Wikipedia*, Artikel
>Bagdadbahn<, www.
wikipedia.de



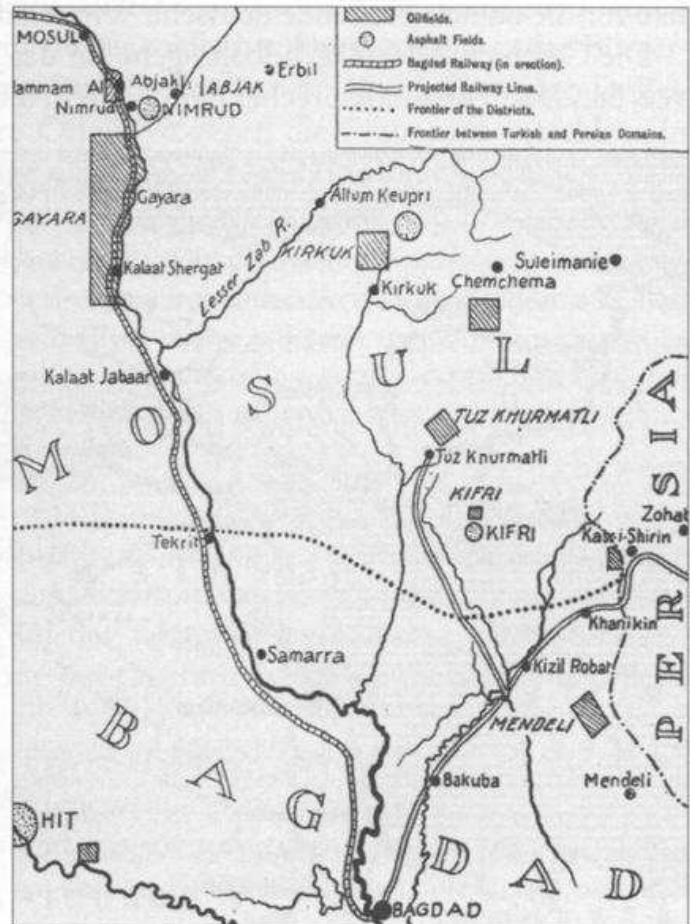
Karte, erschienen
in der *Frankfurter
Zeitung* vom 16. 7
1940, nach der
Fertigstellung der
Bagdadbahn.

Reich einen Vertrag zum Ausbau und zur Entwicklung der Anatolischen Eisenbahn, der Vorläuferin der Bagdadbahn, abschloß. Im Jahre 1896 war der 1000 Kilometer lange Abschnitt bis Konya fertig (siehe Karte); eine zweite Teilstrecke bis Ankara war bereits 1892 eröffnet worden. Nun bot Sultan HAMID II., der die Erschließung des südlichen Teils seines Reichs im Auge hatte, 1902 den Deutschen eine Konzession zum Weiterbau der Strecke von Konya bis Bagdad an. Die Vereinbarung wurde am 16. Januar 1902 unterzeichnet.

Bei der Verwirklichung des rund 2400 Kilometer langen Bahnprojekts stellte sich von Anfang an die Frage der Finanzierung, vor allem bedingt durch häufig und stark wechselnde unwegsame Geländebedingungen an der Bahntrasse. Die finanziellen Möglichkeiten der beteiligten deutschen Banken wurden dadurch überfordert. Aufgrund seiner damals schlechten wirtschaftlichen Lage konnte das Osmanische Reich den Weiterausbau nur mit beschränkten Mitteln unterstützen. Deutschland versuchte immer wieder, die Briten an dem Großvorhaben zu beteiligen, und zog sogar eine Internationalisierung des Projekts in Betracht.

Im November 1899 besuchte WILHELM II. seine Großmutter Königin VICTORIA von England in der Hoffnung, sie und die britischen Banken für das Bagdadbahn-Projekt zu gewinnen, zumal im Sommer jenes Jahres eine Art

Links: Die extremen Geländebedingungen erschwerten die Finanzierung der Bahnstrecke; links: Bau der Taurusstrecke. Rechts: Die Karte aus *Petroleum Review*, Mai 1914, zeigt die damals bekannten Erdölvorkommen in Mesopotamien und unterstreicht die sich anbahnende Bedeutung der Region.



deutsch-französische Entente zustande gekommen war, der zufolge die französische Seite eine Beteiligung in Höhe von 40 Prozent erhalten würde. Doch der Kaiser hatte in London keinen Erfolg. In seinem herausragenden Buch *Von Stambul nach Bagdad*² beschreibt Manfred POHL die mühsamen Anstrengungen der deutschen Seite auf der diplomatischen und finanzpolitischen Bühne, um das Projekt voranzutreiben, und wie die Verhandlungen - und damit auch die Bauarbeiten - immer wieder ins Stocken gerieten. Abgesehen davon luden der Türkisch-italienische Krieg 1911 und die Balkankrisen der folgenden Jahre Bankiers nicht gerade ein, größere Finanzmittel in das Bahnprojekt zu investieren. Noch im Frühjahr 1914 verpflichtete sich Deutschland, das die ganze Zeit auf eine Kompromißlösung bedacht war, die Bahnstrecke nicht über Basra hinaus in Richtung Golf auszubauen. Die Region südlich von Basra, Kuwait, war seit 1901 britisches Protektorat.

Der Faktor Erdöl dürfte dabei keine geringe Rolle gespielt haben. Seit 1902 waren vielversprechende Erdölquellen zwischen Mossul und Basra erschlossen worden. Wilde Spekulationen über den möglichen Umfang der Erdölvorräte regten die Vorstellungskraft der politisch Verantwortlichen in höchstem Maße an. Deutschland könnte dadurch nicht nur einen neuen Wirtschaftsraum erschließen, sondern auch eine führende Rolle ebenfalls im Erdölgeschäft übernehmen - zumal die Türkei 1912 den Deutschen eine Konzession erteilt hatte, die sämtliche Öl- und Mineralvorkommen in einem 20 Kilometer breiten Streifen entlang der Bahnstrecke bis Mossul sicherte.

Die anderen damaligen Großmächte sahen dadurch ihren Einfluß im Nahen und Mittleren Osten bedroht. Die Bagdadbahn hätte eine direkte Konkurrenz zum Suezkanal dargestellt und das Transportmonopol der Briten stark gefährdet. Außerdem trieb Rußland zur selben Zeit einige Eisenbahnprojekte in Persien voran. Und die USA waren nicht sonderlich begeistert, daß sich das Deutsche Reich auf diesem Weg der Ölabhängigkeit von Amerika entziehen könnte, da sie dann im Kriegsfall keinen Druck mittels einer Seeblockade ausüben könnten.

Robert George Dalrymple LAFFAN, den sowohl F. William ENGDAHL³ als auch Gerd SCHULTZE-RHONHOF⁴ in ihren Büchern anführen, brachte mitten im Krieg die Erklärung, weshalb sich die Engländer weigerten, beim Projekt Bagdadbahn in irgendeiner Weise mitzuarbeiten. In seinem Buch *The Serbs: The Guardians of The Gate*¹ läßt der in Serbien dienende britische Militärberater es nicht an Deutlichkeit fehlen:

»Würde >Berlin-Bagdad< fertiggestellt, wäre ein riesiges Gebiet, in dem jeder erdenkliche wirtschaftliche Reichtum hergestellt werden könnte, das aber für eine Seemacht unangreifbar wäre, unter deutsche Kontrolle geraten. Rußland würde durch diese Barriere von England und Frankreich, seinen Freunden im Westen, abgeschnitten. Die deutsche und türkische Armee könnte leicht auf Schußweite an unsere Interessen in Ägypten herankommen. Vom Persischen Golf aus würde unser indisches Empire bedroht. Der Hafen

² Manfred POHL, *Von Stambul nach Bagdad. Die Geschichte einer berühmten Eisenbahn*, Piper, München 1999, S. 47-80.

³ F. William ENGDAHL, *Mit der Ölwanne Zur Weltmacht*, Böttiger, Wiesbaden 1995, S. 43.

⁴ Gerd SCHULTZE-RHONHOF, *Der Krieg, der viele Väter hatte*, Olzog, München 2005, S. 39.

⁵ Robert George Dalrymple LAFFAN, *The Serbs. The Guardians of the Gate*, 1917; Nachdruck: Dorset Press, New York 1989, hier: S. 163 f.

von Alexandropoulos und die Kontrolle über die Dardanellen würden Deutschland im Mittelmeerraum bald eine enorme militärische Seemacht



verleihen. . . ein Blick auf die Weltkarte zeigt, aus welchen Gliedern sich die Kette der Staaten zusammensetzt, die zwischen Berlin und Bagdad liegen: das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei. Nur ein kleiner Gebietsstreifen verhindert, daß die beiden Enden der Kette miteinander verbunden werden können. Dieser kleine Streifen ist Serbien. Serbien steht klein, aber trotzig zwischen Deutschland und den großen Häfen von Konstantinopel und Saloniki und versperrt ihm das Tor zum Osten. .. Serbien war in der Tat die erste Verteidigungslinie für unsere Besitzungen im Osten. Würde es vernichtet oder in das >Berlin-Bagdad-System< einbezogen, hätte unser großes, aber nur schwach

Großbritanniens Versuche, den Bau der Bagdadbahn zu behindern oder hinauszuzögern, wurden zum Gegenstand einer Karikatur: »Please, Mister BETHMANN, mir ist mein Bein eingeschlafen.«

verteidigtes Empire bald den Schock des deutschen Vorstoßes nach Osten gespürt.«

Der Kreis schließt sich. Am 2. Juni 1914 war die Bahn bis Bagdad fertig. Sechszwanzig Tage später erfolgte der Anschlag von Sarajewo; einen Monat danach brach der Erste Weltkrieg aus - nur Zufälle? Man kann durchaus behaupten, daß England, das seit 1900 die Verwirklichung des Bagdadbahnprojekts mit politischem Druck und diplomatischen Tricks zu verhindern oder zumindest zu verzögern versucht hatte, ab 1. August 1914 seine Politik mit anderen Mitteln fortsetzte.

CHURCHILLS waghalsige Dardanellen-Expedition 1915 wird vor dem Hintergrund der Bagdadbahn und ihrer geostrategischen Bedeutung erklärlich.¹

Hellmut DIWALD hat in seiner *Geschichte der Deutschen* die Entwicklung des beginnenden 20. Jahrhunderts mit den zutreffenden Worten zusammengefaßt: »Der Imperialismus ihrer [der deutschen] Produkte war erheblich gefährlicher als der Imperialismus von Kanonen. Lag die Folgerung nicht auf der Hand, daß man sie, die wirtschaftlich nicht zu besiegen waren, politisch isolieren und notfalls militärisch destruieren mußte?«² Michael Klotz

¹ John Frederick Charles FULLER, *Die Entscheidungsschlachten der westlichen Welt*, Grabert, Tübingen 2004, S. 404-413.

² Hellmut DIWALD, *Geschichte der Deutschen*, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin -Wien 1978, S. 270.

Der >Baralong<-Mord 1915

Der deutsche Großadmiral Alfred VON TIRPITZ (1849-1930) erwähnt in seinen Erinnerungen den »Baralong-Mord«¹ von 1915 als eines von mehreren Beispielen für eine Eigenart der Briten: »Grundsätzlich decken die Engländer ihre Leute, um die Achtung vor jedem Briten in der Welt und die Neigung zur Selbsthilfe in den Ihrigen zu stärken«, auch wenn sie ihn »im stillen wahrscheinlich verurteilt haben«. Denn »die Engländer pflegten einen Offizier politisch oder militärisch nicht preiszugeben, einerlei, ob seine Handlung aus dem vorgeschriebenen Rahmen herausfiel oder nicht«.²

Was hatte es mit dem heute weithin vergessenen >Baralong<-Zwischenfall auf sich? Am 19. August 1915, drei Monate nach der Versenkung der >Lusitania<, hatte das deutsche U-Boot >U 27< den britischen Dampfer >Nicosian< aufgebracht und war dabei, ihn zu versenken. Da näherte sich ihm der unter amerikanischer Flagge als britische U-Boot-Falle (in der britischen Marine >Q-ship< genannt) fahrende britische Hilfskreuzer >Baralong< unter Führung von Lieutenant-Commander Godfrey HERBERT und vernichtete es durch Geschützfeuer aus kurzer Entfernung. Anschließend erschossen die Männer der >Baralong< die im Wasser umherschwimmenden deutschen Seeleute. Mehrere U-Boot-Fahrer, die sich auf die >Nicosian< gerettet hatten, wurden an Bord dieses Schiffes ebenfalls von Angehörigen der U-Boot-Falle erschossen. Der deutsche U-Boot-Kommandant, Kapitänleutnant Bernd WEGENER, der sich auch an Bord des Dampfers gerettet hatte und dem offensichtlich dasselbe Schicksal blühte, konnte vorher noch von der >Nicosian< wieder ins Wasser springen und wurde dann dort erschossen.

Anschließend verlangte HERBERT strenges Stillschweigen von seiner Mannschaft über den Vorfall, angeblich auch, um die Identität der U-Boot-Falle geheimzuhalten. Dieser wurde aber dann doch durch einige amerikanische Mitglieder der Besatzung bekannt. »In seinem Bericht an die britische Admiralität übergang HERBERT den Mord an den deutschen Seeleuten oder kaschierte ihn. Die britische Regierung rechtfertigte das Vorgehen der >Baralong< damit, daß am selben Tag deutsche U-Boote zwei britische Handelsschiffe, darunter den Passagierdampfer >Arabic<, versenkt und deutsche Seestreitkräfte ein britisches U-Boot in neutralen dänischen Hoheitsgewässern vernichtet hätten, wobei Briten ums Leben gekommen seien. In der englischen Literatur wird zur Verteidigung der Tat angeführt, die Besatzung der >Baralong< habe geglaubt, es mit demselben U-Boot zu tun zu haben, das wenige Stunden zuvor die >Arabic< versenkt hatte; außerdem habe sie befürchtet, die an

¹ Alfred VON TIRPITZ, *Erinnerungen*, K. F. Koehler, Leipzig 1919, S. 15.

² Ebenda.

Historische Postkarte
(Sammlung Prof. Dr.
S. GIESBRECHT) zum
>Baralong<-Mord.



Aus dem Postkarten-
Text (von H. Rettig)

»An England« – In Erinnerung an die Mordtaten der >Baralong<
Du führst die Lüge im Panier
und hast verletzt mit frevler Hand
Das Recht, das alle Völker band.
Du gabst, entehrt bist Du dafür,
Dem Glauben an Vertrag und Wort
Zum Lohne feigen Meuchelmord.
Weh, England, Dir!...«

Bord der >Nicosian< geflüchteten schiffbrüchigen Seeleute hätten den Dampfer als Prise nach Deutschland einbringen wollen. Dabei hatten sie sich zuvor ihrer Uniformen und zweifellos auch etwa mitgeführter Waffen entledigt, um besser schwimmen zu können.«¹ Und was hätten die vier oder fünf an Bord gekommenen Schiffbrüchigen schon gegen die Dampferbesatzung ausrichten können?

In der Literatur ist umstritten, ob die U-Boot-Falle noch bei Feuereröffnung die amerikanische Flagge zeigte oder bereits die britische aufgezogen hatte. Die amerikanischen Farben an den Seitenwänden des Schiffes blieben jedoch das ganze Gefecht über sichtbar. Das ändert aber an dem vielfachen Mord an den wehrlosen Schiffbrüchigen nichts. Die Besatzung der >Baralong< beging eindeutig ein Kriegsverbrechen, das jedoch, weil es nicht von Deutschen begangen wurde, nie gesühnt wurde.

¹ Gerhard GRANIER, »Baralong-Zwischenfall am 19. 8. 1915«, in: Franz W. SEIDLER und Alfred M. DE ZAYAS (Hg.), *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert*, E. S. Mittler & Sohn, Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 45; dort S. 46 weitere Literatur.

Washington manipuliert deutsche Außenamtsakten

Wenige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg veröffentlichte die deutsche Reichsregierung die Akten des deutschen Auswärtigen Amtes von 1870 bis 1914¹ in 40 Bänden. Sie konnte damit überzeugend und vor der Weltöffentlichkeit erfolgreich die im Versailler Diktat im Artikel 231 von den Alliierten festgelegte alleinige Schuld Deutschlands am Kriege widerlegen.

Um den besiegten Deutschen diese Möglichkeit der Widerlegung unrechtmäßiger Vorwürfe nach dem Zweiten Weltkrieg zu nehmen, raubten neben den anderen Siegermächten vor allem die Amerikaner mit dazu eingesetzten Spezialeinheiten die ihnen 1945 bei der Besetzung Deutschlands in die Hände gefallenen Akten des Reiches und verfrachteten die gestohlenen Dokumente nach den USA. (Ähnlich beschafften sie sich Akten des zerfallenden SED-Regimes in Ost-Berlin 1989/90.) Erst im Jahre 1959 wurden sie - teilweise ? - der Bundesrepublik zurückgegeben, die die Akten von 1918 bis 1945 in den folgenden Jahren bis 1995 in einer umfangreichen Edition in fünf Serien veröffentlichte.

Aber auch dabei wirkten die Siegermächte entscheidend mit: »Die Edition wurde von einer internationalen Kommission von Historikern aus Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Deutschland geleitet, die über die Auswahl der Dokumente entschied. Mitglieder der Kommission waren zu verschiedenen Zeiten unter anderen weltweit angesehene Historiker wie Alan BULLOCK, Hajo HOLBORN, Maurice BAUMONT, für Deutschland Hans ROTHFELS und Walter BUSSMANN. Unter ihrer Aufsicht leistete ein Team deutscher Historiker die editorische Arbeit. Insgesamt wurden rund 25000 Dokumente veröffentlicht. Zur Bewertung der Arbeit sagte der letzte französische Hauptherausgeber, Jacques BARIETY, bei der abschließenden Festveranstaltung am 21. November 1995 auf dem Petersberg: »Unsere Aufgabe war es nicht, die Geschichte der Außenpolitik - oder des Außenpolitischen - Deutschlands zu schreiben, sondern es galt, der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft eine Sammlung von Quellen zur Verfügung zu stellen, damit jeder Historiker diese Geschichte so schreiben kann, wie er es möchte. Ich glaube, wir sind der Aufgabe, die uns gestellt wurde, treu geblieben. Ich habe nie eine Kritik über die Unvoreingenommenheit und den Ernst unserer Arbeit gelesen.«²

Dazu ist folgendes zu bemerken:

1. Im Vorwort der Edition heißt es, daß die Amerikaner 1945 die deutschen Akten an sich nahmen und in die USA transportierten, weil sie in Deutschland ein Verschwinden der Dokumente befürchteten. Ein edler Grund wird also vorgeschoben und das für ein Gebiet, das von den Alliierten besetzt war und in dem sie die Hoheit hatten, also auch den Diebstahl

¹ *Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914*. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes, hg. von Johannes LEP-SINS, Albrecht MENDELSSOHN-BARTHOLDY, Friedrich THIMME, Bd. 1-40, Berlin 1922-1927.

² Botschafter a.D. Hansjörg EIFF in einem Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. 8. 2005, S. 35.

oder das Verschwinden der Akten verhindern konnten. In Wirklichkeit wollten die Sieger die Akten in ihren Besitz bringen, um darin Belastendes gegen Deutschland - auch schon für die Nürnberger Prozesse - zu finden und um sie zur Unterstützung ihres Geschichtsbildes in aller Ruhe manipulieren zu können. Dafür hatten sie dann viele Jahre Zeit.

2. Auch bei der anschließenden Herausgabe wirkten die Siegermächte durch die entsprechenden Historiker bei der Auswahl der Dokumente entscheidend mit und konnten damit noch einmal zu ihren Gunsten auswählen.

3. Zu der die Herausgabe kontrollierenden Kommission gehörten als sehr einseitig bekannte, durch Deutschland belastende Werke hervorgetretene und der Umerziehung verpflichtete Personen wie BULLOCK und ROTHFELS.

4. Während der Zeit des amerikanischen Besitzes wurde an den Akten manipuliert, wurden Dokumente gefälscht³ oder Deutschland entlastende Materialien aus den Dokumenten entfernt. So fehlen heute zum Beispiel ausgerechnet die entscheidenden Seiten zu HITLERS Befehl vom 24. Mai 1940, die deutschen Truppen vor Dünkirchen anzuhalten.⁴ Ein weiteres Beispiel sei dafür nachfolgend angeführt:⁵

1960 schrieb der dem Herausgeber persönlich bekannte Georg WIESHOLLER am Historischen Institut der Stockholmer Universität eine Magisterarbeit über das *Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg (Inför andra världskriget)*. Zur Verfügung standen ihm die oben erwähnten *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945* und auch die Akte Herbert VON DIRKSENS, der 1938 als Botschafter von Tokio abberufen und Nachfolger RIBBENTROPS als deutscher Botschafter in London wurde. Dirksen hatte ein Gut in Schlesien und verwahrte dort Durchschriften seines Schriftwechsels mit dem Auswärtigen Amt auf. Diese fielen 1945 in die Hände der Sowjets. Im anschließenden Kalten Krieg veröffentlichte Moskau diese Akten unter der Bezeichnung *Dirksens paper*. Beim Vergleich stellte WIESHOLLER fest, daß die *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945* nicht so lückenlos waren, wie die Herausgeber behaupteten: So umfaßte darin das Dokument Nr. 448, ein Brief DIRKSENS vom. .. an. .., ... 157 Wörter, das entsprechende der DIRKSEN-Papiere jedoch 1115. Im letzteren, in der Veröffentlichung der Außenamts-Akten fortgelassenen Teil begründete DIRKSEN, warum HITLER das britische Angebot, die Beilegung des Konflikts mit Polen um mehrere Jahre zu verschieben, nicht annehmen könne, also keinen Aufschub der Verhandlungen mit Warschau hinnehmen wolle: da die Briten mit Hochdruck rüsteten, er nicht mithalten könne und daher eine Lösung der polnischen Frage sofort in Angriff nehmen wolle.

Ein für die sachgerechte Beurteilung der damaligen deutschen Politik äußerst wichtiger Teil ist also in der deutschen Aktenausgabe einfach weggelassen worden.

Rolf Kosiek

Siehe Beitrag Nr. 140: »Die Schlüssel-dokumente«.

⁴ Siehe Beitrag Nr. 175, »Dünkirchen«

⁵ Persönliche Mitteilung an den Herausgeber von Georg WIESHOLLER am 3. 8. 2005. Ein zu dem Thema am 2. 8. 2005 an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* gesandter Leserbrief WIESHOLLERS wurde von dieser nicht veröffentlicht.

London läßt Akten verschwinden

Einer Fälschung der Geschichte wird auch Vorschub geleistet, wenn wichtige Papiere vernichtet werden. Das gilt sowohl für in eigener Hand befindliche Akten, die das eigene Land und seine politischen wie militärischen Verantwortlichen belasten können, als auch für dem unterlegenen Gegner geraubte, diesen entlastende Dokumente. Beides ist in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts nicht selten vorgekommen, und oft genug geschah das zu Lasten Deutschlands und zur Entlastung der Sieger.

In verdienstvoller Weise hat der Militärhistoriker und Generalleutnant der Bundeswehr a.D. Franz UHLE-WETTLER einige Fälle von den Engländern aus durchsichtigen Gründen vernichteter Akten zusammengestellt und dabei die betreffenden Quellen (neu numeriert, R.K.) angegeben.¹ Er schreibt:

> »Nachweislich ist immerhin, daß die Briten sogar ihre eigenen Akten schon bei drittrangigen Fragen manipuliert haben. So wurden die Akten über die Ermordung der Überlebenden eines versenkten deutschen U-Bootes 1915 (Baralong-Fall) und wichtige Akten über die Erfindung deutscher Kriegsverbrechen in Belgien 1914 vernichtet.²

> Auch diejenigen Akten wurden vernichtet, die der Glorifizierung des britischen Feldmarschalls HAIG, Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Frankreich 1915-1918, im Wege standen.³

> Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde vernichtet, was Licht auf die Frage geworfen hätte, weshalb die Briten völkerrechtswidrig die WLASSOW-SOLDATEN und zudem auch die dabei arretierten Exil-Russen und sogar das deutsche Rahmenpersonal an die Sowjets ausgeliefert haben.⁴

> Akten über die Ermordung deutscher Schiffbrüchiger durch die Royal Navy im Zweiten Weltkrieg sind sogar nach Auskunft des Foreign Office vernichtet worden.⁵

¹ Franz UHLE-WETTLER, »Der Einfluß der »political correctness« auf unser Geschichtsbild«, in: Otto SCRINZI (Hg.), *Nationale Zukunft und Verantwortung*, Aula-Verlag, Graz 2001, S. 61.

² P. BUITENHUIS, *The great war of words - Literature as propaganda 1914 and after*, London 1989, S. 27 f.

³ Dennis WINTER, *Haig's command - A reassessment*, New York 1991; hierzu auch M. HOWARD in: *London Review of Books*, 25. 4. 1991, S. 5.

⁴ N. TOLSTOY, *Victims of Yalta*, London 1978; hierzu auch die Besprechung von R. D. MÜLLER in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 2/1978.

⁵ A. DE ZAYAS, *Die Wehrmachtuntersuchungsstelle - Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg*, München 1979, S. 32 f., 377 ff.

> Und schließlich wurden viele derjenigen Akten vernichtet, die gezeigt hätten, weshalb die britische Regierung die Kontaktversuche des deutschen Widerstandes zurückgewiesen oder unbeantwortet gelassen hat.⁶

> Weiterhin haben die Briten nicht nur in die eigenen, sondern auch in die erbeuteten Akten eingegriffen. Die deutschen Akten über Friedensführer 1939/40 >went missing when they were in Allied hands after the war<, gingen verloren, als sie nach dem Krieg in alliierter Besitze waren.«⁷

Mit Recht fügt UHLE-WETTLER dem hinzu: »Allerdings. Die Akten >gingen< nicht verloren, denn sie hatten keine Beine, sondern jemand muß am Werk gewesen sein.«

Ein weiteres Beispiel für die wohl nicht von ungefähr durch London vorgenommene Ausmerzungen den Briten unangenehmer Dokumente bilden die Akten zu dem englischen Giftgasangriff vom 17. April 1917 in Palästina. Auch hier ist das Material weitgehend verschollen (siehe Beitrag Nr. 40: »Britischer Giftgasangriff in Palästina 1917«).

Daß in den von den Alliierten 1945 geraubten deutschen Akten heute ausgerechnet zum Verständnis äußerst wichtige Dokumente fehlen, zum Beispiel zu HITLERS Haltebefehl an die deutschen Truppen vor Dünkirchen 1940 oder bei den sogenannten »Schlüsseldokumenten«, ist mit großer Wahrscheinlichkeit ebenso das Ergebnis gezielter Eingriffe und erfolgter »Überarbeitung« zu dem Zweck, ein bestimmtes Geschichtsbild nicht nur nicht ins Wanken geraten zu lassen, sondern auch für die rückblickende Forschung zu verfestigen.

Rolf Kosiek

⁶ U. SCHLIE, »Das Ausland und der deutsche Widerstand«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1/1993, S. 165.

⁷ C. PONTING, *Myth and Reality 1940*, London 1990, S. 117 ff.

Wie der Irak schon einmal >befreit< wurde

Offiziell wurde der Irak im Frühjahr 2003 von amerikanischen und britischen Truppen angegriffen, weil Saddam HUSSEIN angeblich im Besitz von Massenvernichtungswaffen war oder an ihrer Herstellung arbeitete. Dieser Kriegsgrund war genauso erfunden wie derjenige des Jahres 1991, als die US-Regierung schon einmal einen Krieg gegen das Land vom Zaun brach. Und auch dieser war nicht der erste. Die erste Bekanntschaft mit westlichen Luftbombardements machte die irakische Zivilbevölkerung bereits nach dem Ersten Weltkrieg.

Nachdem kurz vor dem Ersten Weltkrieg in der irakischen Wüste große Erdölvorkommen entdeckt worden waren, kam eine britische Militärkommission 1912 zu dem Schluß, »daß wir die Eigentümer oder zumindest die Kontrolle der Menge Erdöl haben müssen, die wir benötigen«.

Offiziell wurden schon damals ganz andere - edlere - Gründe vorgeschoben. Als ein britisches Expeditionskorps 1917 Bagdad erreichte, gab sein Oberbefehlshaber Sir Stanley MAUDE die folgende Erklärung ab: »Unsere Armeen kommen nicht in eure Städte und euer Land als Eroberer oder als Feind, sondern als Befreier. Einwohner Bagdads, vergeßt nicht: Seit 26 Generationen leidet Ihr unter fremden Tyrannen, die alles dafür taten, daß ein arabisches Haus gegen ein anderes stand, damit sie von eurer Uneinigkeit profitieren konnten. Diese Politik ist abscheulich für Großbritannien und seine Alliierten, denn es kann weder Frieden noch Wohlstand geben, wo Feindschaft oder eine schlechte Regierung herrscht.«

Schon damals stellte sich nach der >Befreiung< durch die Alliierten rasch Ernüchterung bei den >Befreiten< ein. Denn Großbritannien, nach dem Ende des Osmanischen Reiches nunmehr Mandatsmacht für eine Reihe ehemaliger türkischer Besitzungen, ließ rasch die Maske des Wohltäters fallen und zeigte sich im Irak nicht anders als in allen anderen englischen Kolonien. Schon von 1917 an kam es deshalb in allen Teilen des Landes immer wieder zu Aufständen und Hungerrevolten.

Das Empire schlug zurück - und konnte bei dieser Gelegenheit den totalen Luftkrieg erproben, der schon 1918 eigentlich deutschen Städten zuge-dacht gewesen war. Besonders pikant: Als Schrittmacher des Bombenterrors gegen die feindliche Zivilbevölkerung profilierten sich schon damals zwei Figuren, die im nächsten Vierteljahrhundert diese Art der Kriegführung ins Gigantische steigern sollten: Winston CHURCHILL, seit 1919 Kriegsminister, und Arthur HARRIS (nachmals >Bomber-HARRIS<), damals Kommandeur der 45. Squadron der Royal Air Force. Beide sprachen sich früh dafür aus, die aufständische irakische Bevölkerung durch Bomben- und Gasangriffe aus der Luft in die Knie zu zwingen.

Siehe Beitrag Nr. 40:
»Britischer Giftgasangriff in Palästina 1917«.



Arthur HARRIS tat sich bereits in den zwanziger Jahren hervor.

CHURCHILL schrieb damals: »Ich verstehe den Widerstand gegen den Einsatz von Gas nicht. Ich bin sehr dafür, Giftgas gegen unzivilisierte Stämme einzusetzen.« Das verwendete Gas müsse nicht tödlich sein, sondern solle lediglich »große Schmerzen hervorrufen und einen umfassenden Terror verbreiten«. Bis 1924 hielten die Briten an dieser Taktik fest, unbekümmert um alle Proteste des Völkerbundes (weshalb auch die britische Polemik gegen die italienischen Giftgasangriffe in Abessinien in den dreißiger Jahren pure Heuchelei waren: Erfinder des Gaskriegs aus der Luft waren eindeutig die Briten).

Noch bis in die dreißiger Jahre hinein blieb die britische Mandatsmacht im Irak bei der Strategie des Luftterrors. Alles, was in diesen Jahren gegen die britische Herrschaft in Nahost aufbegehrte, wurde von der Royal Air Force bombardiert. Die völlig verarmten Stämme wurden aus der Luft beschossen und ihre Ernten niedergebrannt. So sollte künftigen Widerstand vorgebeugt werden. Auf dieses neue Konzept war die Mandatsmacht seinerzeit ebenso stolz wie im jüngsten Irakkrieg des Jahres 2003 die Amerikaner auf ihre Einschüchterungstaktik unter dem Motto >Shock and Awe< (Schock und Furcht).

Der Terror hielt, was er versprach. HARRIS notierte nach einem Bombeneinsatz im Jahre 1924: »Der Araber und der Kurde hatten angefangen zu glauben, wenn er ein bißchen Lärm ertragen konnte, könnte er es ertragen, bombardiert zu werden, und immer noch diskutieren. Sie wissen nun, was echtes Bombardieren heißt, in Verlusten und Schäden; sie wissen nun, daß innerhalb von 45 Minuten ein ganzes Dorf faktisch ausgelöscht und ein Drittel der Einwohner getötet oder verletzt werden können von vier oder fünf Maschinen, die ihnen kein richtiges Angriffsziel, keine Chance auf eine Ehre als Krieger und keine Chance zur Flucht lassen.« Außerdem empfahl HARRIS, »eine 250- oder 500-Pfund-Bombe in jedes Dorf zu werfen, das aus der Reihe tanzt«.

An kritischen Stimmen, die den britischen Luftterror anprangerten, fehlte es nicht. Eine davon gehörte dem späteren ersten indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal NEHRU, in dessen Buch *Briefe an Indira. Weltgeschichtliche Betrachtungen* sich ein Kapitel vom Jahre 1933 mit der britischen Mandatspolitik im Nahen Osten beschäftigt. Dort setzt sich NEHRU sehr ausführlich mit der britischen Luftkriegsstrategie zur >Befriedung< der einheimischen Bevölkerung auseinander und zitiert in diesem Zusammenhang auch britische Stellen. NEHRU schreibt über die Lage zu Anfang der dreißiger Jahre:

»Diese Angelegenheiten vor den Völkerbund zu bringen, wurde nicht als wünschenswert betrachtet, und man unternahm daher den Versuch, die Unruhen mit Gewalt und Terror zu unterdrücken. Zu diesem Zweck wurde die britische Luftwaffe eingesetzt, und das Resultat ihrer Bemühungen um Frieden und Ordnung läßt sich bis zu einem gewissen Grade aus der Beschreibung eines bekannten englischen Offiziers ablesen. Oberstleutnant Sir

Arnold WILSON führte während eines Vortrags vor der Royal Asian Society in London am 8. Juni 1932 folgendes aus:

>Es muß auf die Ausdauer hingewiesen werden, mit welcher die R.A.F. (die Royal Air Force, ungeachtet der Genfer Konvention) die kurdische Bevölkerung während der letzten zehn Jahre und besonders während der letzten sechs Monate bombardiert hat. Verwüstete Dörfer, erschlagenes Vieh, verletzte Frauen und Kinder sind Zeugen der Ausbreitung, um mit den Worten eines Sonderkorrespondenten der *Times* zu sprechen, einer einheitlichen Form der Zivilisation.<

Als man feststellte, daß die Dorfbewohner beim Nahen eines Flugzeuges oft davonliefen und sich versteckten und nicht ritterlich genug waren, die todbringenden Bomben in Ruhe abzuwarten, wurde eine neue Sorte Bomben - mit Zeitzündung - verwendet. Dieses teuflische Zeug sollte die Dorfbewohner dazu verleiten, nach Abflug der Flugzeuge in ihre Hütten zurückzukehren, um dann von der Explosion der Bombe getroffen zu werden. Diejenigen, die gleich tot waren, waren noch verhältnismäßig gut weggekommen, aber die Krüppel und Schwerverwundeten waren weit schlimmer daran, denn in jenen entlegenen Dörfern gab es keinerlei ärztliche Hilfe. Auf diese Weise wurden Ruhe und Ordnung wiederhergestellt.. .

Auf diese Weise ist die Verwendung von Bomben in den sogenannten unabhängigen Gebieten stark gestiegen, und die Briten wenden diese Methode weit häufiger an als irgendeine andere Macht.«

Ein dreiviertel Jahrhundert später befindet sich der Irak erneut im Aufruhr gegen westliche Aggressoren. Auch die Besatzungsmacht USA setzt auf ihre totale Luftüberlegenheit - bislang mit bescheidenem Erfolg - nicht zuletzt, weil die Erinnerung an die >Befreiung< durch die Briten nach dem Ersten Weltkrieg noch tief sitzt. Auch heute geht es nur ums Öl.

Karl Richter

Haager Landkriegsordnung

Zur Beurteilung der alliierten Kriegsverbrechen sei der Wortlaut der entsprechenden Artikel aus der Anlage zur Haager Landkriegsordnung (»Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. März 1907) anschließend ausgeführt.

Artikel 23: Abgesehen von den durch Sonderverträge aufgestellten Verboten, ist namentlich untersagt:

- a) die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen,
- b) die meuchlerische Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres,
- c) die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat,
- d) die Erklärung, daß kein Pardon gegeben wird,
- e) der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötig Leiden zu verursachen,
- f) der Mißbrauch von Parlamentärflaggen, der Nationalflagge oder der militärischen Abzeichen oder der Uniform des Feindes sowie der besonderen Abzeichen des Genfer Abkommens,
- g) die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird,
- h) die Aufhebung oder zeitweilige Außerkraftsetzung der Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschließung ihrer Klagbarkeit.
Den Kriegführenden ist ebenfalls untersagt, Angehörige der Gegenpartei zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr Land zu zwingen; dies gilt auch für den Fall, daß sie vor Ausbruch des Krieges angeworben waren.

Artikel 24: Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.

Artikel 25: Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.

Artikel 26: Der Befehlshaber einer angreifenden Truppe soll vor Beginn der Beschießung, den Fall eines Sturmangriffs ausgenommen, alles, was an ihm liegt, tun, um die Behörden davon zu benachrichtigen.

Artikel 27: Bei Belagerungen und Beschießungen sollen alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke und Verwundete soviel wie möglich zu schonen, vorausgesetzt, daß sie nicht gleichzeitig zu einem militärischen Zwecke Verwendung finden. Pflicht der Belagerten ist es, diese Gebäude oder Sammelplätze mit deutlichen besonderen Zeichen zu versehen und diese dem Belagerer vorher bekanntzugeben.

Artikel 28: Es ist untersagt, Städte oder Ansiedelungen, selbst wenn sie im Sturme genommen sind, der Plünderung preiszugeben.

Alliierte Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg: »Alle Deutschen müssen vernichtet werden«

Noch immer ist die Behauptung zu hören, deutsche Soldaten hätten sich während des Ersten Weltkrieges barbarischer Verbrechen gegen die belgische und französische Zivilbevölkerung schuldig gemacht - späte Folge des alliierten Propagandakrieges, der bereits von 1914 bis 1918 auf Hochtouren lief. Während die angeblichen deutschen Verbrechen inzwischen längst ins Reich der Legende verwiesen wurden, wurden andere Verbrechen, die im Ersten Weltkrieg begangen wurden, erst vor wenigen Jahren in ihrem ganzen Umfang bekannt: die Verbrechen *an* deutschen Soldaten, begangen von Angehörigen der alliierten Streitkräfte.

Der britische Historiker Niall FERGUSON brach mit seinem 1999 erschienenen Buch *The Pity of War* (deutscher Titel: *Der falsche Krieg*)¹ ein Tabu. Auf 624 Seiten, die voller Zeitdokumente und Zeugenberichte sind, weist er mit trauriger Sorgfalt nach, daß britische und französische Soldaten im Ersten Weltkrieg deutsche Kriegsgefangene in großer Zahl ermordeten - teils aus Rachedurst, teils aus purer Mordlust, häufig aber auch auf ausdrücklichen Befehl ihrer Vorgesetzten.

An zeitgenössischen Erlebnisberichten fehlte es nie. So faßte schon 1922 ein Buch des deutschen Heeresarztes August GALLINGER die schlimmen Erlebnisse deutscher Frontsoldaten zusammen. Der deutsche Soldat Karl Alfred VON MEHLHORN etwa berichtete darin über die Grausamkeiten französischer Soldaten, nachdem ein deutscher Graben erobert worden war:

»Die Franzosen brachten mitleidslos alle Verwundeten um, entweder mit dem Gewehrkolben oder mit dem Bajonett. Die Männer, die in meiner Nähe lagen, wurden einer nach dem anderen mit Bajonettstichen durch ihre Köpfe getötet. Ich stellte mich tot, so überlebte ich.«

Kein Einzelfall. Ein anderer Soldat erinnerte sich in GALLINGERS Dokumentarbuch: »Französische Soldaten, die auf dem Weg zur Front waren, stellten fünf oder sechs schwerverwundete deutsche Gefangene in einer Reihe auf und hatten ihren Spaß damit, diese hilflosen armen Teufel zu erschießen. Der deutsche Kompanieführer wurde, wie auch andere Gefangene, mit Kolbenhieben auf den Kopf getötet.«

Nicht nur die französischen, auch die englischen Frontsoldaten kämpften oft alles andere als ritterlich. Ein englischer Soldat wird mit der Anweisung



Niall FERGUSON.

¹ Niall FERGUSON, *The Pity of War*, 1998. Die deutsche Ausgabe *Der falsche Krieg* erschien 1999 bei DVA, München. Wie in zahlreichen deutschen Ausgaben wirkt auch hier die Übersetzung des Titels entschärfend oder gar irreführend (eigentlich: >Der Jammer oder das Elend des Krieges<).

eines Vorgesetzten zitiert: »Sie können es sich nicht leisten, viele verwundete Feinde herumliegen zu lassen. Sie dürfen nicht empfindsam sein. Die Armee stellt Ihnen ein erstklassiges Paar Stiefel zur Verfügung; Sie wissen, wie Sie sie gebrauchen können.«

Über die Folgen solcher Dienstanweisungen gibt FERGUSONS Buch ausführlich Auskunft. Ein überlebender deutscher Infanterist aus Hannover erinnert sich an ein von Briten begangenes Massaker im Mai 1917: 40 bis 50 deutsche Gefangene »wurden in einem Haus hinter der britischen Frontlinie zusammengepfercht. Die meisten von ihnen wurden mit Handgranaten und Revolverschüssen getötet.«

Über ein anderes Massaker an deutschen Gefangenen, im Juni 1915, berichtet der britische Soldat Charles TAMES:

»Als wir in die deutschen Schützengräben eindrangten, erblickten wir Hunderte von Deutschen, die durch unser Feuer verwundet worden waren. Viele verließen die Schützengräben und baten um Gnade; überflüssig zu berichten, daß sie auf der Stelle erschossen wurden. .. Ihre Offiziere sagten den Schotten, daß sie ihre Essensrationen mit den Gefangenen teilen müßten. Die Schotten schrien >Tod und Hölle für euch alle< und erschossen die Gefangenen. Innerhalb von fünf Minuten war der Boden knöcheltief mit dem Blut der Deutschen bedeckt.«

Zwei Einzelfälle unter unzähligen. Wie viele deutsche Gefangene der Mordlust ihrer alliierten Gegner zum Opfer fielen, vermag auch FERGUSON nicht zu schätzen. Er referiert lediglich die Chronik eines Grauens, das in schlimmstem Kontrast zu den hehren Kriegszielen und zum selbstgesteckten zivilisatorischen Anspruch der Westmächte stand. An der Front war davon nichts zu merken. Tommys und Poilus massakrierten, was das Zeug hielt.

Auch wie man bei den Westalliierten über die Deutschen dachte, berichtet FERGUSON; aus den Kriegserinnerungen des Soldaten Stephen GRAHAM: »Die Meinung, die in der Armee gepflegt wurde, war, daß es sich bei ihnen um eine Art Ungeziefer handelte, wie Pestratten, die ausgerottet werden müßten.« Ein englischer Oberst befahl seinen Soldaten im September 1916 vor einem Angriff, keine Gefangenen zu machen, weil »alle Deutschen vernichtet werden« müßten.

FERGUSON beschönigt nichts, und er verschweigt nichts. Seine Dokumentation ist alles andere als ein Hohelied auf die Soldaten der Entente. Manche von ihnen schlachteten gefangene Deutsche nur deshalb ab, um ihnen ihre persönliche Habe abzunehmen. Andere waren von der eigenen Greuelpropaganda so aufgeputscht, daß sie keinen Pardon mehr kannten. Selbst die Versenkung des amerikanischen Dampfers >Lusitania< - der nachweislich Waffen und Munition für die alliierte Westfront geladen hatte - wurde von der englischen und französischen Propaganda begierig aufgegriffen, und gefangene Deutsche mußten dafür bezahlen. Aus den Erinnerungen eines britischen Soldaten:

»Einige deutsche Soldaten, die sich ergeben hatten, krochen auf ihren Knien und hielten Bilder von Frauen oder Kindern in ihren hoch über ihren Köpfen erhobenen Händen. Aber jeder wurde umgebracht. .. Wir töteten kaltblütig, weil es unsere Pflicht war, so viele Deutsche umzubringen wie nur möglich. Ich dachte oft an die Lusitania. Ich hatte um einen Tag der Rache gebetet, und nun war er gekommen.«

Die Deutschen als >Ungeziefer< und >Peststratten< - Zeugnisse wie diese lassen keinen Zweifel daran, daß es schon im Ersten Weltkrieg um nichts Geringeres ging als die Auslöschung des deutschen Volkes. Nicht erst die Mordaufrufe eines Ilja EHRENBURG in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges gaben die Deutschen der entmenschten Mordlust der Sieger preis. Schon 1914/18 sollten die >Hunnen< vom Angesicht der Erde vertilgt werden. Karl Richter

Das Entstehen einer Greuellüge

Ein klassischen und wohl auch bezeichnenden Fall der Entstehung eines Greuelmärchens führt der britische Parlamentsabgeordnete Arthur PONSONBY in seiner Sammlung von »Lügen in Kriegszeiten«¹ an. Der wesentliche Inhalt ist:

Nach mehrtägiger Belagerung hatten die deutschen Truppen am 9./10. 1914 Antwerpen eingenommen. In Deutschland läuteten deswegen die Glocken. Die *Kölnische Zeitung* schrieb: »Als die Einnahme von Antwerpen bekannt wurde, läuteten die Kirchenglocken.«

Der französische *LeMatin* machte daraus: »Nach der *Kölnischen Zeitung* wurde die Geistlichkeit von Antwerpen gezwungen, nach der Einnahme der Festung die Kirchenglocken zu läuten.«

Am nächsten Tag schrieb die Londoner *Times*-, »Nach dem, was *Le Matin* aus Köln vernommen hat, wurden die belgischen Priester, die sich weigerten, bei der Einnahme von Antwerpen die Kirchenglocken zu läuten, aus ihren Ämtern vertrieben.«

Der italienische *Corriere della Sera* meldete daraufhin: »Nach dem, was die *Times* von Köln über Paris erfahren hat, wurden die armen belgischen Priester, die sich weigerten, bei der Einnahme von Antwerpen die Kirchenglocken zu läuten, zu Zwangsarbeit verurteilt.«

Das griff *Le Matin* in Paris wieder auf und fabrizierte daraus die Greuelnachricht: »Nach Mitteilungen, die dem *Corriere della Sera* von Köln über London zugegangen sind, bestätigt es sich, daß die barbarischen Eroberer von Antwerpen die armen belgischen Priester zur Strafe für ihre heldenhafte Weigerung, die Kirchenglocken zu läuten, als lebendige Klöppel mit dem Kopf nach unten, an die Glocken gehängt haben.«

Aus der Tatsache, daß in Köln nach der Einnahme von Antwerpen die Glocken geläutet wurden, entstand diese Propagandalüge.

¹ Arthur PONSONBY, *Lügen in Kriegszeiten*, Verlag Georg Stilke, Berlin 1930, S. 179. Ebenso in: *Junge Front* (Prag), September 1938, S. 283.

Die abgehackten Kinderhände in Belgien

Die Greuellüge, daß deutsche Soldaten im Sommer 1914 in Belgien Kindern die Hände abgehackt hätten, lief ab August 1914 um die Welt und wurde eines der wichtigsten Propagandamittel gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg. Entsprechende Karikaturen und falsche Bilder verstärkten die Wirkung des Greuelmärchens, das reine Erfindung war und vielleicht aus der Tatsache schöpfte, daß die belgische Kolonialregierung Ende des vorigen Jahrhunderts im Kongo das Händeabhacken als harte Strafe gegen Neger ausgeübt haben soll.

Es begann mit der Mitteilung eines Pariser Berichterstatters in der Londoner *Times vom Tj.* 8. 1914: »Ein Mann, den ich nicht gesehen habe, erzählte einem Offizial der katholischen Gesellschaft, daß er mit eigenen Augen gesehen hat, wie deutsche Soldaten einem Baby, das sich am Rock seiner Mutter festhielt, die Arme abgehackt haben.«¹

Am 2. 9. 1914 zitierte die *Times* französische Flüchtlinge über das Verhalten deutscher Soldaten: »Sie schneiden den kleinen Knaben die Hände ab, damit Frankreich keine Soldaten mehr haben soll.«² Ein Baby ohne Hände trat dann in vielen Bildern der westeuropäischen Presse auf;³ es gab sogar solche, auf denen deutsche Soldaten die abgehackten Hände aufaßen.⁴ Eine Statue des Kindes ohne Hände wurde hergestellt und in der Presse verbreitet.⁵ Selbst die Bibel wurde bemüht: Ein Bild zeigte den deutschen Kaiser, mit einer Axt in den bluttriefenden Händen hinter einem großen Hauklotz stehend, um den Haufen abgehackter Kinderhände lagen, wie er einer Frau mit Kindern zu kommen winkt, und unter allem stand der Spruch: »Lasset die Kindlein zu mir kommen.«⁶ Andere Bilder zeigten auf Bajonette aufgespießte oder an eine Tür genagelte Babys.⁷

In einer Unterhausdebatte in London am 19. 12. 1916 wurde die britische Regierung gefragt, was man für die armen Kinder tun könne. Scheinheilig

¹ *Times*, 27. 8. 1914, zitiert u. a. in: Arthur PONSONBY, *Lügen in Kriegszeiten*, Georg Stilke, Berlin 1930, S. 85, ebenfalls in: Udo WALENDY, *Historische Tatsachen*, Nr. 22 (»Alliierte Kriegspropaganda«), Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho o. J., S. 13.

² *Times*, 2. 9. 1914, zitiert in: PONSONBY, aaO. (Anm. 1), S. 85.

³ Unter anderem in: *Le Rive Rouge* am 18. 9. 1915.

⁴ Unter anderem in: *Le Rive Rouge* am 26. 7. 1916.

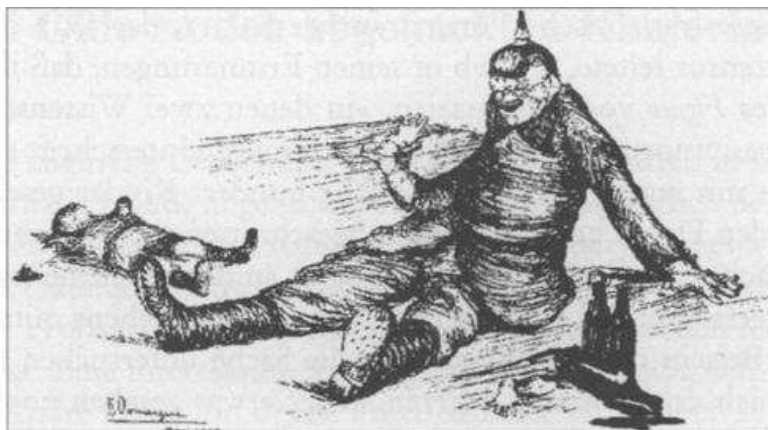
⁵ Unter anderem in: *Journal Am* 30. 4. 1915; F. AVENARIUS, *Die Weltkarikatur in der Völker-
verhetzung*, München 1921, S. 159.

⁶ U. a. in: *Critica* (Buenos Aires), in: *Sphere*, 30. 1. 1925; F. AVENARIUS, aaO. (Anm. 5), S. 166.

⁷ Arthur PONSONBY, *Lügen in Kriegszeiten*, Georg Stilke, Berlin 1930, S. 86.

In unendlichen Variationen zeigte die alliierte Propaganda im Ersten Weltkrieg deutsche Händehacker. Abbildungen in: *Vorsicht Fälschung*, FZ, München 1991, S. 69 f. Sogar in Schützengräben konnten die Deutschen offensichtlich das Hände-abhacken nicht lassen.





antwortete Sir E. CAVE ausweichend: »In allen außer zweien von den individuellen Fällen, bei denen Zeugen gesehen haben, wie Kinder auf diese Weise verstümmelt wurden, war das Kind entweder tot, oder es starb an der erlittenen Behandlung. In Anbetracht des Umstandes, daß diese Kinder in Belgien waren, das noch unter deutscher Besetzung steht, ist es nicht wahrscheinlich, daß sie zur Zeit ermittelt werden können, und jeder zu diesem Zweck jetzt unternommene Versuch dürfte eine weitere Verfolgung des Opfers und seiner Angehörigen zur Folge haben.«⁸

Alle diese Berichte waren Propandalügen. Der Papst hatte versprochen, »an die Welt einen scharfen Protest zu erlassen, wenn in einem einzigen Falle nachgewiesen werden könnte, daß belgische Nonnen geschändet oder Kindern die Hände abgeschnitten worden waren. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, und mit Hilfe des Kardinals MERCIER wurden viele Fälle geprüft. Kein einziger Fall konnte nachgewiesen werden.«⁹

Italiens Ministerpräsident während des Ersten Weltkrieges, Francesco NITTI, schreibt in seinen Erinnerungen: »Um der Welt die Wahrheit über die gegenwärtige Krise in Europa vor Augen zu führen, müssen die schändlichen, von der Kriegspropaganda geschaffenen Lügen immer wieder und immer wieder zerstört werden. Während des Krieges hat Frankreich, gemeinsam mit anderen Verbündeten, einschließlich unserer eigenen Regierung in Italien, die widersinnigsten Erdichtungen in Umlauf gesetzt, um den Kampfgeist anderer Völker zu erwecken. Die den Deutschen zur Last gelegten Grausamkeiten waren haarsträubend. Wir hörten die Geschichte von armen, kleinen belgischen Kindern, denen die Hunnen die Hände abgeschnitten hatten. Nach dem Krieg schickte ein reicher, von der französischen Propaganda tiefgerührter Amerikaner einen Kundschafter nach Belgien, da er für die armen Geschöpfe, denen die Hände abgeschnitten worden waren, sorgen wollte. Er vermochte kein einziges ausfindig zu machen. Mr. LLOYD GEORGE und ich selbst, als ich an der Spitze der italienischen Regierung stand, stellten ausgedehnte Nachforschungen an, um die Wahrheit über diese schrecklichen Anschuldigungen zu ermitteln. Bei einigen von ihnen waren uns Namen und Orte angegeben worden, aber jeder untersuchte Fall erwies sich als Legende.«¹⁰

⁸ Zitiert in: ARTHUR PONSONBY, ebenda, S. 87.

⁹ Oberst REPINGTON, *Diary of the World War*, Band 2, S. 447, zitiert in: PONSONBY, aaO. (Anm. 1), S. 89; auch in: WALENDY, aaO. (Anm. 1), S. 14.

¹⁰ Zitiert in: PONSONBY, ebenda, S. 88 f.; in: WALENDY, ebenda, S. 14.

Der frühere französische Finanzminister KLOTZ, der 1914 die französische Pressezensur leitete, schrieb in seinen Erinnerungen, daß ihm Korrekturbögen des *Figaro* vorgelegen seien, »in denen zwei Wissenschaftler von Ruf die Behauptungen aufgestellt und durch ihre Unterschrift erhärtet hätten, daß sie mit eigenen Augen ungefähr hundert Kinder gesehen hätten, denen von den Deutschen die Hände abgeschnitten worden waren«. KLOTZ verbot zunächst die Veröffentlichung, da er an dem Wahrheitsgehalt zweifelte, und verlangte, daß man ihm den Ort des Geschehens mitteilte, damit er dort im Beisein des US-Botschafters die Sache untersuchen könne. »Bis heute habe ich von den zwei Herren weder etwas gesehen noch gehört.«¹¹ Und er schloß dann zu Recht, daß alles ein Greuelmärchen sei.

¹¹ KLOTZ, *De la Guerre à la Paix*, Payot, Paris 1924; zitiert in: PONSONBY, ebenda, S. 89; in: WALENDY, ebenda, S. 14.

In seinem verdienstvollen Buch über *Lügen in Kriegszeiten* wies der britische Parlamentarier Arthur PONSONBY 1928 darauf hin, daß erst »vor kurzem« ein Liverpooler Dichter einen Gedichtband herausgebracht habe, in dem es unter anderem heiße:

»Sie stemmen sich gegen den ersten wilden Ansturm
Der gebildeten deutschen Hunnen,
Die jede belgische Frau geschändet,
Jeder Mutter Sohn verstümmelt hatten.«

»Siebzig Jahre nach dem Ersten Weltkrieg sind die Märchen der abgehackten Hände, der vergifteten Karamels, der getöteten Zivilisten und der erhängten Priester, die damals für soviel Krach sorgten, eigentlich heute ziemlich belanglos. Welche Bedeutung haben sie nämlich gegenüber den Tatsachen, und nicht den Legenden, die die ganze Welt mittlerweile erlebte, etwa jene terroristischen Bombenangriffe 1944 und 1945 auf Hamburg, Dresden und viele andere Städte des Deutschen Reichs. . .«¹²

¹² Léon DEGRELLE, in: *La pseudo-guerre du droit*, Paris 1987, S. 72.

¹³ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. 3. 2005.

Von der wirklichen Praxis des Händeabhackens im Kongo-Staat des belgischen Königs LEOPOLD im 19. Jahrhundert war lange Zeit nicht die Rede, der Zugang zu den entsprechenden Dokumenten war verwehrt. Erst durch eine große Kongo-Ausstellung in Tervuren¹³ kam 2005 das Thema von der belgischen >Terrorherrschaft< und dem >Schreckensregiment< LEOPOLDS wieder in die Öffentlichkeit. »Die Bevölkerung wurde zum Gummizapfen in die Wälder getrieben. Gegen Säumige und Widerspenstige ging die Soldateska des neuen Kolonialstaates mit brutalster Gewalt vor. Dörfer wurden niedergebrannt, Ernten vernichtet, Frauen und Kinder in Geiselschaft genommen, unzähligen Menschen wurden zudem die Hände abgehackt.«¹⁴ Manche Forscher sprechen sogar von Völkermord im Kongo und geben an, »daß zehn Millionen Menschen als Folge der kolonialen Gewalt sterben mußten, ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung«. Genaue Zahlen gibt es nicht. Was in der belgischen Kolonie um 1885 grausige Wirklichkeit war, wurde dann den deutschen Truppen in Belgien 1914 unterschoben.

¹⁴ Andreas ECKERT, »Die abgehackten Hände«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. 8. 2005.

André Gide zu den abgehackten Kinderhänden

Über die englische Greuellüge, deutsche Soldaten hätten in Belgien 1914 Kindern die Hände abgehackt, wurde schon ausführlich berichtet (Beitrag Nr. 33: »Die abgehackten Kinderhände in Belgien«), und es wurden meh-

retere Beweise dafür angeführt, daß es sich hier um eine - später auch zugegebene - alliierte Propagandalüge im Rahmen der psychologischen Kriegführung gehandelt hat. Eine interessante Stellungnahme dazu ergibt sich aus den Tagebüchern André GIDES,¹ in denen unter dem 15. November 1914 folgende Eintragung zu lesen ist:

»15. November. Ein Amerikaner ist in den letzten Tagen im Foyer franco-belge erschienen, um uns mitzuteilen, daß er unserem Werk eine bedeutende Summe zur Verfügung stellen würde, falls es uns gelänge, ihn mit einem von den Deutschen verstümmelten Kind zusammenzubringen. RICHEPIN sprach in einem entrüsteten Artikel von viertausend Kindern, denen die rechte Hand abgeschnitten worden sei. Diese unbewiesene Behauptung hatte Romain ROLLAND empört (siehe seinen Brief) und zweifellos zahlreiche Schweizer mit ihm. Madame EDWARDS hatte mir nun aber Ende August (Datum feststellen) von der Ankunft einer Schar Kinder in der Rue Vaneau erzählt, alles Knaben aus demselben Dorf und alle auf dieselbe Art verstümmelt. Vorgestern suche ich sie auf und sage ihr, wie wichtig für uns ein sicherer Beweis solcher Greuel wäre. Darauf erwiderten sie mir, sie habe diese Kinder nicht selbst gesehen, sie wisse aber, daß sie vom Cirque de Paris gekommen seien, wohin man sie zunächst geschickt habe. Sie lädt mich ein, am folgenden Tag (gestern) zu ihr zum Mittagessen zu kommen, und verspricht mir vorläufig wenigstens Photographien solcher Verstümmelungen. Gestern nun hatte sie sich solche Aufnahmen zwar nicht verschaffen können, erwartete aber gleich nach dem Essen COCTEAU, der sie bringen sollte. COCTEAU ist nach dem Essen gekommen, ohne Photographien, die er für morgen abend versprochen hat; inzwischen hat er mich ins Krankenhaus der Rue de la Chaise geführt, damit wir mit einer Dame vom Roten Kreuz sprechen könnten, die solche Kinder angeblich gepflegt hat. Die Dame vom Roten Kreuz war noch nicht da, und ich bin, da ich im Foyer erwartet wurde, von COCTEAU weggegangen, ohne das Geringste erfahren zu haben. Andererseits sagte mir GHÉON, daß zwei junge Verstümmelte, einer 15, der andere 17 Jahre alt, zur Zeit in Orsay in Behandlung seien. Er will mir noch Näheres berichten. Nicht eine von all diesen Behauptungen konnte bewiesen werden.«



André GIDE (1869-1951), Nobelpreisträger für Literatur 1947.

¹ André GIDE, *Gesammelte Werke in 12 Bänden*, Bd. 2, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1990, S. 447 f.

Französische Kriegspropaganda 1914-1918

Bei einem Vergleich der Kriegspropaganda der einzelnen Länder im Ersten Weltkrieg kommt der britische Parlamentsangehörige Arthur PONSONBY in seinem Werk über die Lügen von 1914 bis 1918 zu dem Urteil, daß die der Franzosen am wirksamsten gewesen sei. Er schreibt von den Pariser Geschichtsfälschern: »Sie erkannten den großen Wert der >Propaganda< und machten sich mit Eifer an die Arbeit... Viele der in Großbritannien verbreiteten Lügen stammen von jenseits des Kanals. Die Franzosen waren Meister in der Herstellung gefälschter Photographien... Aber die französische Methode war umfassender und gründlicher (als die britische, R. K.).«¹

¹ Arthur PONSONBY, *Lügen in Kriegszeiten*, Verlag Georg Silke, Berlin 1930, S. 198 ff.; Original: *Falsehood in War-time*, London 1928.

Zum Beweis zitiert er aus den Enthüllungen in dem Buch *Hinter den Kulissen des französischen Journalismus* von einem »französischen Chefredakteur«: »Wenn man die Lüge zu einem wissenschaftlichen System reduziert, sie dick aufträgt und mit großer Anstrengung und genügenden Geldmitteln über die ganze Welt als die reine Wahrheit austreut, so kann man auf lange Zeit ganze Nationen betrügen und sie um Dinge willen, für die sie nicht das geringste Interesse haben, zum Morden anspornen. Wir haben das während des letzten Krieges zur Genüge gesehen und werden es im nächsten Kriege, mit dem eine gütige Vorsehung den plumpen Versuch machen wird, das Problem der Übervölkerung zu lösen, wieder sehen.

² NORTHCLIFFE, Alfred Charles William Harmsworth, Viscount (1917), 1865-1922, Journalist und Zeitungsverleger, gründete 1890 die Londoner Tageszeitung *Daily Mail*, erwarb 1908 die Londoner *Times*, ferner den *Daily Express* und die *Evening News*, im Ersten Weltkrieg Direktor der britischen Kriegspropaganda gegen Deutschland. Nach seinem Tod leitete sein Bruder, Lord ROTHERMERE, den Zeitungskonzern.

Wir kamen sofort zu der sehr richtigen Erkenntnis, daß es nicht genügt, die Massen für den Krieg zu entflammen und, um der Anklage der Kriegsschuld zu entgehen, den Gegner als einen gefährlichen Friedensstörer und den ruchlosen Feind der Menschheit hinzustellen.

Wir haben nicht auf Lord NORTHCLIFFES² Verfahren gewartet. Wir begriffen augenblicklich den Wert der Beeinflussung der öffentlichen Meinung für unsere mehr oder weniger gerechte Sache. Bereits drei Tage nach Kriegsausbruch verkündete VIVIANI (1913-1915 französischer Ministerpräsident, R. K.) ein Gesetz, das am gleichen Tage von der Kammer und dem Senate angenommen wurde und welches als erste Rate für eine wirksame Propaganda die Kleinigkeit von fünfundzwanzig Millionen Goldfranken vorsah zur Errichtung des Pressehauses (Maison de la Presse), eines Riesengebäudes, Francoisstraße 3, fünf Stockwerke hoch, ohne das Kellergeschoß, wo die Druckmaschinen aufgestellt waren, und ohne das Erdgeschoß mit dem großen Versammlungssaal. Es herrscht hier ein geschäftiges Treiben wie in einem Bienenstock; Lastwagen kommen an, elegante Autos mit anmaßend aussehenden Leuten fahren vor. Die zweihundert Räume enthalten die Werkstätten, Büros, Sprechzimmer und Empfangszimmer, wo jene kriegstollen Helden residieren, deren Mut mit dem Grade der Entfernung von den Schützengräben steigt. Vom Kellergeschoß an bis zum glasbedachten fünf-

ten Stockwerk ist alles Verkörperung einer konzentrierten Propaganda. Im Kellergeschoß standen die für den Druck und die Nachbildung nötigen Maschinen, unter dem Glasdach arbeitete die photo-chemigraphische Abteilung. Ihre Hauptarbeit bestand in der Herstellung von Photographien und im Schnitzen von Holzfiguren mit abgeschnittenen Händen, ausgerissenen Zungen, ausgestochenen Augen, eingedrückten Schädeln und bloßgelegten Hirnen. Die auf diese Art hergestellten Bilder wurden als unwiderlegbare Beweise deutscher Greuel in alle Welt versandt, wo sie nicht verfehlten, die gewünschte Wirkung zu erzielen. In denselben Räumen wurden gefälschte Photographien von beschossenen französischen und belgischen Kirchen, geschändeten Grabstätten und Denkmälern und von Schauplätzen der Zerstörung und Verwüstung fabriziert. Mit der Zusammenstellung und Bemalung dieser Szenen wurden die besten Kulissenmaler der Pariser Oper betraut. .. Das Pressehaus war der nimmermüde Geiser, der unausgesetzt falsche Kriegsberichte und erfundene Nachrichten von der Front und den Etappen, die niederträchtigsten und größten Verleumdungen der Gegner, die verblüffendsten Erdichtungen ruchloser, ihnen auferlegter Handlungen aussprudelte. Das auf diese Weise ausgestreute, heimtückische, aber wirksame Gift hat eine große Menge wohlmeinender, aber unwissender Leute irreführt und infiziert. .. Während des Krieges wurde die Lüge eine patriotische Tugend. Sie wurde uns von der Regierung und der Zensur aufgezwungen und in Anbetracht der Gefahr, daß wir den Krieg verlieren könnten, als eine Notwendigkeit erachtet; zudem war das Lügen einträglich und wurde oft öffentlich geehrt. Es wäre nutzlos, den Erfolg der Lüge, die die Presse als das schnellste und beste Verbreitungsmittel benutzte, zu leugnen. Die größten Anstrengungen wurden gemacht, jedes Wort der Feinde als Lüge und jede unserer Lügen als reine Wahrheit zu stempeln. Alles segelte unter der Flagge Propaganda«³

PONSONBY führt als besonderes Beispiel noch die damalige Indoktrinierung der französischen Schüler an: »Die Erziehung der Kinder wurde auch nicht vernachlässigt. In *LeMatin* vom 12. November 1915 war ein Paragraph, überschrieben: >An die Lehrer<.« Daraus zitiert er: »Alle französischen Schulen müssen eine Sammlung der Karten von den >deutschen Verbrechern besitzen, um den Kindern für immer die Greuertaten der Barbaren einzuprägen. Es hieß dann weiter, ein Künstler von Ruf habe ein Dutzend Bilder zusammengestellt, die sich auf die empörendsten Episoden unter den deutschen Verbrechen< beziehen. .. >Lehrer, abonniert heute noch und hängt diese Bilder in Euren Schulen auf.«⁴

Die Folge dieser jahrelang wirkenden Greuelpropaganda war, daß bei den Versailler Friedensverhandlungen 1919 der reine Haß regierte und daß mit dem dem Deutschen Reich abgepreßten Diktat die Zukunft Deutschlands und Europas für den Rest des Jahrhunderts zerstört wurde. Rolf Kosiek

³ PONSONBY, aaO. (Anm. 1), S. 200 f.

⁴ Ebenda, S. 69 f.

Die Versenkung der >Lusitania< 1915

Am 7. 5. 1915 wurde vor Irland das englische Passagierschiff >Lusitania< (30 400 BRT) von dem deutschen U-Boot U 20 unter Kapitanleutnant Walther SCHWIEGER (1885-1917) versenkt.¹ Unter den 1198 Opfern waren 128 Amerikaner.² Diese Versenkung eines »friedlichen Passagierschiffes« wurde in den alliierten Medien als Kriegsverbrechen der Deutschen stark angeprangert und diente zur Verstärkung der antideutschen Hetze in den USA.

Die >Lusitania< gehörte der >Cunard-Linie< in Großbritannien und war das größte und schnellste Schiff der damaligen Zeit³ (S. 19). Sie war 1906 vom Stapel gelaufen, errang das »Blaue Band« und fuhr als Passagierschiff auf der Strecke Liverpool-New York.

Von größter Wichtigkeit für die »Lusitania«-Affäre war die Tatsache, daß rund 40 Schiffe der britischen Marine 1913 als Hilfskreuzer umgerüstet wurden, darunter auch die großen Schiffe der »Cunard-Linie« wie die >Lusitania<. Als Winston CHURCHILL, damals Erster Lord der britischen Admiralität, 1913 die Umrüstung dieser Schiffe verlangte, erklärte er, es bestehe kein Zweifel, daß es in Kürze einen Krieg mit Deutschland geben werde. Man rechne mit seinem Ausbruch im September 1914³ (S. 31).

Facsimile der *New York Times* vom 8. Mai 1915. Links: Walther SCHWIEGER und William TURNER, der Kommandant der >Lusitania<.



¹ Bodo HERZOG u. Günter SCHOMAEKERS, *Ritter der Tiefe. Graue Wölfe*, Weismühl, München-Wels ²1976, S. 184.

² E. B. POTTER u. a., *Seemacht*, Pawlak, Herrsching 1982, S. 428.

³ Colin SIMPSON, *Die Lusitania*, S. Fischer, Frankfurt/M. 1973

Die >Lusitania< wurde von nur einem Torpedo von U20 getroffen und versank 18 Minuten später.⁴ Alle Überlebenden, die Aussagen machen konnten, erklärten, daß nach der ersten Explosion noch eine zweite, viel stärkere stattfand. Warum? Weil die >Lusitania< mit großen Mengen Munition vollgeladen war. In New York waren 5468 Kisten Munition, 4200 Kisten Metallpatronen, 18 Kisten Zünder und 1250 Kisten Schwarzpulver zugeladen worden.⁵ Ein Passagierschiff war also mit enormen Mengen Kriegsmaterial vollgeladen worden, auch gegen amerikanische Gesetze und Vorschriften. Deshalb bestand ein Recht der deutschen Kriegsmarine, dieses Schiff zu torpedieren. Die englischen und amerikanischen Behörden leugneten noch lange, daß die >Lusitania< Munition geladen hatte. Der *Daily Express* schrieb: »Es ist gleichfalls unwahr, daß die >Lusitania< auf ihrer letzten Fahrt Munition an Bord hatte.«⁶ Und dem US-Senator LA FOLETTE wurde mit dem Ausschluß aus dem Senat gedroht, weil er erklärt hatte, die >Lusitania< habe Munition an Bord gehabt, bis der Hafenkollektor von New York die Munitionsladung bestätigte.⁷ Am 17. Februar 1936 schrieb die US-Zeitschrift *Time*: »Die Berechtigung der Deutschen, die >Lusitania< zu versenken, wurde von einem der höchsten britischen Marineoffiziere, Admiral Earl of CORCK AND ORRERY. .. zugegeben.« Selbst der *Spiegel*⁸ mußte einräumen, daß aufgrund der Untersuchungen von Tauchern des britischen Spezialschiffs >Archimedes< 1982 an dem gesunkenen Schiff gewaltige Mengen von Munition vorhanden waren. Wichtig ist die von den Tauchern entdeckte Tatsache, daß auf der Backbordseite der >Lusitania< ein 14 Meter großes Loch klafft, wobei die umliegenden Stahlwände ausgezackt nach außen ragen, was nicht von dem deutschen Torpedo, sondern nur von der Explosion der großen im Schiffsinnern befindlichen Munitionsmenge stammen kann.

Nach der Versenkung der >Lusitania< kamen amerikanische Kriegstreiber ins Spiel. Der US-Botschafter in London, Walter H. PAGE, schrieb schon am 8. Mai 1915 an Präsident WILSON: »Die frei geäußerte offizielle Meinung ist die, daß die Vereinigten Staaten den Krieg erklären müssen, wenn sie nicht die Achtung der Europäer verlieren wollen.«³ (S. 214) PAGE schrieb am 15. Oktober 1914 nach Washington, man möchte doch nicht auf neutralen Rechten bestehen, um nicht Englands Kreuzzug (!) gegen die »preußische Militärautokratie« zu behindern⁹ (S. 252). Im Januar 1920 bestätigte der fran-

⁴ Arthur PONSONBY, *Lügen in Kriegszeiten*, Georg Stilke, Berlin 1930, S. 134.

⁵ Hellmut DIWALD, *Die Erben Poseidons*, Droemer Knauer, München 1984, S. 229, und ders., »Weltmacht ist Seemacht«, in: *Mut*, Nr. 206, 1984.

⁶ *Daily Express*, 11. 5. 1915, zit. in: Arthur PONSONBY, aaO. (Anm. 4), S. 134.

⁷ *The Nation* (New York), 20. 11. 1920, zit. in: Arthur PONSONBY, ebenda.

⁸ *Der Spiegel*, Nr. 49, 1982, S. 178-181.

⁹ FRIEDRICH Schönemann, *DIE GROßE WELTGESCHICHTE*, Bd. 15: *GESCHICHTE AMERIKAS AUßER KANADA*, VERLAG BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT, LEIPZIG 1942



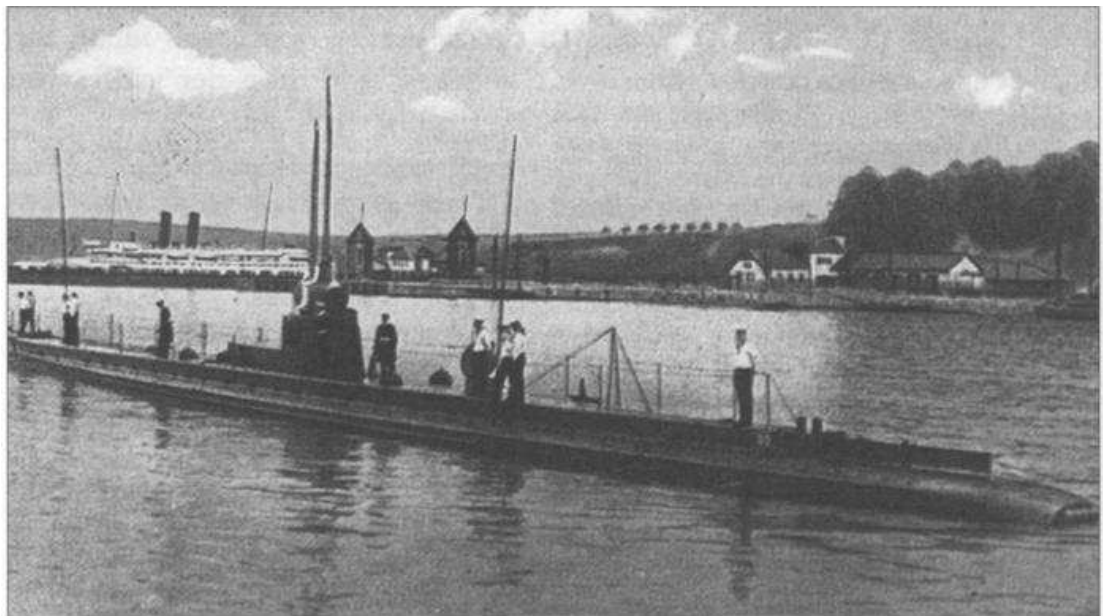
Enlist –
Werde Soldat!
Mit Plakaten einer
ertrinkenden Frau,
die in ihren Armen
ein Baby umklam-
mert hielt, wurden in
den USA Freiwillige
geworben.

Deutsches U-Boot im Jahre 1914. Englands völkerrechtswidrige Blockade gegen Deutschland führte zu einer Verstärkung des U-Boot-Krieges. Nach dem >Lusitania<-Fall war der Einsatz von U-Booten auch in den deutschen Reihen umstritten. Alfred von TIRPITZ zum Beispiel wollte den Befehl WILHELMS II., nur noch militärische Ziele anzugreifen, nicht befolgen und drohte mit seinem Rücktritt. Deutschland setzte für zwei Jahre seinen uneingeschränkten U-Boot-Krieg< aus, Großpassagierschiffe durften nicht mehr angegriffen werden. Erst mit dem Kriegseintritt der USA 1917 hob Deutschland die Einschränkungen auf.

zösische Stabschef CASTEX, die deutsche Admiralität habe »mit vollem Recht« den U-Boot-Krieg begonnen. »Vom militärischen Gesichtspunkt aus« sei »an der Haltung der Deutschen nichts zu tadeln.«¹⁰

Die ganze Tragik des uneingeschränkten U-Boot-Krieges bestand darin, daß die Engländer mit ihrer Blockade Deutschland aushungern wollten und daß die USA eben nur auf dem Papier neutral waren. Mindestens die führende Schicht von Politikern und Finanzleuten der Wallstreet hat im Krieg ein riesiges Geschäft gesehen und konnte eine Niederlage Großbritanniens nicht hinnehmen. Oftmals kann man hören, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg der entscheidende Grund für den Angriffskrieg Amerikas gegen Deutschland¹¹ gewesen sei. In Wirklichkeit war der U-Boot-Krieg eine militärische Notlösung gegen die völkerrechtswidrige Blockade Englands. Großbritannien wollte Deutschland aushungern. Das Deutsche Reich kämpfte um sein Überleben.

Die Ursachen für den Angriffskrieg der USA sind vielfach. Wichtig ist die seit vielen Jahren bis 1917 vorbereitete Haß- und Greuelpropaganda, die von England ausging. Auch die Tatsache ist wichtig, daß der US-Präsident WILSON jedes Verständnis für den englischen Standpunkt hatte, aber den deutschen Interessen gegenüber völlig verständnislos war. Bedeutsam ist, daß die USA im Grunde keine Stunde seit 1914 neutral waren. In dieser sogenannten >neutralen Zeit< bis 1917 hatten die Wallstreet-Banken schon mehr als 1,5 Milliarden Dollar Kredit an die Feinde Deutschlands gegeben (S. 257). Die



¹⁰ Charles Callan TANSILL, *Amerika geht in den Krieg*, Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart 21939, S. 185.

¹¹ Die USA erklärten am 6. 4. 1917 dem Deutschen Reich den Krieg, ohne von diesem irgendwie bedroht oder angegriffen zu sein.



Karikatur aus der *New York World* 1919 (aus: *Vorsicht Fälschung*, FZ, München 1991). Der Fall >Lusitania< und der Versailler >Vertrag< werden in unmittelbare Beziehung gestellt: eine wahrhaft kurzsichtige Verkürzung des historischen Geschehens.



Eine der vielen Hetzkarikaturen, die die anfangs kriegsunwillige US-amerikanische Öffentlichkeit zum Eintritt in den Krieg bewegen sollte.

US-Banken und die US-Rüstungsindustrie hingen eng miteinander zusammen. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Interessen der USA waren der entscheidende Grund für den Kriegseintritt Amerikas, das durch den Ersten Weltkrieg vom Schuldner zum großen Gläubiger Europas wurde. Die Versenkung der >Lusitania< war ein Ereignis, welches das hinterlistige Zusammenspiel Englands und der USA aufzeigte.

Man kann sich nur der Auffassung von C. SIMPSON³ (S. 150) anschließen, daß CHURCHILL das Ziel verfolgte, die deutschen U-Boote mit einer neutralen Macht in Konflikt zu bringen. Das konnten nur die USA sein.

Der kanadische Historiker Terrence ROBSON gab als Ergebnis jahrzehntelanger Forschung an, daß die mit fast 50 Tonnen Kriegsmaterial beladene >Lusitania< von der englischen Regierung als »Köder« für die Deutschen auf die Reise geschickt worden sei, vor der die Reichsregierung in den USA - auch durch Zeitungsanzeigen - gewarnt habe. Die Versenkung sei von der Londoner Regierung provoziert worden, um die Deutschen als Kriegsverbrecher zu brandmarken und die USA auf Englands Seite in den Ersten Weltkrieg zu ziehen. Verantwortlich in London war der damalige Marineminister Winston CHURCHILL. König GEORG sei von der Regierung bewußt

getäuscht worden. ROBSON forderte die jetzige Londoner Regierung auf, »reinen Tisch zu machen und die Verantwortlichkeit zuzugeben«. Königin ELISABETH stünde es dann frei, Kaiser WILHELM II. und den übrigen seinerzeit Geächteten, denen damals auch der Hosenbandorden entzogen wurde, den Orden posthum wieder zuzuerkennen. »Noch wichtiger«, so ROBSON, »wäre es, daß damit der heutigen Generation ein neues Geschichtsbild des deutschen Volkes früherer Generationen vermittelt würde.«¹²

Der deutsche Großadmiral Alfred VON TIRPITZ schrieb in seinen *Erinnerungen*:¹³ »Am 7. Mai 1915 wurde die >Lusitania< torpediert, ein englischer Personendampfer, der zugleich als Hilfskreuzer auf der britischen Marineschiffliste stand. In frevelhaftem Leichtsinne hatten sich trotz der Warnung unseres Botschafters auf diesem bewaffneten und schwer mit Munition beladenen Kreuzer amerikanische Bürger eingeschifft, die bei der Versenkung ums Leben kamen... Nachdem der Torpedo getroffen hatte, erfolgte eine zweite Explosion im Innern des Schiffes durch die an Bord befindlichen Munitionsmassen.«

Im *Hamburger Abendblatt* vom 25./26. 8. 1984 wurde unter »Damals« aufgeführt: »1919 - Als Entschädigung für die Torpedierung des Passagierdampfers >Lusitania< durch ein deutsches U-Boot am 7. 5. 1915 verlangen die USA die Abtretung der zu Mikronesien gehörenden Insel Jap.« Die Insel kam dann auch unter Treuhandverwaltung der USA.

Weiterführende Literatur:

Jakob WILLER, *Der amerikanische Traum*, Arndt, Kiel 1983, S. 90-101.

Der Spiegel, Nr. 45, 30. 10. 1972.

Mansur KHAN, *Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege*, Grabert, Tübingen 2001, S. 125-128.

¹² *Deutsche Rundschau*, September 1990; *Kanada-Kurier* vom 6. September 1990; die britische *Times* berichtete darüber vierspaltig auf der Titelseite unter der Schlagzeile »Die Lusitania sollte die USA in den Krieg hineinziehen«.

¹³ Alfred VON TIRPITZ, *Erinnerungen*, F. K. Koehler, Leipzig 1919, S. 352.

Britische Angriffe auf deutsche Lazarettschiffe

Die Genfer Konvention vom 22. 8. 1864 galt nur für den Landkrieg. Es gab daher im unmittelbaren Gefolge dieses multilateralen Abkommens Bestrebungen, dessen Grundsätze auch auf den Seekrieg anwendbar zu machen. Dies gelang aber erst auf der Haager Friedenskonferenz von 1899. Dort kam das »Abkommen betr. Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention vom 22. 8. 64 auf den Seekrieg« zustande. Dieses Abkommen war auch von Großbritannien ratifiziert worden.

Vergleichbar den Sanitätsformationen und Sanitätsanstalten beim Landkrieg wurden hierbei drei Arten von Lazarettschiffen unter den besonderen Schutz der vertragschließenden Parteien gestellt:

1. Militärische Lazarettschiffe, die von den jeweiligen Staaten eigens zu diesem Zweck erbaut oder eingerichtet wurden,
2. Lazarettschiffe, die ganz oder zum Teil auf Kosten von Privatpersonen oder amtlich anerkannten Hilfsgesellschaften ausgerüstet wurden,
3. sowie Lazarettschiffe, die von Privatpersonen oder von amtlich anerkannten Handelsgesellschaften neutraler Staaten ausgerüstet wurden.

Es war vereinbart worden, daß diese Schiffe zu achten waren und nicht weggenommen werden durften, sofern deren Namen dem Gegner mitgeteilt worden war und die Schiffe im Besitz einer amtlichen Bescheinigung waren. Zudem mußten die Schiffe sämtlich weiß angestrichen sein und neben ihrer Nationalflagge das Genfer Wahrzeichen, eine weiße Flagge mit rotem Kreuz, sichtbar führen.¹ Der 1904 international getroffenen Vereinbarung, nach der Lazarettschiffe in Kriegszeiten Häfen anlaufen durften, ohne Hafengebühren entrichten zu müssen, war Großbritannien als einzige Seemacht nicht beigetreten. Das X. Haager Abkommen vom 18. 10. 1907 hob die Schonung von Lazarettschiffen im Falle eines militärischen Mißbrauchs auf.

Die deutsche Marineführung verdächtigte die Alliierten schon bald nach Kriegsausbruch, ihre Lazarettschiffe zu Aufklärungszwecken und ähnlichen Unternehmungen mißbräuchlich einzusetzen, so daß bei der Planung des Handelskrieges mit U-Booten im Winter 1914/15 der Wunsch laut wurde, auch gegen alliierte Lazarettschiffe vorzugehen. Öffentlich jedoch behauptete die deutsche Seite erst in einer Denkschrift vom 29. 1. 1917, daß Großbritannien Lazarettschiffe für Truppen- und sonstige militärische Transporte mißbraucht habe, und kündigte deswegen an, ab sofort im Seegebiet von der mittelenglischen Nordseeküste bis zum Westausgang des Ärmelkanals Lazarettschiffe als vermutliche Kriegstransporter ohne vorherige Warnung anzugreifen. Im Mittelmeer einigte man sich darauf, daß neutrale spanische Offiziere die alliierten Lazarettschiffe begleiten sollten, um so für deren bestimmungsgemäße Verwendung zu garantieren. Die Spanier zogen sich je-

¹ BOETHKE, »Haager Rote Kreuz-Abkommen«, in: Heinrich DIETZ (Hg.), *Taschenbuch des Militärrechts für Kriegszeiten*, Rastatt 1913, S. 111 ff.

Siehe außerdem: Friedrich LÜTZOW, *Englands Lazarettschiffs-Mißbrauch während des Weltkrieges. Auf Grund amtlichen Materials dargestellt*, Berlin 1921.

² Siehe bei: Gerhard GRANIER, »Angriffe auf Lazarettsschiffe«, in: Franz W. SEIDLER u. Alfred M. DE ZAYAS (Hg.), *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert*, Mittler & Sohn, Hamburg-Berlin-Bonn, 2002, S. 32 f.

doch zurück, da sie den Mißbrauch nicht verhindern konnten: ein klassischer Beweis für die Richtigkeit der deutschen Behauptung. So kam es vor, daß deutsche U-Boote 1917/18 innerhalb und außerhalb des bezeichneten Sperrgebiets auch acht echte feindliche Lazarettsschiffe irrtümlich angriffen und zum Teil torpedierten.

Bereits am 18. 10. 1914 brachten britische Zerstörer das deutsche Hilfslazarettsschiff >Ophelia< auf, das am Tag zuvor aufgebrochen war, um nach schiffbrüchigen Überlebenden der 7. Torpedoboots-Halbflottille zu suchen, die von britischen Seestreitkräften vernichtet worden war. Ein britisches Prisengericht verfügte unter fadenscheinigen Vorwänden die Beschlagnahme des Schiffes und hinderte es so an der Durchführung seiner Aufgabe.

Des weiteren torpedierten alliierte U-Boote im Mittelmeer noch ein deutsches, zwei österreichisch-ungarische und ein türkisches Lazarettsschiff.²

Olaf Rose



Tagesbefehl des Kaisers an die Marine

In dem bevorstehenden Entscheidungskampfe fällt meiner Marine die Aufgabe zu, das englische Kriegsmittel der Aushungerung, mit dem unser Feind das deutsche Volk niederringen will, gegen ihn und seine Verbündeten zu kehren durch Bekämpfung ihres Seeverkehrs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Hierbei werden die Unterseeboote in erster Linie stehen. Ich erwarte, daß diese in weiser Voraussicht technisch überlegen entwickelte, auf leistungsfähige und leistungsfreudige Werften gestützte Waffe, im Zusammenwirken mit anderen Kampfmitteln der Marine und getragen von dem Geiste, der sie im ganzen Verlaufe des Krieges zu glänzenden Taten befähigt hat, den Kriegswillen unserer Gegner brechen wird. Großes Hauptquartier, den 1. Februar 1917

London, 1. Februar

Das Auswärtige Amt gibt eine Mitteilung aus, in der es heißt: Die deutsche Regierung erklärt, sie habe mehrfache schlüssige Belege dafür, daß feindliche Hospitalsschiffe in mehreren Fällen zur Beförderung von Munition und Truppen mißbraucht worden sein; sie hat zugleich erklärt, daß der Verkehr von Hospitalschiffen auf den militärischen Fahrtstraßen für die in Frankreich und Belgien kämpfenden Streitkräfte innerhalb einer Linie zwischen Panborough Head und Terschelling auf der einen Seite und zwischen Quessant und Landsend auf der anderen nicht länger geduldet werden soll. Die britische Regierung stellt mit aller Entschiedenheit in Abrede, daß britische Hospitalschiffe für die Beförderung von Munition und Truppen oder in irgendeiner Weise gebraucht worden sind, die gegen das Haager Abkommen verstößt. Unter diesen Umständen hat die britische Regierung die Regierung der Vereinigten Staaten gebeten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die britische Regierung sich dahin entschieden hat, daß, falls die Drohung zur Tat gemacht wird, sofort von den in Betracht kommenden beteiligten Behörden Vergeltungsmaßnahmen ergriffen werden sollen.

Textquellen in:

Amtliche

Kriegsdepeschen

nach Berichten des

Wolff'schen

Telegr.Bureaus, Bd. 6,

Nationaler Verlag,
Berlin 1918.

Deutsche >Giftgas-Schuld< schon im Ersten Weltkrieg?

Zu den beinahe unausrottbaren Legenden zur Geschichte des Ersten Weltkrieges zählen nicht nur die abgehackten Kinderhände<, sondern auch die jetzt in der Bundesrepublik verbreitete Mär, die deutsche Seite habe 1915 mit dem Gaskrieg begonnen.

Wie viele Filme über historische Ereignisse, die in deutschen öffentlich-rechtlichen Sendern ausgestrahlt werden, war auch die dreiteilige ARD-Sendung aus dem Jahre 2004 über den Ersten Weltkrieg eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit. Über die Bilder, die zusammengeschnitten worden sind, soll hier weiter kein Wort verloren werden. Wohl aber über die Kommentare, die alles Übel in erster Linie den Deutschen zuschoben. Dazu nur ein Beispiel als *pars pro toto*: Wie in allen Schulbüchern und in Lexika wird darauf hingewiesen und mit schrecklichen Bildern von Gaskriegsopfern unterlegt, daß Deutschland am 15. April 1915 als erstes Land bei Ypern (Belgien) Kampfgas eingesetzt habe. Als mitverantwortlicher wissenschaftlicher Berater dieser Sendung kam dabei der Historiker KRUMEICH (NRW) in Wort und Bild zur Sprache, der die Meinung von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg verbreitete.



Deutscher Gas-Angriff in Ypern. Es steht inzwischen fest, daß die Franzosen bereits im Besitz der Giftgaswaffe waren. Frankreich setzte erstmals das Gas-schießen mit phosgengefüllten Granaten ein.

Nicht nur in den Medien, auch in den Schulbüchern werden immer wieder alte Propagandalügen verbreitet. >Giftgas-Schuld< luden sich die Deutschen laut Schulbuchweisheit schon geraume Zeit vor HITLER auf. Auf Seite 17 eines Unterrichtswerkes¹ heißt es: »Fritz HABER war es, der auf den barbarischen Gedanken kam, Giftgas als Mittel der Kriegführung einzusetzen. Im April 1915 bliesen die Militärs erstmals in der vordersten deutschen Front Chlorgaswolken über die feindlichen Linien, um den Gegner aus seinen Unterkünften zu treiben.«



Fritz HABER.

Der Publizist Günther W. GELLERMANN hat den neueren Erkenntnisstand internationaler Experten zum Thema wie folgt zusammengefaßt: »Bei Beginn des Krieges (1914) verfügten einzig die Franzosen über einsatzbereite Gaswaffen. Auf der deutschen Seite sind offensichtlich vor Beginn des Krieges keinerlei Gaskampfvorbereitungen getroffen worden... Frankreich hatte chemische Substanzen für militärische Zwecke zum ersten Mal zum Einsatz gebracht, Deutschland zog nach.«²

Über den Gaseinsatz im Ersten Weltkrieg zitierte der britische Politiker und Publizist Arthur PONSONBY in seinem Buch *Absichtliche Lügen in Kriegszeit*,³ das der ARD-Fachmann nicht zu kennen schien oder bewußt überging: »Damals wurde diese Todesart [durch Gas] aus Gründen der Humanität verteidigt, da der eintretende Tod absolut sicher und schmerzlos erfolgt wäre, es also von nun an keine Verwundeten mehr gegeben hätte. Jedenfalls wurde zu Beginn des Krieges in allen französischen Zeitungen festgestellt, daß die Schwierigkeiten in der Handhabung dieser Bomben überwunden und sie an bestimmten Abschnitten der französischen Front mit vortrefflichem Erfolg verwendet worden wären.« Und der Brite schrieb: »Es stellte sich heraus, daß die Deutschen nicht die Ersten gewesen waren, die Giftgas verwendeten. .. Die amtlichen Anweisungen des französischen Kriegsministeriums über den Gebrauch von Gashandgranaten [waren] schon im Herbst 1914 erlassen worden.« In seinem 1920 erschienenen Buch *Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen* wies Otto STÜLPNAGEL ebenfalls nach, daß der erste Einsatz chemischer Kampfstoffe im Ersten Weltkrieg durch die Franzosen erfolgte - die damit gegen die Haager Landkriegsordnung verstießen. Bereits im August 1914 setzten die Franzosen ein von der Pariser Polizei entwickeltes tränenreizendes Gas namens Xylylbromid ein. Und STÜLPNAGEL fährt fort: »Wieder war es Frankreich, das zuerst mit einer reinen Gasgranate, der Phosgen-Granate, ohne jede Sprengladung im Frühjahr hervortrat. Diesen Geschossen gegenüber war Deutschland berechtigt, aufgrund des völkerrechtlich anerkannten Notstandes ein ähnliches Geschöß einzuführen.«

¹ *Geschichtsbuch für die Oberstufe*, Verlag Cornelsen.

² Günther W. GELLERMANN, *Der Krieg, der nicht stattfand*, Koblenz 1986.

³ Arthur PONSONBY, *Absichtliche Lügen in Kriegszeit*, Buchkreis für Besinnung und Aufbau, Seeheim 1967, S. 143 f.

Artikel 23a der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 verbot ausdrücklich »die Verwendung von Giften und vergifteten Waffen«, den »Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötig Leiden zu verursachen«.

Erst nach alliierten Gaseinsätzen wurde der spätere deutsch-jüdische Chemie-Nobelpreisträger Fritz HABER beauftragt, einen Gegenschlag mit Kampfgas zu organisieren.⁴ Nach Kriegsvölkerrecht konnte die deutsche Reaktion als Repressalie angesehen werden. Diese Tatsache wurde in besagter Fernsehdokumentation natürlich ausgeklammert.

Professor Fritz HABER, der Leiter der deutschen Entwicklung zur Abwehr von Gasangriffen, wurde von der Entente auf die >Kriegsverbrecherliste< gesetzt. HABER erhielt 1918 den Chemienobelpreis (Ammoniaksynthese) und gilt weltweit als eines der größten Genies des 20. Jahrhunderts. Als Jude sah er sich 1933 gezwungen, Deutschland zu verlassen. Otto HAHN gegenüber bestätigte er, daß die deutschen Kampfgase als Reaktion auf die Giftgaseinsätze der Alliierten entwickelt wurden.

In der Zwischenkriegszeit entflamte eine Diskussion über die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg. Dabei stand die Frage, wer als erster Giftgas eingesetzt hatte, mit im Vordergrund. In der *Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen*⁵ bestätigte der Fachmann Rudolf HANSLIAN den Ersteinsatz durch die Franzosen. Zwei Jahre später erinnerte Max SPETER in derselben Zeitschrift daran, daß die Franzosen 1845 den Araberstamm der Ouled-Riha durch »Ausräuchern« vernichteten.⁶

Hans Meiser

Weiterführende Literatur:

Rudolf HANSLIAN, *Der chemische Krieg*, Mittler, Hamburg 1925.

Franz W. SEIDLER, »Gaskrieg«, in: ders. u. Alfred M. DE ZAYAS, *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert*, E. S. Mittler & Sohn, Hamburg 2002, S. 23 ff.

Dieter MARTINETZ, *Der Gaskrieg 1914-18. Entwicklung, Herstellung und Einsatz chemischer Kampfstoffe. Das Zusammenwirken von militärischer Führung, Wissenschaft und Industrie*, Bonn 1996. MARTINETZ warnt allerdings vor einer Relativierung der deutschen Kriegsschuld und sieht eine Entwicklungslinie bis zur Verwendung von Zyklon B.

Christopher SCHUMACHER, »Der deutsche Giftgaseinsatz im Ersten Weltkrieg und sein militärischer Sinn«, in: *Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft*, 1996, Heft 1, S. 1-65.

Der deutsche Soldat, als Giftgasmonster dargestellt.



⁴ Siehe Otto HAHN, *Mein Leben*, München 1968.

⁵ Rudolf HANSLIAN, »Zur Geschichte des Gaskrieges«, in: *Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen*, 24/1929, S. 70 f.

⁶ Max SPETER, »Notanda zu neueren Beiträgen über Gaskriegshistoria«, in: *Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen*, 1931, S. 32-34.

Deutsches Friedensangebot im Ersten Weltkrieg

Wie im Zweiten Weltkrieg hat auch im Ersten die deutsche Reichsregierung dem Völkerringen ein Ende zu machen versucht und zu Zeiten günstiger deutscher Kriegslage den Gegnern Angebote zu einem Verständigungsfrieden gemacht, die diese jedoch - ebenso wie im Zweiten Weltkrieg - rundweg abgelehnt haben. Viele Millionen Menschen wären am Leben geblieben, wenn den deutschen Vorschlägen gefolgt worden wäre. Die heute oft verschwiegenen Texte¹ sollten nicht in Vergessenheit geraten.

Am 12. Dezember 1916 übermittelte die deutsche Reichsregierung, zugleich im Namen Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens, über die USA folgendes Angebot an die Alliierten:

»Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald zwei und einem halben Jahr in einem großen Teil der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, trifft die Menschheit in ihren wertvollsten Errungenschaften. Sie droht, den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen. Deutschland und seine Verbündeten, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. Unerschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand. Der jüngste Ansturm im Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden. Die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zu der Erwartung weiterer Erfolge berechtigt. Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten.

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsch beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensver-

¹ Text angeführt in: Werner Georg HAVERBECK, *Rudolf Steiner. Anwalt für Deutschland*, Langen Müller, München 1989, S. 204-207.

handlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens. Wenn trotz dieses Anerbietens zu Frieden und Versöhnung der Kampf dauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.«

Am 21. Dezember 1916 richtete daraufhin US-Präsident WILSON einen Friedensappell an alle kriegführenden Mächte und regte an, daß beide Seiten ihre Bedingungen vorlegten. Schon am 26. Dezember 1916 antwortete das Deutsche Reich zustimmend, und der deutsche Staatssekretär (Außenminister) ZIMMERMANN telegraphierte an den deutschen Botschafter in Washington, Graf BERNSTORFF:

»Ich werde amerikanische Friedensnote dahin beantworten, daß uns unmittelbar Gedankenaustausch am geeignetsten erscheint, um zum gewünschten Ergebnis zu gelangen. Wir schlägen daher alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an neutralem Ort vor... «

In ihrer gemeinsamen Antwortnote vom 30. 12. 1916, die am 5. 1. 1917 übergeben wurde, lehnten die Alliierten jedoch das Angebot der Mittelmächte ab. Es heißt darin:

»... Vor jeder Antwort legen die alliierten Mächte Gewicht darauf, gegen die beiden wesentlichen Behauptungen der Note der feindlichen Staaten lauten Einspruch zu erheben, welche auf die Alliierten die Verantwortung für den Krieg abwälzen will und die den Sieg der Zentralmächte verkündete.

Die Alliierten können diese doppelt unrichtige Behauptung nicht zulassen, die genügt, jeden Verhandlungsversuch zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen. Die alliierten Nationen ertragen seit 30 Monaten einen Krieg, zu dessen Vermeidung sie alles getan haben, sie haben durch Taten ihre Anhänglichkeit an den Frieden nachgewiesen. Diese Anhänglichkeit ist jetzt ebenso fest wie im Jahre 1914; nachdem Deutschland seine Verpflichtung verletzt hat, kann der von ihm gebrochene Friede nicht auf sein Wort gegründet werden. Eine Anregung ohne Bedingungen für Eröffnung der Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Der angebliche Vorschlag, der jeden greifbaren Inhalts und jeder Genauigkeit entbehrend durch die Kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot, denn als ein Kriegsmanöver.

Er beruht auf der systematischen Verkennung des Charakters des Streites in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.«

Britischer Giftgasangriff in Palästina 1917

In der Geschichtswissenschaft ist bekannt, daß die Briten seit 1920 Giftgasbomben aus der Luft auf aufrührerische Stämme im Irak abgeworfen haben. Unbekannt blieb dagegen bisher in der Weltöffentlichkeit, daß britische Truppen auch schon im Ersten Weltkrieg Giftgas im Nahen Osten einsetzten. Der israelische Militärhistoriker Yigal SHEFFY enthüllte dazu neuerdings interessante Einzelheiten.¹

Danach habe schon 1915 in dem auf Drängen des damaligen Marineministers Winston CHURCHILL begonnenen Gallipoli-Abenteuer zur Eroberung der Dardanellen von britischer Seite Giftgas eingesetzt werden sollen. Als nach der Landung der britischen und französischen Truppen in dem türkischen Gebiet im Sommer 1915 kein entscheidender Erfolg für London zu erringen war, habe CHURCHILL immer wieder auf der Verwendung von Giftgas bestanden, so daß das britische Expeditionskorps schließlich mit 190 Tonnen Giftgas in 6000 Kanistern ausgerüstet wurde. Das Gas kam jedoch nicht zum Einsatz, da beim Angriff der Briten aus der Küstenebene auf die höher gelegenen türkischen Stellungen in den Bergen die Gefahr bestand, daß die Giftwolken auf die Engländer herabgesunken wären und diese selbst gefährdet hätten.

Die Briten 1917 im Mittleren Osten in Aktion. Die beiden Gaza-Schlachten endeten für sie mit einer Niederlage.



¹ Die Studie von Yigal SHEFFY sollte im Jahre 2002 in London erscheinen. Ein Bericht darüber mit Zitaten in: *Kommentare zum Zeitgeschehen*, Folge 317, Februar 2001, S. 2.

Nach Abbruch des erfolglosen Gallipoli-Unternehmens im Januar 1916 wurden die britischen Streitkräfte nach Ägypten verlegt, von wo sie über den Suez-Kanal nach Palästina vordrangen. Bei der ersten Gaza-Schlacht im März 1917 wurden die angreifenden Briten unter ihrem Oberbefehlshaber General Sir Archibald MURRAY von den türkischen Truppen, die unter dem Befehl des deutschen Generals Kress von KRESSENSTEIN standen, zurückgeworfen und damit von ihrem weiteren Vormarsch abgehalten. Um eine neue Niederlage zu vermeiden und den gewünschten Durchbruch doch noch zu erzielen, setzten die Engländer dann am Beginn der zweiten Schlacht vor den Toren Gazas in Palästina am 17. April 1917 bei ihrem Artillerie-Trommelfeuer ab fünf Uhr morgens auch Giftgasgranaten ein. Doch ihre Hoffnung trog: Die türkischen Soldaten überstanden das Bombardement. Als die britische Infanterie die türkischen Stellungen zu stürmen begann, stieß sie statt auf kampfunfähige Giftgasopfer auf heftigen Widerstand, so daß auch diese zweite Gaza-Schlacht mit einer britischen Niederlage endete. Nach der Ansicht SHEFFYS hat damals die eingesetzte Giftgasmenge nicht ausgereicht, um die türkischen Verteidiger außer Gefecht zu setzen.

Anscheinend hat auch die britische Armee mit dazu beigetragen, diesen frühen Einsatz von Giftgas in Palästina zu verbergen und dafür zu sorgen, daß er der Öffentlichkeit möglichst nicht bekannt wurde. In den Berichten über den Palästina-Feldzug und in der offiziellen Geschichte des Weltkriegs im Nahen Osten kommt er nicht vor. Bei seinen Nachforschungen mußte SHEFFY feststellen: »Die Akten des zuständigen Stabsoffiziers für Chemiewaffen am Oberkommando des Expeditionskorps sind weitgehend verschollen.« Die Vermutung scheint wohl nicht ganz abwegig, daß hier von offizieller Seite etwas nachgeholfen wurde.

So blieb dieser Giftgaseinsatz durch englische Streitkräfte fast ein Jahrhundert lang für die Geschichtsforschung und in der Öffentlichkeit unbekannt. Im Zweiten Weltkrieg bereitete der nun als britischer Premierminister amtierende Winston CHURCHILL ebenfalls den Einsatz von Giftgas vor.¹ Für eine Anzahl deutscher Großstädte war die Vergasung geplant, die Millionen Tote zur Folge gehabt hätte. Bei der Anlandung erster Giftgasmengen durch US-Schiffe im italienischen Hafen Bari kam es zu einer Giftgas-Katastrophe, bei der 1943 rund 100 Soldaten und zahlreiche Zivilisten starben.² Zu einem Giftgas-Einsatz kam es dann doch nicht.



Der Munitionsminister W. CHURCHILL im Jahre 1917.

Nach dem verheerenden Gallipoli-Abenteuer, bei dem er auf Gaseinsatz gedrängt hatte, war er als Marineminister abgesetzt worden. Fünf Monate nach der zweiten Gaza-Schlacht wurde er zum neuen Munitionsminister ernannt.

¹ Siehe Beitrag »Die Alliierten und Giftgas im Zweiten Weltkrieg«, in: *Der Große Weltkrieg*, Bd. 2, sowie »Churchills Anordnung zur Giftgas-Planung«, ebendort.

Der erste Holocaust

W eil wir fast täglich auf den Holocaust-Begriff in der vierten Macht, den Medien, stoßen, verbinden die meisten Deutschen damit in der Regel zwei unwandelbare, da >offenkundige< Tatbestände: anscheinend zum einen ereignete sich der Holocaust im Zweiten Weltkrieg, zum anderen fielen ihm sechs Millionen Juden zum Opfer. Obwohl oder weil die Zahl der von den Deutschen oder unter deutscher Verantwortung angeblich oder tatsächlich ermordeten Juden im Laufe der letzten sechzig Jahre sehr starken Schwankungen unterworfen war, ist die laut Gerichtsurteil symbolisch zu wertende Zahl von sechs Millionen Ermordeter kanonisiert und so einer historisierenden, vergleichenden und einordnenden Debatte weitgehend entzogen worden.

Es wird daher viele überraschen, daß der Begriff >Holocaust< nicht erst seit der Übertragung des amerikanischen Mehrteilers gleichen Titels im deutschen Fernsehen im Jahre 1978/79 zum Synonym für den Massenmord an Juden im Zweiten Weltkrieg wurde. Das altgriechische Wort *holocauston* und das abgeleitete Wort *holocaustoma wurden* und werden in der griechischen Übersetzung der hebräischen Bibel nicht nur für die religiösen Opfer der Ganzverbrennung einzelner Tiere benutzt, sondern auch für Massenopferungen.¹ Es waren wohl die etwa 300 solcher Bibelstellen im Alten Testament, die später die gedankliche Verbindung des Wortes >Holocaust< zu Massentötungen schufen. Mit der Übernahme des latinisierten *holocaustum* in die *Vulgata*, die lateinische Übersetzung der Bibel, und von dort in volkssprachliche Bibelübersetzungen gelangte das Wort in mehrere romanische Sprachen und ins Englische. Daher ist es auch bei Schriftstellern früherer Jahrhunderte wie beispielsweise MILTON, CHATEAUBRIAND, SAND, FLAUBERT, D' ANNUNZIO und auch in den Kriegsmemoiren des Generals DE GAULLE zu finden. Allerdings fehlt dort zumeist der sakrale Bezug, da das christlich geprägte Europa blutige Tieropfer als heilige Handlungen nicht kennt.

Beim ersten Genozid an den Armeniern durch Sultan ABDULHAMIT II. im Jahre 1895 wird von einer Augenzeugin, der amerikanischen Missionarin Corinna SHATTUCK, die Verbrennung von 3000 armenischen Zivilisten in der Stadtkirche von Urfa in einem Brief als »the great holocaust« beschrieben. Ebenfalls aus dem angelsächsischen Raum stammte 1913 die erneute Verwendung des Begriffs >Holocaust<: 1909 waren 20000 Armenier in der osmanischen Provinz Adana von den Türken ermordet worden.

Ab 1942 wird der Massenmord an den europäischen Juden überwiegend als >Holocaust< bezeichnet, ein Begriff, der in der Unabhängigkeitserklärung Israels vom 15. Mai 1948 in der englischen Übersetzung als »Nazi holocaust«² wiederkehrt.

¹ So zum Beispiel von König SALOMO im Alten Testament, 2. Chronik 7.4.

² In der damaligen englischen Rechtschreibung zunächst kleingeschrieben als einer von mehreren geschichtlichen Holocausts.

Aber erst ab 1957 wurde in englischsprachigen Veröffentlichungen der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem das Wort >Holocaust< in Großschreibung als Namensgebung für den Genozid an den Juden geprägt.³

Geradezu sensationell ist die Erinnerung daran, daß in der amerikanischen Presselandschaft während des Ersten Weltkrieges schon einmal eine angeblich genozidartige Bedrohung der europäischen Juden sowohl mit dem Wort >Holocaust< als auch mit der Zahl sechs Millionen über einen Zeitraum von fast vier Jahren in Verbindung gebracht wurde.

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert begannen jüdische Organisationen in der amerikanischen Presse gezielte Kampagnen gegen europäische Staaten zu eröffnen, in denen eine große Anzahl von Juden unter angeblich diskriminierenden Umständen lebte. Damals lenkte die jüdische Welt nach dem 1880 in Deutschland stattgefundenen >Antisemitismusstreit< ihren Blick auf das zaristische Rußland, denn dort hatten sich mehrere Pogrome gegen Juden ereignet. Dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde von New York, Jacob SCHIFF, gelang es nicht nur, Spenden für die russischen Juden zu sammeln; zwar konnte er den amerikanischen Präsidenten Theodore ROOSEVELT nicht bewegen, einen >Pazifizierungsangriff< gegen Rußland durchzuführen, aber er konnte die Kreditvergabe an die osteuropäische Großmacht empfindlich einschränken und im Russisch-japanischen Krieg von 1905 die Japaner mit bedeutenden Summen unterstützen. Die Presse als Mittel für jüdischen Lobbyismus hatte ihre Bewährungsprobe bestanden.

Nach den erfolgreichen Abwehrschlachten von 1914 und 1915 an der deutschen Ostfront bei Tannenberg und den Masurischen Seen verlagerte sich der dortige Kriegsschauplatz immer tiefer in das von Rußland besetzte Polen hinein. Dort lebten mehrere Millionen Juden, die wie die polnische oder ukrainische und zuvor die deutsche Bevölkerung unter den Drangsalen des Krieges litten. 1916 wurde auch Serbien von den verbündeten Truppen der Mittelmächte unter der Führung von Generalfeldmarschall MACKENSEN erobert. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man in der jüdisch-amerikanischen Presse nur darauf hingewiesen, daß »die christlichen Polen, Ukrainer und Deutschen die unvermeidbaren Härten, die jede Kriegführung mit sich bringt, [erlitten]; aber die Juden, die schon von den Russen und Polen verdammt worden waren, begegneten einer konzentrierten Orgie von Haß, Blutdurst und Rache, die sie in einem großen Holocaust auszulöschen drohte.«⁴ Als neue Besatzungsmacht wurden von nun an die Deutschen für die materiellen Engpässe und Entbehrungen, die zwangsläufig während eines Krieges auftreten und alle besetzten Bevölkerungsteile in etwa gleichem Maße treffen, verantwortlich gemacht.

Am 22. März 1916 allerdings bereicherte die britische Tageszeitung *Daily Telegraph* die amerikanische Kampagne um ein Element, das ein Vierteljahrhundert später wiederkehren sollte: ein »eigener Korrespondent« berichtete aus Serbien mit »glaubwürdigen«, aber nicht genannten »Quellen«, daß »...

³ Zur historischen Entwicklung des Wortes >Holocaust< siehe ausführlich den Leserbrief von Dr. Volker SCHEUING, Gräfelting, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. 2. 2005.

⁴ Nathan SCHACHNER, *The Price of Liberty. A History of the American Jewish Committee*, New York 1948, S. 287, zitiert nach: Don HEDDESHEIMER, *Der erste Holocaust. Jüdische Spendenkampagnen mit Holocaust-Behauptungen im Ersten Weltkrieg und danach*, Hastings 2004, S. 41.

The Crucifixion of Jews Must Stop!

By MARTIN H. GLYNN

(Former Governor of the State of N. Y.)

From across the sea six million men and women call to us for help, and eight hundred thousand little children cry for bread.

These children, these men and women are our fellow-members of the human family, with the same claim on life as we, the same susceptibility to the winter's cold, the same propensity to death before the fangs of hunger. Within them reside the limitless possibilities for the advancement of the human race as naturally would reside in six million human beings. We may not be their keepers but we ought to be their helpers.

In the face of death, in the throes of starvation there is no place for mental distinctions of creed, no place for physical differentiations of race. In this catastrophe, when six million human beings are being whirled toward the grave by a cruel and relentless fate, only the most idealistic promptings of human nature should sway the heart and move the hand.

Six million men and women are dying from lack of the necessaries of life; eight hundred thousand children cry for bread. And this fate is upon them through no fault of their own, through no transgression of the laws of God or man; but through the awful tyranny of war and a bigoted lust for Jewish blood.

In this threatened holocaust of human life, forgotten are the niceties of philosophical distinction, forgotten are the differences of historical interpretation; and the determination to help the helpless, to shelter the homeless, to clothe the naked and to feed the hungry becomes a religion at whose altar men of every race can worship and women of every creed can kneel. In this calamity the temporalities of man's fashionings fall away before the eternal verities of life, and we awaken to the fact that from the hands of one God we all come and before the tribunal of one God we all must stand on the day of final reckoning. And when that reckoning comes mere profession of lips will not weigh a pennyweight; but deeds, mere intangible deeds, deeds that dry the tear of sorrow and allay the pain of anguish, deeds that with the spirit of the Good Samaritan pour oil and wine in wounds and find sustenance and shelter for the suffering and the stricken, will outweigh all the stars in the heavens, all the waters in the seas, all the rocks and metals in all the celestial globes that revolve in the firmament around us.

Race is a matter of accident; creed, partly a matter of inheritance, partly a matter of environment, partly one's method of rationalization; but our physical wants and corporeal needs are implanted



WHY?

in all of us by the hand of God, and the man or woman who can, and will not, hear the cry of the starving; who can, and will not, take heed of the wail of the dying; who can, and will not, stretch forth a helping hand to those who sink beneath the waves of adversity is an assassin of nature's finest instincts, a traitor to the cause of the human family and an abjurer of the natural law written upon the tablets of every human heart by the finger of God himself.

And so in the spirit that turned the poor widow's votive offering of copper into silver, and the silver into gold when placed upon God's altar, the people of this country are called upon to sanctify their money by giving \$35,000,000 in the name of the humanity of Moses to six million famished men and women.

Six million men and women are dying—eight hundred thousand little children are crying for bread.

And why? Because of a war to lay Autocracy in the dust and give Democracy the scepter of the Just.

And in that war for democracy 200,000 Jewish lads from the United States fought beneath the Stars and Stripes. In

the 77th Division alone there were 14,000 of them, and in Argonne Forest this division captured 54 German guns. This shows that at Argonne the Jewish boys from the United States fought for democracy as Joshua fought against the Amalekites on the plains of Abraham. In an address on the so-called "Lost Battalion," led by Colonel Whittlesey of Pittsfield, Major-General Alexander shows the fighting stuff these Jewish boys were made of. In some way or another Whittlesey's command was surrounded. They were short of rations. They tried to get word back to the rear telling of their plight. They tried and they tried, but their men never got through. Paralysis and stupefaction and despair were in the air. And when the hour was darkest and all seemed lost, a soldier had stepped forward, and said to Col. Whittlesey: "I will try to get through." He tried, he was wounded, he had to creep and crawl, but he got through. To-day he wears the Distinguished Service Cross and his name is ABRAHAM KROTOSHINSKY.

Because of this war for Democracy six million Jewish men and women are starving across the seas; eight hundred thousand Jewish babies are crying for bread.

Martin H. GLYNN,
»Die Kreuzigung der
Juden muß ein Ende
haben«, in: *American Hebrew*, 31. 10.
1919. GLYNN war
übrigens zwischen
Oktober 1913 und
Dezember 1914
Gouverneur von
New York.

Frauen, Kinder und alte Männer.. . durch die Österreicher in Kirchen eingeschlossen und entweder mit dem Bajonett erstochen oder durch erstickendes Gas erstickt (wurden). In einer Kirche in Belgrad wurden auf diese Weise 3000 Frauen, Kinder und alte Männer erstickt. . .«⁵

Diese Ereignisse waren natürlich frei erfunden und wurden nie zurückgenommen. Sie eigneten sich aber hervorragend zur Stimmungsmache gegen die Mittelmächte und zu einer Aktivität, die den Krieg wie ein roter Faden durchzieht: das Spendensammeln. Mehrere jüdische Hilfsorganisationen wurden ins Leben gerufen, deren Aufgabe die Linderung der Not der Glaubensbrüder im fernen Europa sein sollte. Eine der bedeutendsten war das

⁵ »Gewalttaten in Serbien«, in: *Daily Telegraph*, 22. 3. 1916, S. 7, zitiert nach: HEDDESHEIMER, ebenda, S. 17.

>Joint Distribution Committee of Jewish War Sufferers< (Vereinigtes Komitee der jüdischen Kriegsnotleidenden) in New York. Dessen Vorsitzender Jacob SCHIFF forderte wiederholt ein Ende »dieses Holocausts«. Diese Kampagnen endeten keineswegs mit dem Kriegsende. Bis in die frühen zwanziger Jahre veröffentlichten zum Beispiel die *New York Times* oder der *American Hebrew* Cassandra-Berichte, denen zufolge die jüdische Bevölkerung Osteuropas nach dem Krieg ausgelöscht zu werden drohte. Am 31. Oktober 1919 schrieb Martin H. GLYNN, ehemaliger Gouverneur des Staates New York, im *American Hebrew* unter der Überschrift »Die Kreuzigung der Juden muß ein Ende haben«: »Aus Übersee rufen 6 Millionen Männer und Frauen um Hilfe und 800 000 kleine Kinder schreien nach Brot.. . 6 Millionen Menschen werden zum Grabe gewirbelt... 6 Millionen Männer und Frauen sterben... in diesem drohenden Holocaust des menschlichen Lebens. .. 6 Millionen ausgehungerte Männer und Frauen. ..«⁶

Ein großer Teil der in den Kriegs- und Nachkriegsjahren gesammelten Hilfsgelder kam allerdings nicht den wirklich bedürftigen und notleidenden Juden in Osteuropa zugute, sondern es wurden riesige Summen für zionistische und kommunistische »Aufbauprojekte« ausgegeben, es wurde in polnische Banken, Gewerkschaften und Industriegesellschaften, zumeist mit jüdischem Hintergrund, aber auch in Kibbuze investiert. Dabei gingen nach zeitgenössischen Vorwürfen aus den eigenen Reihen bis zu 40 Prozent bei Geldwechsel-Manipulationen verloren.⁷ Die Kritiker wurden damals genauso übergangen oder mundtot gemacht wie im Jahre 2000 Norman G. FINKELSTEIN, der in seinem Aufsehen erregenden Buch *Die Holocaust-Industrie* die moralische und finanzielle Ausbeutung jüdischer Leiden durch jüdisch-amerikanische Interessenverbände gebrandmarkt hat.⁸

Olaf Rose

⁶ Martin H. GLYNN, »Die Kreuzigung der Juden muß ein Ende haben«, in: *American Hebrew*, 31. 10. 1919; Kopie des Artikels im Archiv des Verfassers; auch in: HEDDESHEIMER, ebenda, S. 165; dort ist auch eine faksimilierte Wiedergabe des Zeitungsartikels im Anhang abgedruckt.

⁷ HEDDESHEIMER, ebenda, S. 82 ff.

⁸ Norman G. FINKELSTEIN, *Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird*, Piper, München-Zürich 2002.

“Just Another Drive,” But the Lives of 6,000,000 Human Beings Wait Upon the Answer

Just another drive—just another campaign—just another effort to alleviate human misery, to save the lives of men, women and children. Campaigns are an old story in New York.

But to 6,000,000 men, women and children, HUNGER IS AN OLDER STORY, AND NAKEDNESS, HOMELESSNESS, DISEASE AND DEATH HAVE ALSO CEASED TO BE NOVEL.

At no time during the war, in any land, not even in Belgium or Northern France was there a situation more critical—a need more great—a demand for sacrifice and help more insistent than now comes to us from Eastern and Central Europe.

There is but ONE WAY in which the lives of the people of these lands are to be saved.

There is but ONE PLACE in all the world to which they may look for help.

This is the reason for the NON-SECTARIAN APPEAL to be made in New York next week in behalf of the Sufferers from Famine, Disease and Destitution in the War-Ridden Lands.

It typhus fever and the other insufferable consequences of hundreds of thousands of human beings starving, are not checked in time, SOME REGENERATION OF THIS THUNDEROUS CALAMITY WILL REACH OUR SHORES JUST AS SURELY AS EACH EPIDEMIC OF INFLUENZA IN EUROPE HAS ULTIMATELY FOUND ITS WAY ACROSS THE ATLANTIC OCEAN.

Will YOU GIVE to save a life, or

“Shall Death Be the Highest Bidder?”

We hope you will not wait to be asked to give in person, but will send your check NOW to

PAUL BAERWALD, TREASURER, 389 FIFTH AVENUE, NEW YORK
OTTO A. ROSALSKY, Chairman

GREATER NEW YORK FUND
TO BE ADMINISTERED BY THE
JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE

Executive Committee:

J. O. ALLEN, JOHN G. AGAR, ROBERT ADAMSON, PAUL BAERWALD, OTTO T. BARNARD, IVANGLINE BOOTH, BISHOP CHARLES S. BUCKA, NICHOLAS MURRAY BUTLER, GEORGE JOSEPH BAYNE, DAVID H. BRIDGEMAN, REV. DR. DAVID I. BURNELL, HENRY SPICER CHURCH, BIRD I. CRAIG, PAUL D. DEWITT, ROBERT GIBBY, GEORGE CHARLES L. GIBBY, FRANK D. GRAYSON, CLEVELAND H. HADLEY, SAMUEL HORN, JULIUS J. KRAV, GEORGE K. LAFAY, WILLIAM H. EDWARDS, ABRAHAM J. KLEIN, S. K. KROGH, HARRY FISCHER, WILLIAM FOX WALTER, L. FRENCH, LEO W. FRANKEL, DANIEL CHRISTOPHER FRENCH, COLONEL MICHAEL A. FRIEDMAN, FRANKIE E. GALLAGHER,

HOWARD S. GANS, I. EDWIN GOLDWASSER, MEYER GELLS, CHARLES RAFFMAN, GUSTAVE HARTMAN, REV. PATRICK J. HAYES, KATHIAN HOPFMEIER, EMANUEL, SHERID, ALLEN ANDER KAHN, SAMUEL S. KOENIG, REV. DR. MATTHIAS BRASS, SAMUEL KROHNE, ARTHUR M. LAMPSON, JACQUES C. LAMPERT, ARTHUR LERMAN, HERBERT H. LEVINSKY, MAX LEVY, ISIDORE LIEBERMAN, EDWARD LAZARUSKY, MEYER LEDDON, HENRIET B. LOWENSTERN, REV. DR. J. L. MACHES, M. F. MARGOLINE, ALFRED E. MARLING, LOUIS MANSFIELD, JACOB MILCH, HENRY ROSENTHAL, JOSEPH F. MULLOQUEN, CARL FUCHSBERGER, PERCY W. FUCHS, OTTO A. SCHALLERT, HENRY

H. ROSENFELD, A. E. ROTHSTEIN, SAMUEL SPITZBERGER, CHARLES H. SARBIN, DEUBEN SAGOWSKY, LEON SANDERS, H. SCHATZKOW, JACQUE H. SCHIFF, HARRIS L. SELIG, BERNY C. SIEGEL, LEWIS J. SELIGSON, JACOB SPICER, WILLIAM BRIDGEMAN, FREDERICK A. SINGELSTEIN, ZEPHYRUS BRIDGEMAN, NATHAN STRASS, OSCAR S. STRASS, JACOB S. STRASS, HENRY I. STIMSON, MAX D. STEIN, CYRUS L. SUBERSCHER, P. C. ULANDER, WILHELM WELSHANSKY, FELIX W. WARBURG, JACOB WERTHEIM, GEORGE W. WICKERHAM, REV. DR. STEPHEN S. WISE, JOSEPH H. WISE, H. ZUCKERMAN, PAUL ADOLPH, MORRIS SOFTENBERG.

THIS ADVERTISEMENT IS PAID FOR BY DEERING, MILLIKEN & COMPANY, 78-83 LEONARD STREET

Contributions to this Fund in amounts of \$1.00 and more, will be acknowledged in these columns beginning on V. O. Friday, May 5th

Anzeige aus der *New York Times* vom 1. Mai 1920, S. 8.

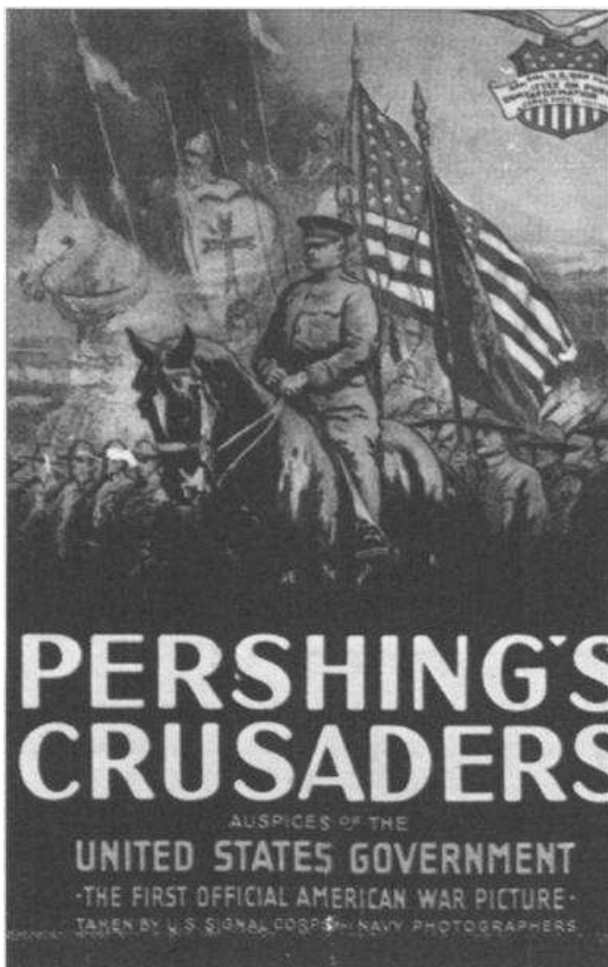
Antideutsches Gebet im US-Kongreß 1918

Bereits im Verlauf des Ersten Weltkriegs - und damit lange, bevor HITLER politisch in Erscheinung trat - kam bei den Westmächten ein schon seit Jahren vorhandener und unbegründeter Antigermanismus zum Ausbruch. Er äußerte sich nicht nur in der vor allem von den Briten gegenüber dem Deutschen Reich angewandten Greuelpropaganda, sondern auch in vielen Erklärungen und Veröffentlichungen in den Vereinigten Staaten, wo die sich zu ihrer Abstammung bekennenden Deutschamerikaner Schweres zu erdulden hatten.

Der Eintritt der USA in den Krieg 1917, schon damals als Kreuzzug, um die Sache der freien Welt der Demokratie zu verteidigen. Na hezu alle Kriegseinsätze der USA sind auf diesem Schema aufgebaut worden.

Am 6. April 1917 erklärten die USA dem Deutschen Reich den Krieg, am 7. Dezember 1917 auch dem Kaiserreich Österreich-Ungarn, ohne von diesen Staaten irgendwie angegriffen oder bedroht worden zu sein. Sie verhinderten damit einen Ausgleichsfrieden in Europa. Washington witterte das große Geschäft, das die US-Wirtschaft dann auch machen konnte: Die Vereinigten Staaten wurden durch ihre Teilnahme am Ersten Weltkrieg innerhalb weniger Jahre von einer Schuldnernation zu einem Gläubigerland und erlebten eine ungeahnte Wirtschaftsblüte. Wie unbegründet und unmoralisch der Eintritt in den Ersten Weltkrieg war, wußten natürlich auch die führenden Politiker und Abgeordneten in Washington.

Vor diesem Hintergrund ist als ein besonders bezeichnendes Dokument für die damalige Ansicht der Amerikaner über das noch kaiserliche Deutschland das Gebet der Abgeordneten des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 10. Januar 1918 zu betrachten. An diesem Tag hörten die US-Parlamentarier gemeinsam aus Anlaß der feierlichen Eröffnung der neuen Sitzungsperiode die folgenden Worte ihres >Vorbeters<¹: »Allmächtiger Gott - Unser himmlischer Vater!. . . Du weißt, o Herr, daß wir in einem Kampf auf Tod und Leben stehen gegen eine der gemeinsten, übelsten, gierigsten, habsüchtigsten,



1

¹ CONGRESSIONAL RECORD OF THE SECOND SESSION OF THE 65TH CONGRESS OF THE UNITED STATES OF AMERICA, BD. LVI, S. 762, ZIT. NACH: FRANZ Uhle-Wettler, »BEMERKUNGEN ZUR DEUTSCHEN SICHERHEITSPOLITIK«, IN: HANS-HELMUTH KnÜTTER (HG.), *EUROPA JA - ABER WAS WIRD AUS DEUTSCHLAND?*, HOHENRAIN, TÜBINGEN 1998, S. 182 F.; AUCH FRANZ Uhle-Wettler, *DER KRIEG*, E. S. MITTLER & SOHN, HAMBURG-BERLIN-BONN 2001, S. 160.

blutdürstigsten, sündhaftesten und sinnlichsten aller Nationen, die jemals das Buch der Geschichte geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschen genügend Tränen gepreßt hat, um einen neuen Ozean zu füllen, daß es genügend Blut vergossen hat, um jede Woge auf diesem Ozean zu röten, und daß es aus den Herzen von Männern, Frauen und Kindern genügend Schreie und Stöhnen gepreßt hat, um daraus ein neues Gebirge aufzutürmen.«

Fast jedes Wort stellt hier eine Geschichtslüge dar - und das aus dem Munde des Vertreters einer Nation, die damals schon genügend Eroberungskriege geführt und ihr Land von den Ureinwohnern durch Völkermord praktisch >gesäubert< hatte.

Das Gebet im US-Kongreß schloß dann mit Worten, in denen die Geschichtsfälschung fortgesetzt wird: »Wir bitten dich, o Herr, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage das große Rudel dieser hungrigen, wölfischen Hunnen zurück, von deren Fängen Blut und Schleim tropfen. Wir bitten Dich, laß die Sterne auf ihren Bahnen und die Winde und Wogen gegen sie kämpfen.. . Und wenn alles vorüber ist, werden wir unser Haupt entblößen und unser Antlitz zum Himmel erheben... Und Dir sei Lob und Preis immerdar, durch Jesus Christus. Amen!«

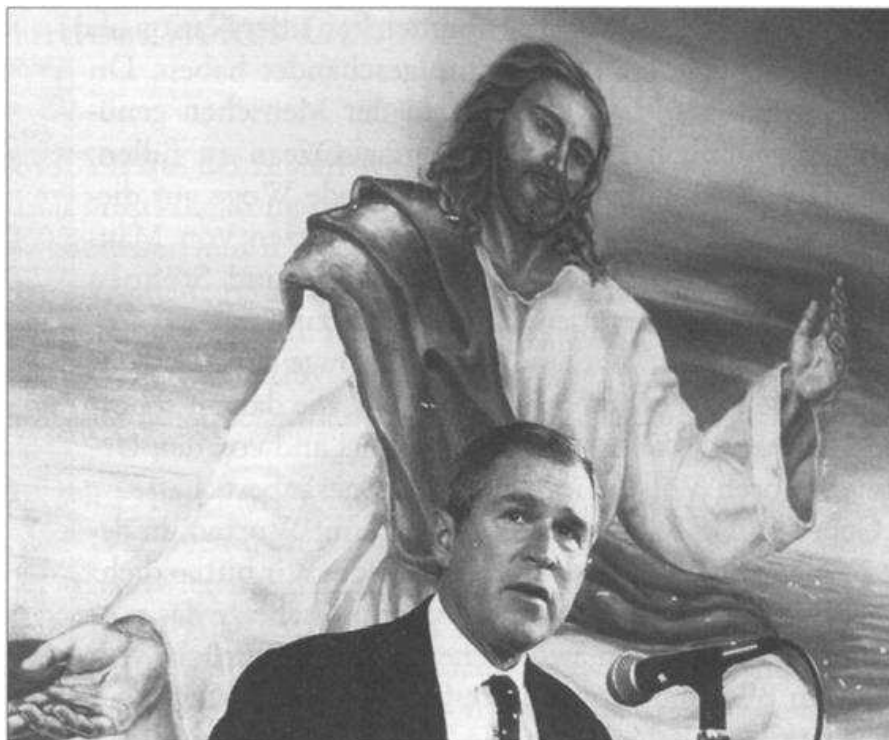
Überhaupt scheint es in der amerikanischen Kriegspolitik häufiger als in anderen Ländern üblich zu sein, Gott im Gebet öffentlich anzusprechen oder Kriegshandlungen zu segnen. So sprach US-Präsident ROOSEVELT für den ersten >Tag der Vereinten Nationen< über den Rundfunk das folgende Gebet: »Gott der Freien, wir geloben heute unser Herz und unser Leben der Sache der gesamten Freien Menschheit. Unsere Erde ist nur ein kleiner Stern im großen Universum. Aber wir können, so wir wollen, aus ihr einen Planeten machen, der unbelästigt ist vom Kriege, verschont ist von Hunger und Furcht, ungespalten durch die sinnlosen Unterscheidungen von Rasse, Hautfarbe und Theorie. Der Geist des Menschen ist erwacht, und die Seele des Menschen ist vorangeschritten. Gib uns das Geschick und den Mut, die Welt von der Unterdrückung und der alten gemeinen Lehre, daß die Starken die Schwachen aufessen müssen, weil sie stark sind, zu säubern. Schenke uns einen gemeinsamen Glauben, daß der Mensch Brot und Frieden, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, Freiheit und Sicherheit,²



Der deutsche >Hunne< als Argument, US-Kriegsanleihen zu zeichnen.
Aus: FZ, *Verschwiegene Dokumente*, Bd. 1, München 91999, S. 50 f.

² Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, *Charakterwäsche*, Seewald, Stuttgart 1965, S. 68.

Gott soll Amerika
weiter segnen. ..



Gelegenheit und die gleiche Chance, sein Bestes zu tun, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, kennenlernen wird. Und in diesem Glauben laßt uns marschieren, auf die saubere Welt zu, die unsere Hände schaffen können. Amen.«

Auch bevor die Piloten mit den Atombomben nach Hiroshima und Nagasaki starteten, soll ein US-Geistlicher den Segen des Himmels für den einen hunderttausendfachen Tod bringenden Flug erfleht haben.¹

Und US-Präsident George W. BUSH erklärte am 8. Oktober 2001 zum Beginn des Angriffskrieges auf Afghanistan:² »Heute konzentrieren wir uns auf Afghanistan, aber die Schlacht ist umfangreicher angelegt. Jede Nation muß eine Entscheidung treffen. In diesem Konflikt gibt es keine Neutralität. Wenn eine Regierung die Gesetzesbrecher und Mörder der Unschuld unterstützt, wird sie selbst Gesetzesbrecher und Mörder. Und sie wird diesen einsamen Pfad auf eigene Gefahr gehen. Wir sind eine friedliche Nation. Doch, wie wir so plötzlich und tragisch lernen mußten, gibt es keinen Frieden in einer Weh, in der der Terror plötzlich ausbrechen kann. Angesichts der neuen Herausforderung von heute ist der einzige Weg, Frieden zu suchen, die zu verfolgen, die ihn bedrohen. Wir haben diese Mission nicht gewollt, aber wir werden sie erfüllen... Die Schlacht findet jetzt an mehreren Fronten statt. Wir werden nicht wanken, wir werden nicht müde werden, wir werden nicht zögern, und wir werden nicht versagen. Frieden und Freiheit werden sich durchsetzen... Möge Gott Amerika weiter segnen!«

¹ A. May, IN: *DER FREIWILLIGE*, 47. JAHRGANG, HEFT 11, NOVEMBER 2001, S. 21.

² *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. 10. 2001.

Ludendorff verzerrt dargestellt

Die Historiker der Nachkriegszeit beschreiben im Sinne der Umerziehung nicht nur die Zeit des Dritten Reiches meist einseitig und verzerrt, sondern stellen auch große deutsche Personen früherer Epochen gern abwertend dar. Diesem Schicksal unterliegt wie manch anderer ebenfalls der geniale General Erich LUDENDORFF (1865-1937), der als Generalstabschef HINDENBURGS (1847-1934) als der eigentliche Sieger der Schlachten bei Tannenberg Ende August 1914, an den Masurischen Seen im September 1914 und in den Masuren im Februar 1915 und als wohl größter Taktiker des Ersten Weltkriegs zu betrachten ist. Sein Eintreten für rechte Parteien und gegen das Versailler Diktat in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hat ihn darüber hinaus noch bei den gegenwärtigen Historikern zu einer unbeliebten Person gemacht, der man gern einen Fußtritt versetzt. Der Militärhistoriker Franz UHLE-WETTLER hat in seiner Biographie des Generals mehrere solche objektiv unzutreffenden Beschreibungen angeführt.¹ Eine sei herausgegriffen.¹

Der angesehene bundesdeutsche Historiker Gerhard RITTER (1929-) schreibt in einem seiner Werke,² daß LUDENDORFF bei der Winterschlacht in

¹ Franz UHLE-WETTLER, *Erich Ludendorff in seiner Zeit*, Druffel, Berg 1996, an mehreren Stellen.



»Trotz alledem vorwärts!« Aus der Winterschlacht in Masuren, Gemälde von Karl STORCH. Aus: *Hindenburg – Denkmal für das deutsche Volk*, Vaterländischer Verlag E. U. Weller, Berlin 1923.

¹ Auch beschrieben in: Franz UHLE-WETTLER, »Der Einfluß der >political correctness< auf unser Geschichtsbild«, in: Otto SCRINZI (Hg.), *Nationale Zukunft und Verantwortung*, Aula, Graz 2001, S. 58.

² Gerhard RITTER, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, 4 Bde., Oldenbourg, München 1954-1968, Bd. 3, S. 72.

den Masuren 1915 die deutschen Truppen seinem kalten Ehrgeiz geopfert, sie also nach späterem Wortgebrauch ohne militärische Notwendigkeit >verheizt< habe. Zur Untermauerung seines Urteils führt er mit Quellenangabe als gewichtigen und den Leser beeindruckenden Zeugen den damaligen Chef des Generalstabes, den General ERICH VON FALKENHAYN (1861-1922), an. Dieser habe beklagt, daß bei der genannten Schlacht in Ostpreußen die deutschen strategisch ungemein wichtigen Reserven »in den Wäldern von Augustowo« einen sinnlosen Untergang fanden.



Erich LUDENDORFF.

Der kritische Leser fragt sich zunächst, warum der Einsatz der deutschen Soldaten sinnlos gewesen sein soll, da mit der Schlacht doch dank LUDENDORFFS überlegener Stabsarbeit ein großer deutscher Sieg und die Befreiung Ostpreußens von den russischen Armeen verbunden waren. Ein weiteres kommt noch hinzu. Dazu sei UHLE-WETTLER zitiert: »Sieht man bei FALKENHAYN nach - doch wer ist schon mißtrauisch genug, und wer hat dann noch Zeit sowie Gelegenheit? -, so entdeckt man Erstaunliches: General VON FALKENHAYN kommentiert gar nicht den Untergang deutscher, sondern den Untergang russischer Truppen >in den Wäldern von Augustowo<. Man könnte einwenden, das sei ein Irrtum, ein Flüchtigkeitsfehler. Doch schon aus dem gleichen Werk lassen sich zahlreiche ähnliche Beispiele anführen, die zudem oft von anderen Historikern übernommen wurden und werden.«³

Das Objekt der Beurteilung wurde also von RITTER einfach vertauscht, ein schlechtes Urteil über die russische Heeresführung in eines über die deutsche verwandelt, das zusätzlich LUDENDORFF belastet. Die Frage stellt sich, ob hier Nachlässigkeit oder Vorsatz vorliegt, zumal solches mehrfach vorkommt.

Als Beispiel für die verzerrte Darstellung LUDENDORFFS in Schulgeschichtsbüchern sei ein »Lern- und Arbeitsbuch für Geschichte in der gymnasialen Oberstufe« - so der Untertitel⁴ - angeführt. Dort heißt es auf Seite 258 zu den Verhältnissen in Deutschland im Ersten Weltkrieg: »Die Oberste Heeresleitung unter der Führung von HINDENBURG und LUDENDORFF. .. übte ab 1917 eine totalitäre antiparlamentarische Diktatur aus.«

Das ist, wenn man das heute übliche Verständnis für die Begriffe von >totalitär< und >Diktatur< zugrunde legt, eine unzutreffende Beschreibung und erzeugt beim lesenden Schüler die völlig falsche Vorstellung, daß das Parlament ausgeschaltet gewesen sei und Deutschland damals unter einer Militärdiktatur gestanden habe. Mit größerer Berechtigung hätte man dann auch ROOSEVELT und CHURCHILL wegen ihrer Machtfülle und autoritären Herrschaftsweise als totalitär regierende Diktatoren bezeichnen können, was natürlich unterblieb.

Rolf Kosiek

³ UHLE-WETTLER, aaO.(Anm. 2), S. 58.

⁴ Wolfgang W. MICKEL u. a. (Hg.), *Geschichte. Politik und Gesellschaft*, Cornelsen, Berlin

Die britische Hungerblockade 1914/19

Zu den Verlusten eines Krieges werden in der Regel nur die gefallenen, verwundeten und vermißten Soldaten gerechnet. Bis zum Ersten Weltkrieg fielen in Kriegen zivile Opfer, deren Prozentsatz sich im 19. Jahrhundert zwischen einem und drei bewegte, auch kaum ins Gewicht. Im Ersten Weltkrieg stieg die Zahl der durch Gefechtseinwirkung oder andere Ursachen getöteten Zivilpersonen auf 8 Prozent an. Lediglich Deutschland machte hier eine Ausnahme. Das Deutsche Reich hatte zwischen 1914 und 1918 ohne Gefechtseinwirkungen fast 30 Prozent zivile Tote zu beklagen, die einer völkerrechtswidrigen Maßnahme der Engländer zum Opfer fielen: der sogenannten Blockade.

Im *Taschenbuch des Militärrechts für Kriegswesen* aus dem Jahre 1913 wird Blockade folgendermaßen definiert: »Die Blockade ist das gewaltigste Mittel im Seekrieg; freilich nur für den Starken verwendbar, aber trotz ihrer militärischen Passivität von verheerender Wirkung, da sie nicht allein den Handel der Neutralen gänzlich unterbindet, sondern das Wirtschaftsleben des Feindes in seinem Marke zu treffen vermag. .. Das heute [1913] geltende Blockaderecht, dessen Sätze sich auf die absolute Militärgewalt im Blockadebereich zurückführen lassen, beruht auf dem vierten Satz der Pariser Seerechts-Deklaration vom 16. 4. 1856: >Die Blockaden müssen, um rechtsverbindlich zu sein, effektiv sein, das heißt, durch eine Streitmacht aufrechterhalten werden, welche hinreicht, um den Zugang zur Küste des Feindes wirklich zu verhindern^ Dieser Satz, das Ergebnis einer langen Entwicklung, ist der Erfolg eines beharrlichen Ringens der Seemächte zweiten Ranges um Beseitigung der örtlich unbegrenzten und daher den Handel und freien Verkehr auf allen Weltmeeren hemmenden und lahmlegenden Anwendung des alten Blockaderechts.«¹

Es genügte dabei nicht, eine Blockade lediglich zu erklären [sogenannte papierene Blockade ohne örtliche Begrenzung] oder diese durch Seeminen zu verhängen; Voraussetzung für die Rechtsgültigkeit einer Blockade ist ihre Effektivität, die nur durch an Ort und Stelle patrouillierende Kriegsschiffe gewährleistet werden kann. Die Blockade muß den Behörden des blockierten Staates und den neutralen Staaten bekanntgegeben werden. Diese Grundsätze wurden in den Seekriegsrechtsdeklarationen von Paris (1856) und London (1909; von Großbritannien nicht ratifiziert) festgeschrieben. Interessanterweise hat ausgerechnet die stärkste damalige Seemacht, Großbritannien, diese Abkommen nicht ratifiziert,² während sie in der deutschen Pri- senordnung vom 28. August 1939 niedergelegt und damit anerkannt wurden.³

Die deutsche Regierung hatte sich 1914 auf die Einhaltung des Seerechts durch England verlassen. Dies wird auch aus der Kommentierung der Mo-

¹ Heinrich DIETZ (Hg.), *Taschenbuch des Militärrechts für Kriegszeiten*, Rastatt 1913, S. 56 f.

² Ein Vergleich mit den USA heutzutage drängt sich unwillkürlich auf; auch für die jetzige Weltmacht Nummer eins gelten zahlreiche für alle anderen Staaten verbindliche völkerrechtliche Grundlagen nicht.

³ Stichwort >Blockade<, in: *Meyers Enzyklopädisches Lexikon in 25 Bänden*, Mannheim-Wien-Zürich 1971-1979, Bd. 4, S. 351.

⁴ DIETZ, aaO. (Anm. 1), S. 57.

difizierung des Blockaderechts in der Londoner »Erklärung über das Seekriegsrecht« aus deutscher Sicht deutlich: »Damit ist ein seit langer Zeit erstrebtes Ziel, die Gewinnung fester, Mißdeutung und Mißbrauch nach Möglichkeit ausschließender Regeln über das wichtige Seekriegsmittel, wenngleich nicht ganz erreicht, so doch in greifbare Nähe gerückt.«⁴

Diese Kriterien für eine Blockade konnte die britische Flotte im Ersten Weltkrieg angesichts der Stärke der deutschen Hochseeflotte und der Gefahren durch Minen, insbesondere aber wegen der neuartigen Bedrohung durch deutsche Unterseeboote nicht erfüllen. Bereits 1912, zwei Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, traf der damalige britische Erste Lord der Admiralität (Marineminister) WINSTON CHURCHILL den Entschluß, bei einem eventuellen Kriegsausbruch gegen Deutschland gegen die Bestimmungen der Londoner Seerechtsdeklaration zu verstoßen. So wurde bei Kriegsausbruch mit dem Aufbau einer Bewachungslinie zwischen den Shetland-Inseln und Norwegen begonnen, die immer weiter verstärkt wurde. Ohne eine Blockade zu proklamieren, sperrte Großbritannien auf diese Weise den nördlichen Zugang zur Nordsee, um das Deutsche Reich von der überseeischen Zufuhr abzuschneiden. Am 2. November 1914 erklärte die britische Regierung die gesamte Nordsee zum Kriegsgebiet und verschärfte so die Blockade. Man bemühte sich, dieses Verhalten rechtlich zu untermauern, indem man den Begriff »Konterbande« (Schmuggelware) immer weiter auf fast alle Bereiche des zivilen Lebens ausdehnte. Einbezogen wurden Lebensmittel, Kleidung, Rohstoffe und schließlich überhaupt alle Güter, die für Deutschland und seine Verbündeten bestimmt waren, mit dem erklärten Ziel, die Mittelmächte wirtschaftlich zu strangulieren, wobei auf die Zivilbevölkerung keinerlei Rücksicht genommen wurde. Zur Legitimierung dieses Vorgehens stellte die britische Regierung bereits am 22. August 1914 die unwahre Behauptung auf, »daß außergewöhnliche Maßnahmen im feindlichen Lande zur staatlichen Kontrolle der gesamten Lebensmittelversorgung ergriffen worden seien«. In Wirklichkeit gab es staatliche Eingriffe dieser Art in Form von Rationierungen, Preiskontrolle u.ä. in Deutschland erst ab Januar 1915, und zwar nur deswegen, um den Folgen der Blockade zu begegnen.

Die britische Seeblockade stand nicht nur im Widerspruch zur von Großbritannien nicht ratifizierten Londoner Seerechtsdeklaration; Großbritannien hatte diese Bestimmungen zwar nicht unterzeichnet, aber festgestellt, daß sie im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechts entsprachen. Sie waren daher auch für England als bindend anzusehen.

Mitte 1915 behauptete die britische Regierung, es sei nicht weiter möglich, eine Blockade nach den alten Regeln durchzuführen, weil das Deutsche Reich sich ihr durch Importe aus neutralen Ländern oder über neutrale Länder entziehen könne. Um die Wirksamkeit der Fernblockade zu steigern, dehnte Großbritannien diese daher auch auf die neutralen Staaten aus, um

deren Handel mit den Mittelmächten nach Möglichkeit zu unterbinden. Dabei scheute sich England nicht, den neutralen Staaten ein Rationierungssystem aufzunötigen, wobei diesen vorgeschrieben wurde, wie viele Lebensmittel und sonstigen Güter sie einführen durften, um so einen Weiterverkauf an Deutschland zu verhindern. Auch wurden neutrale Schiffe, die nach Völkerrecht nur auf hoher See hätten kontrolliert werden dürfen, gezwungen, britische Häfen anzulaufen, um dort durchsucht zu werden.

Da die deutsche Reichsregierung eine solche völkerrechtswidrige Kriegführung nicht für möglich gehalten hatte, war im Frieden keine Vorsorge für die Bevorratung von Lebensmitteln und Rohstoffen getroffen worden.

Daher mußte 1915 auf allen Gebieten eine Rationierung eingeführt werden, die jedoch nicht verhindern konnte, daß die Bevölkerung zunehmend Hunger litt, der seinen Höhepunkt im sprichwörtlichen »Steckrübenwinter« 1916/17 erreichte.

Die deutsche Führung erwog daher als Gegenmaßnahme, durch den Einsatz von U-Booten den britischen Seehandel so weit wie möglich zu unterbinden, und erklärte am 4. Februar 1915 den Handelskrieg in den Gewässern um die Britischen Inseln. Die Not des »Kohlrübenwinters« war schließlich auch mitentscheidend beim Entschluß der Reichsregierung zur Eröffnung des uneingeschränkten Handelskrieges am 1. Februar 1917.

Die Proteste der neutralen Staaten gegen die britischen Blockademaßnahmen waren vergeblich. Sie mußten sich schließlich unterwerfen, um wenigstens die Versorgung ihrer eigenen Völker und ihres eigenen Handels nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten.⁵

Den höchsten Grad moralischer Fragwürdigkeit erreichte die Blockade im Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiègne. Obwohl die deutsche Waffenstillstandskommission auf Druck der Entente nahezu vollständig auf die Bedingungen der Sieger eingehen

Lebensmittelausgabe an die Zivilbevölkerung 1918 in Deutschland. Nach dem verheerenden »Steckrüben«-Winter 1916/17 brachen mehrere Hungerstreiks aus.



Gerhard GRANER, »Britische Blockadepolitik«, in: Franz W. SEIDLER u. Alfred M. DE ZAYAS (Hg.), *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert*, Mittler & Sohn, Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 20 ff.

mußte, wurde die Fortdauer der Blockade gegen wehrlose deutsche Zivilbevölkerung als Vertragspunkt festgeschrieben.

In einem Beitrag zur »Ernährung des deutschen Volkes im Kriege« stellte der Autor im *Großen Brockhaus* 1935 fest: »Die Blockade hatte die deutsche Volkskraft schwer geschädigt - es starben 1914-18 an Hunger 762796 Menschen - und schließlich die seelische Widerstandskraft der Bevölkerung zermürbt. Doch ist es nicht nur der trotz aller Mängel erfolgreichen Organisation, sondern auch der Disziplin des Volkes zu danken, wenn es nicht zu einem Zusammenbruch der Ernährung kam.«⁶

⁶ N.N., »Weltkrieg«, in: *Der Große Brockhaus*, Leipzig ¹⁵1935, Bd. 20, S. 204.

Erst nachdem sich das Deutsche Reich in allen Punkten dem Versailler Diktat unterworfen hatte, wurde im Sommer 1919 die Blockade aufgehoben. Was den Verlust an zivilen und damit unschuldigen Menschenleben betrifft, so ist dieses Kriegsverbrechen Großbritanniens im Ersten Weltkrieg mindestens so gravierend gewesen wie die Terrorbombardements der Anglo-Amerikaner im Zweiten Weltkrieg. Während das letzte Kriegsverbrechen mit seinen unübersehbaren Trümmerwüsten und den gespeicherten Erinnerungen von Millionen Betroffener durch Jörg FRIEDRICHS Buch *Der Brand* dem Totschweigen und dem Vergessen entrissen wurde, ist die Erinnerung an die Hekatomben von deutschen Hungertoten nahezu ausgelöscht. Olaf Rose

⇒ »Während der beiden Kriegsjahre starben in Deutschland und Österreich über eine Million Zivilisten an Hunger. Am 13. Dezember 1918, als die Deutschen um Erlaubnis baten, Weizen, kondensierte Milch, Medikamente usw. einzuführen zu dürfen, wurde ihre Bitte abgewiesen. In Böhmen wurden im Februar 1919 zwanzig v. H. der Säuglinge tot geboren, vierzig v. H. starben im ersten Lebensmonat. Erst als der Kommandierende General der Britischen Rheinarmee, Lord PLUMER, seiner Regierung mitteilte, daß seine Soldaten das Geschrei der hungernden Kinder nicht mehr ertragen könnten, wurde die Blockade teilweise gelockert.«

Artur BRYANT, aus: *Unfinished Victory*, zitiert bei: John Charles Frederick FÜLLER, *Die entartete Kunst, Krieg führen*, Köln 1964, S. 239.

⇒ »Die Verhältnisse in den Krankenhäusern waren erschreckend. Während der Kriegsjahre waren von den Patienten durchschnittlich ein Zehntel infolge Mangels an Fett, Milch und gutem Mehl gestorben... Im Kinderkrankenhaus sahen wir schreckliche Bilder, so die >Hungerbabys< mit gräßlich geschwollenen Köpfen... Natürlich drängte unser Bericht auf sofortige für Fett, Milch und Mehl..., aber die schreckliche Blocade wurde, weil die Franzosen darauf bestanden, aufrechterhalten.«

George E. R. GEDE, *The Revolver-Republik*, London 1930.

Thomas Mann 1918 zur Demokratie

Der deutsche Schriftsteller und spätere Literatur-Nobelpreisträger (1929) Thomas MANN, 1875 in Lübeck geboren, hatte schon seinen berühmten Roman *Buddenbrooks* (1901) sowie seine bekannten Novellen *Tonio Kröger* (1903) und *Der Tod in Venedig* (1913) geschrieben und war mit einem Alter von 43 Jahren kein Jüngling mehr, als er 1918 seine *Betrachtungen eines Unpolitischen*¹ veröffentlichte. Darin bringt er heute überraschende Urteile zur Demokratie und Zukunft Europas, die für sein Denken wie für die Vorstellungen im damaligen Deutschland sehr bemerkenswert sind. Später schrieb er anderes darüber. Da diese Ausführungen zur Beurteilung der geistigen Lage zur damaligen Zeit nicht uninteressant, im allgemeinen heute aber schwer zugänglich sind, seien einige Zitate aus dem Werk angeführt.

In der Einführung heißt es: »Wenn ich auf den folgenden Blättern die Meinung vertrat, daß Demokratie, daß Politik selbst dem deutschen Wesen fremd und giftig sei; wenn ich Deutschlands Berufenheit zur Politik bezweifelte oder bestritt, so geschah es nicht in der - persönlich und sachlich genommen - lächerlichen Absicht, meinem Volk den Willen zur Realität zu verleiden, es im Glauben an die Gerechtigkeit seiner Weltansprüche wankend zu machen. Ich bekenne mich tief überzeugt, daß das deutsche Volk die politische Demokratie niemals lieben können, aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und daß der vielverschrieene >Obrigkeitsstaat< die dem deutschen Volke angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt. Dieser Überzeugung Ausdruck zu geben, dazu gehört heute ein gewisser Mut. Trotzdem wird damit nicht nur nicht dem deutschen Volke irgendwelche Geringschätzung im geistigen oder sittlichen Sinne ausgedrückt - das Gegenteil ist die Meinung -, sondern auch sein Wille zur Macht und Erdengröße (welcher weniger ein Wille als ein Schicksal und eine Weltnotwendigkeit ist) bleibt dadurch in seiner Rechtmäßigkeit und seinen Aussichten völlig unangefochten.«²

Weiter heißt es dann: »Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur.«¹

Im eigentlichen Buch schreibt Thomas MANN dann unter anderem zu diesem Thema: »Welches ist nun diese Entwicklung, dieser Fortschritt, von dem ich sprach? Aber es ist eine handvoll schändlich häßlicher Kunstwörter nötig, um anzudeuten, um was es sich handelt. Es handelt sich um die Politisierung, Literarisierung, Intellektualisierung, Radikalisierung Deutschlands, es gilt seine >Vermenschlichung< im lateinisch-politischen Sinne und seine

¹ Thomas MANN, *Anmerkungen eines Unpolitischen*, S. Fischer, Berlin 1918.

² Ebenda, S. XXXII f.

¹ Ebenda, S. XXXIII.

Enthumanisierung im deutschen.. . es gilt, um das Lieblingswort, den Kriegs- und Jubelruf des Zivilisationsliteraten zu brauchen, die *Demokratisierung* Deutschlands, oder, um alles zusammenzufassen und auf den Generalnenner zu bringen: es gilt seine Entdeutschung. .. Und an all diesem Unfug sollte ich teilhaben?»⁴

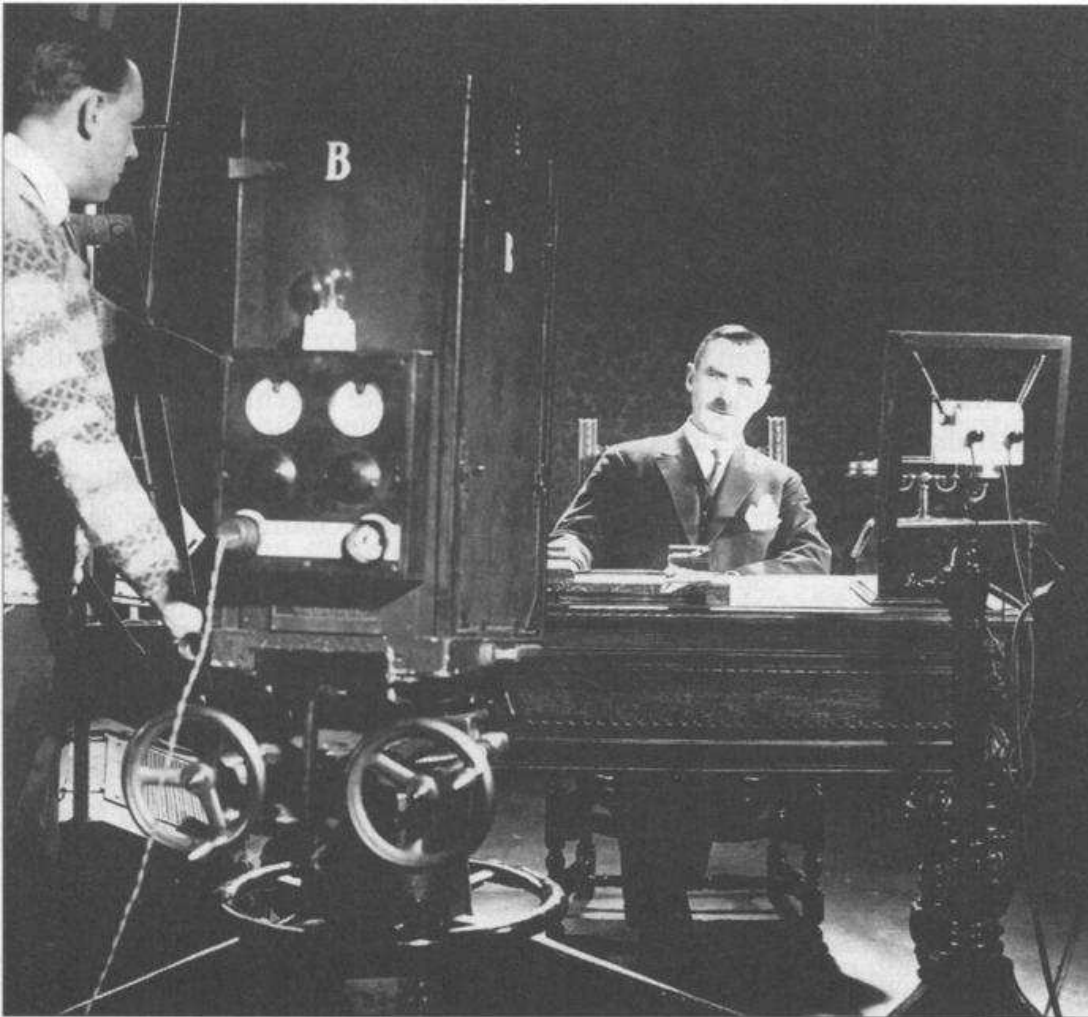
⁴ Ebenda, S. 30.

»Schuldig an dem heutigen Zustand Europas, an seiner Anarchie, an dem Kampf Aller gegen Alle, an diesem Kriege ist die *nationalistische Demokratie*. Das nationale Prinzip ist das atomistische, das anarchistische, das antieuropäische, das reaktionäre Prinzip. Die Demokratie ist reaktionär, denn sie ist nationalistisch und ohne jedes europäische Gewissen. Wo, unter den Feinden Deutschlands, gäbe es europäisches Gewissen? In England etwa - um von dem unverschämten Gebaren der kleinen nationalen Egoisten zu schweigen? Europäisches Gewissen, übernationale Verantwortlichkeit ist einzig und allein in dem unpolitischen und anti-demokratischen Volke, in Deutschland lebendig - der deutsche Zivilisationsliterat aber sieht es nicht. Er lauscht verklärt auf die Phrasen von der >freien Gesellschaft der Staaten<, vom demokratischen Völkerbunds vom demokratischen Friedens welche aus dem Mundwerk des westlichen Rhetors rollen - verlogenerweise, denn er glaubt selbst nicht, und kein verständiger Mensch in der ganzen Welt glaubt ernstlich an diese Gesellschaft, diesen Bund und diesen Frieden... Nein, nicht der Friede der nationalistisch-internationalen Demokratie ist es, den Europa braucht - er ist unmöglich, er wäre keiner, er wäre die verewigte Anarchie. Der Friede Europas sei nicht international, sondern übernational, er sei kein demokratischer, sondern ein deutscher Friede. Der Friede Europas kann nur beruhen auf dem Siege und der Macht des übernationalen Volkes, des Volks, das die höchsten universalistischen Überlieferungen, die reichste kosmopolitische Begabung, das tiefste Gefühl europäischer Verantwortlichkeit sein eigen nennt. Daß das gebildetste, gerechteste und den Frieden am wahrsten liebende Volk auch das mächtigste, das gebietende sei - darauf, auf der durch keine Zettelung mehr antastbaren Macht des Deutschen Reiches ruhe der Friede Europas. Wenn das heißt, den nationalistischen Katechismus bekennen, nun wohl, dann bekenne auch ich ihn, dann habe ich ihn immer bekannt.«⁵

⁵ Ebenda, S. 186 f.

»Fort also mit dem landfremden und abstoßenden Schlagwort demokratische Nie wird der mechanisch-demokratische Staat des Westens Heimatrecht bei uns erlangen. Man verdeutsche das Wort, man sage >volkstümlich< statt >demokratisch< - und man nennt und erfaßt das genaue Gegenteil: denn deutsch-volkstümlich, das bedeutet >frei< - nach innen und außen, aber das bedeutet nicht >gleich< - weder nach innen noch außen. Wer wollte einer volkstümlicheren Gestaltung des Reichs- und Staatswesens widerstreben? Niemand von denen, dafür verbürge ich mich, die sich gegen die Demokratisierung, die Politisierung Deutschlands in einem gewissen Sinne mit heftigstem Widerstand auflehnen.«⁶

⁶ Ebenda, S. 265.



Thomas MANN Anfang der zwanziger Jahre.

Und Thomas MANN faßt auf den letzten beiden Seiten seines Buches seine Haltung noch einmal zusammen und begründet sie mit dem Hinweis auf WIELAND: »Welches ist diese Welt (gegen die MANN ist und schreibt, H. W.)? Es ist die der Politik, der Demokratie; und daß ich mich gegen sie stellen, daß ich in diesem Kriege zu Deutschland - und nicht, wie der Zivilisationsliterat, zum Feinde - stehen mußte, diese Notwendigkeit geht für jeden Sehenden aus allem, was ich in fünfzehn Friedensjahren schrieb und fügte, klar hervor. Der Anschein aber, daß ich mit meinem Glauben, die Frage des Menschen sei nie und nimmer politisch, sondern nur seelisch-moralisch zu lösen, heute unter geistigen Deutschen allein stehe, kann eben nicht mehr als ein Anschein sein, er muß auf Täuschung beruhen. Die Legitimität solcher Anschauungs- und Gefühlsweise ist durch zu viele Äußerungen edler Geister erhärtet, die deutsch blieben, indem sie überaus deutsch waren. WIELAND war national im höchsten und geistigsten Sinn, als er es den ewigen Refrain aller seiner politischen Träume nannte, daß, solle es jemals besser um die Menschheit stehen, die Reform nicht bei den Regierungsformen und Konstitutionen, sondern bei den einzelnen Menschen anfangen müsse. Er war es ebenfalls, als er ausbrach in die Frage: >Welcher Deutsche, in dessen

Brust nur ein Funke von Nationalgefühl glimmt, kann den Gedanken ertragen, daß ein auswärtiges Volk sich anmaße, uns einen alle unsere häuslichen und bürgerlichen Verhältnisse zerstörenden politischen *Wahn glauben* mit den Waffen in der Hand *aufzudringen*, und zu eben der Zeit, da sie nichts als Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Weltbürgerschaft und allgemeine Verbrüderung im Munde führen, uns die abscheuliche Wahl vorlegen, ob wir entweder zu Verrätern an den Gesetzen unseres Vaterlandes, an unseren rechtmäßigen Regenten und an uns selbst und unsern Kindern werden, oder uns wie die verworfensten Sklaven behandeln lassen wollen?« Und er wußte, daß er nicht allein sei und keinen Verrat am Geiste begehe, als er die Reihe seiner Aufsätze über die Französische Revolution mit den Worten beschloß: »Ich werde nur mit dem Dasein aufhören, meinen seit mehr als fünfunddreißig Jahren öffentlich dargelegten Grundsätzen und Gesinnungen getreu, als Schriftsteller zu Beförderung alles dessen mitzuwirken, was ich für das allgemeine Beste der Menschheit halte; und eben darum werde ich, solange es nötig sein wird, allen unechten, verworrenen und schwindlichten Begriffen von Freiheit und Gleichheit, allen auf Anarchie, Aufruhr, gewaltsamen Umsturz der bürgerlichen Ordnung und Realisierung der neuen politischen Religion der Westfränkischen Demagogen abzweckenden oder auch (vielleicht wider die Absicht wohlmeinender sogenannter Demokraten) dazu führenden Maximen, Räsonnements, Deklamationen und Assoziationen, aus allen Kräften entgegen arbeiten; nicht zweifelnd, daß ich hierin *jeden echten deutschen Patrioten, Volksfreund und Weltbürger auf meiner Seite habe und behalten werde.*«⁷

⁷ Ebenda, S. 610 f.

Abschließend sei noch eine interessante Bemerkung des Schriftstellers zu einer heutigen Lebensfrage der Deutschen angeführt. Thomas MANN schrieb 1918 zum Geburtenrückgang und zu dessen Ursache:

»Über meine >kulturpolitische< Stellung weiß ich heute so ziemlich Bescheid: Sogar war es die Statistik, die mir Winke darüber erteilte. Sie lehrt, daß im Jahre 1876 (ein Jahr nach dem meiner eigenen Geburt) der Höchststand der Lebendgeburten auf 1000 Personen in Deutschland erreicht wurde. Er betrug 49,9. Es folgte bis zur Jahrhundertwende ein *langsamer* Geburtenrückgang, der indessen durch die Abnahme der Todesfälle reichlich wettgemacht wurde. Plötzlich, genau seit 1900, vollzieht sich im Laufe von 13 Jahren ein Absturz der Geburtenzahl von 35 auf 27 - ein Absturz, wie ihn, so versichert die Statistik, kein Kulturvolk in so kurzer Zeit erlebt hat. Dabei konnte durchaus nicht von eigentlicher Rassenverschlechterung die Rede sein. Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus traten zurück, die Hygiene schritt fort. Die Ursachen sind rein moralisch, oder, um es indifferent-wissenschaftlicher zu sagen, kulturpolitisch; sie liegen in der >Zivilisierung<, der im westlichen Sinne fortschrittlichen Entwicklung Deutschlands. In diesen Jahren, um es kurz zu sagen und auch auf die Spitze zu stellen, hat sich die deutsche Prosa verbessert; gleichzeitig drang die Anpreisung und Kenntnis der empfängnisverhütenden Mittel bis ins letzte Dorf.«⁸

⁸Ebenda, S. 606 f.

UNO 1996: Märchen von deutschen Massenvergewaltigungen

Die vor allem von der britischen Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg gegen die Deutschen erfundenen Märchen wurden bald nach Ende des Krieges als solche entlarvt,¹ und jeder Kundige wußte dann, daß ihnen keinerlei Tatsachen entsprochen hatten.

Dennoch feierten sie in der Umerziehung nach 1945 teilweise Auferstehung, wie sich an ihnen auch manche Erzeugnisse der alliierten Kriegspropaganda im Zweiten Weltkrieg ausgerichtet hatten.

Ein Beispiel dafür, daß diese unbegründeten Vorwürfe auch 80 Jahre nach ihrem Entstehen am Ende unseres sich so aufgeklärt dünkenden Jahrhunderts noch immer politisch ausgenutzt werden, gab 1996 eine UNO-Behörde: Der >UN-Economic and Social Councils eine Unterorganisation der Vereinten Nationen, brachte in einem Papier seiner Menschenrechtskommission zum Thema *Zeitgenössische Formen der Sklaverei vom 16. Juli 1996* die folgende, längst als Greuelmärchen entlarvte Geschichte, wobei der Einfachheit halber gleich für beide Weltkriege berichtet wird und die früher für Belgien erhobenen Vorwürfe verallgemeinert werden: »Während der deutschen Invasion in Belgien im Ersten Weltkrieg vergewaltigten deutsche Soldaten systematisch belgische Frauen, um die ganze Bevölkerung zu terrorisieren. Während des Zweiten Weltkrieges setzten deutsche Soldaten die Vergewaltigung als Terrorwaffe ein und als ein Mittel zur Demütigung und Auslöschung minderwertiger Völker< sowie zur Etablierung ihrer eigenen Herrenrasse.«²

Der sich an Frauen vergreifende deutsche Soldat war ein beliebtes Motiv von antideutschen Hetzzeichnungen im Ersten Weltkrieg. Hier ist es sogar der deutsche Kaiser persönlich, der im Bunde mit dem Teufel steht. Abgedruckt in: FZ, *Vorsicht Fälschung*, München 1991.



¹ Arthur PONSONBY, *Lügen in Kriegszeiten*, Verlag Georg Silke, Berlin 1930. Neuauflage unter dem Titel *Absichtliche Fügen in Kriegszeiten* im Buchkreis für Besinnung und Aufbau, Seeheim 1967; Otto VON STÜLPNAGEL, *Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen*, 1920.

Amerikanischer Originaltext: »During the German invasion of Belgium in the First World War, German Soldiers systematically raped Belgian women in order to terrorize the entire population. German soldiers used rape during the Second World War as a weapon of terror and as a means of obtaining the total humiliation and destruction of inferior peoples< and the establishment of their own master race.«

³ Susan BROWNMILLER, *Against our will: Man, women and rape*, Penguin, London 1977.

⁴ Vgl. Beiträge in: *Der Große Wendig*, Bd. 2: »Die Plünderung Freudenstadts«, »Französische Verbrechen in Stuttgart 1945«, »Französische Kriegsverbrechen«.

⁵ Zitiert in: *National-Zeitung*, Nr. 25, 17. 6. 1996, S. 9.

⁶ Birgit BECK, *Wehrmacht und sexuelle Gewalt. Sexualverbrechen vor deutschen Gerichten 1939-1945*, Ferdinand Schöningh, Paderborn 2004.

⁷ Johannes HÜRTER, »Keine Straffreiheit«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. 9. 2005, S. 8.

Die UNO-Organisation stützt sich bei dieser Falschmeldung auf ein Buch von Susan BROWNMILLER,³ weil offensichtlich keine historische Quelle für solch eine unberechtigte Aussage zu finden ist. Besonders raffiniert ist auch die durch keinen Beweis belegte und durch nichts gerechtfertigte Übertragung der Vorwürfe aus dem Ersten Weltkrieg auf den Zweiten Weltkrieg, wodurch der Anschein erweckt werden soll, als ob Vergewaltigung eine allgemeine Praxis der deutschen Wehrmacht gewesen sei. Genau das Gegenteil war an allen Fronten in beiden Kriegen der Fall: Bekannt gewordene Fälle von Vergewaltigung durch Wehrmachtangehörige wurden von der deutschen Truppenführung schwer bestraft. Zu deutlich ist für den Kenner, daß von den Verbrechen der Alliierten, die Massenvergewaltigungen in Deutschland und anderenorts⁴ begingen, abgelenkt und den sich im allgemeinen nicht verteidigenden Deutschen neue Schuld aufgebürdet werden soll.

Gewerkschaftskreise unterstützen leider die alliierte Greuelpropaganda. So stand in *Einigkeit*, der Zeitschrift der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, folgende Ungeheuerlichkeit,⁵ zugleich eine Entschuldigung der Greuel der Roten Armee 1945: »Im Ersten Weltkrieg gehörten Vergewaltigungen zu den Terrorismethoden der deutschen Truppen in Belgien. Mit Vergewaltigungen rächte sich auch die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg auf dem Wege nach Berlin, die Deutschen hatten zuvor polnische und russische Frauen massenhaft sexuell mißhandelt.«

Eine ausführlich begründete Richtigstellung der fälschlicherweise gegen die Deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg erhobenen Vorwürfe von Vergewaltigungspraxis bringt eine Studie von Birgit BECK,⁶ nach der die deutschen Soldaten sich vorteilhaft von den Alliierten, insbesondere von den Sowjets, abhoben.

In einer ausführlichen Besprechung dieses Buches heißt es: »Auch an der Ostfront gab es keine generelle Straffreiheit für Sexualtäter. Selbst dort wurden immer wieder hohe Strafen ausgesprochen, teilweise sogar ausschließlich aufgrund der Aussagen einheimischer Opfer oder Zeugen. Die Folgerungen BECKS sind vorsichtig, zeigen aber in eine eindeutige Richtung. Erstens: Auch wenn die sanktionierten Fälle nur einen Bruchteil der tatsächlich erfolgten Verbrechen darstellten, weist bisher nichts darauf hin, daß die Sexualverbrechen der Wehrmacht jemals die quantitative Dimension der Massenvergewaltigungen durch die japanischen Truppen in China oder die Rote Armee in Deutschland erreicht hätten. Zweitens: Auch wenn die Wehrmacht sexuelle Gewalt nicht nur bestrafte, sondern häufig bagatellierte und teilweise duldete, fehlt bisher jeder Nachweis dafür, daß die deutsche Seite sexuelle Übergriffe als Kriegsmittel akzeptierte oder sogar bewußt als Kriegsstrategie eingesetzt hätte.«⁷

Das unterstreicht andere Urteile, denen zufolge die deutschen Soldaten sich am diszipliniertesten von allen am Zweiten Weltkrieg beteiligten Kämpfern verhalten haben.

Zweimal Compiègne - 1918 und 1940

Im Walde von Réthondes bei Compiègne wurden in diesem Jahrhundert zwei folgenreiche Waffenstillstände abgeschlossen: 1918 bat das noch weit in Feindesland stehende Deutschland aufgrund alliierter Versprechungen (WILSONS 14 Punkte u. a.) um Waffenstillstand, um einen sinnlosen Krieg nicht weiter zu verlängern; 1940 mußte das völlig geschlagene und weithin besetzte Frankreich um Waffenstillstand bei Deutschland nachsuchen.

Bezeichnend sind die Unterschiede im äußeren Ablauf der Unterzeichnungen. Sie sagen sehr viel, insbesondere über den jeweiligen Geist des Siegers, aus.

Am 9. November 1918 war die deutsche Waffenstillstandsdelegation unter Matthias ERZBERGER gegen sieben Uhr morgens im Zug auf der Waldlichtung angekommen. Ihr wurde bedeutet, daß sie pünktlich um neun Uhr in dem Speisewagen des schon in Sichtweite auf einem Nachbargleis haltenden Zuges von General FOCH sich einfinden sollte. Sie mußte also zwei Stunden warten. Als sie dann dorthin kam, erfolgte keine Begrüßung, »man tauschte stumm einige steife Verbeugungen«, ein »feindseliger Empfang«. Dann erst kam Marschall FOCH. Nach wenigen Fragen zur Sache wurden die Bedingungen verlesen, der Annahmetermin mitgeteilt. »Dann verließ FOCH schweigend und ohne Gruß den Speisewagen« - ließ die Deutschen zurück ohne



Die Unterzeichnung des bedingungslosen Waffenstillstands vom 11. November 1918 im berühmten Eisenbahnwagen im Wald von Compiègne. In der Mitte: Matthias ERZBERGER (Reichstagsabgeordneter des Zentrums); rechts: General Ferdinand FOCH, Oberbefehlshaber der Alliierten. Aus: *Was geschah am?*, Harenberg, Dortmund 1996.

jedes teilnehmende Wort, ohne jede persönliche Regung. Ähnlich frostig und für die Deutschen demütigend verlief die eigentliche Unterzeichnung am 11. November am selben Ort: Als nach der Abzeichnung der Dokumente ERZBERGER noch einmal ums Wort gebeten und einen Protest verlesen hatte, antwortete FOCH »daraufhin nichts als >Tres bien< und verließ, wiederum ohne Handschlag, den Waggon.«¹

An dem Ort wurden dann eine Statue von Marschall FOCH² aufgestellt, ein Stein mit einem gestürzten deutschen Adler und der geschichtsfälschenden Inschrift: »Hier zerbrach am 11. 11. 1918 der verbrecherische Stolz des deutschen Reiches, besiegt durch die freien Völker, die es sich zu unterjochen anmaßte.«³ 1927 wurde der historische Speisewagen, der »Waggon lit Nr. 2419 D« in einem eigens dafür gebauten Museumsschuppen auf der Waldlichtung untergebracht.

Das Furchtbare an dem Waffenstillstand, der eine einseitige Entwaffnung Deutschlands bedeutete, war nicht nur die kalte und feindliche Atmosphäre, in der die Besprechungen stattgefunden haben. Die Bedingungen des Waffenstillstandes waren ungeheuerlich. So mußten Belgien, Frankreich und

¹ Eine ausführliche Schilderung liefert Henning SCHLÜTER, »Das volle Ausmaß der Erniedrigung«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 259, vom 6. November 1993, auf einer ganzen Seite. Allerdings stimmen dabei manche Einzelheiten nicht: FOCH war 1918 nicht 77, sondern 67 Jahre alt; Leon BLUM war nicht Kommunist, sondern Sozialist; nicht er verurteilte und begnadigte PÉTAINE 1945, sondern ein Militärgericht bzw. DE GAULLE; nicht die »Dicke Berta« (ohne h) beschoß Paris, sondern das Paris-Geschütz; 1940 war PÉTAINE nicht bei der französischen Delegation in Compiègne, konnte deswegen auch nicht von HITLER gezwungen werden, auf ERZBERGERS Stuhl Platz zu nehmen! 1918 bestanden die Züge der beiden Delegationen nicht aus je drei, sondern aus zehn Wagen.

Ursprünglich sollte 1918 General VON GÜNDELL Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission werden. Er eignete sich dazu, wegen seiner perfekten Beherrschung der französischen Sprache, seines Auftretens und seiner Übung im Verkehr mit französischen Offizieren. ERZBERGER riß jedoch den Vorsitz der Waffenstillstandskommission an sich. Unter Zustimmung des Prinzen Max VON BADEN strich er auf der Liste den Namen des Generals VON GÜNDELL aus und setzte seinen eigenen Namen an dessen Stelle. (General Erich VON GÜNDELL, *Aus seinen Tagebüchern*, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1930, S. 311)

²Ferdinand FOCH, 1851-1929, französischer Marschall, Armeeführer in der Marne-schlacht 1914, Sommeschlacht 1916, ab 1917 Generalstabschef, ab 1918 Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Frankreich, wollte in Versailles eine dauernde Besetzung des linken Rheinufer durchsetzen. FOCH hatte kurz vor dem Waffenstillstand 1918 erklärt: »Der Friede, den Frankreich braucht, kann erst nach völliger Vernichtung und Zertrümmerung Deutschlands geschlossen werden.« (in: Thomas TEUPITZ, Anmerkung 3)

³ Thomas TEUPITZ, »Für den Premierminister war es die falsche Stunde«, in: *Die Welt*, 13. 11. 1993.

Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen von den Deutschen geräumt werden. Der Waffenstillstand dauerte 36 Tage und beinhaltete 34 Artikel. Abzugeben waren von Deutschland u. a. 5000 Kanonen, davon 2500 schwere, 25 000 Maschinengewehre, 1700 Flugzeuge, 150000 Eisenbahnwaggons. Die Hungerblockade blieb bestehen. Deutsche Schiffe durften weiterhin gekapert werden. Die alliierten Kriegsgefangenen waren ohne Gegenseitigkeit zurückzugeben. Die sofortige Auslieferung sämtlicher U-Boote und vieler Großkampfschiffe hatte zu erfolgen. Es wurde vieles vorweggenommen, was im allgemeinen in einem Friedensvertrag geregelt wird.

Ganz anders verlief der 21. Juni 1940 an diesem Ort.⁴ Frankreich hatte in militärisch aussichtsloser Lage, und fast schon ganz besetzt, um Waffenstillstand nachgesucht. Als die französischen Militärs unter Führung General HUNTZIGERS (etwas verspätet) eintreffen, erwartet sie vor dem Speisewagen eine angetretene deutsche Ehrenkompanie. HITLER ist selbst erschienen, hat aber im Wagen gewartet, bis die Franzosen eintreffen, steigt dann sofort aus und bittet gleich die Franzosen, in den Speisewagen zu kommen. Als diese eintreten, erheben sich die anwesenden Deutschen: HITLER, GÖRING, HESS, RAEDER, RIBBENTROP, KEITEL, und weitere Generale grüßen. RAEDER und GÖRING salutieren mit ihren Marschallstäben.

Dann verliest KEITEL eine Erklärung, in der an den November 1918 und daran erinnert wird, daß Frankreich und England am 3. September 1939 ohne eigentlichen Grund Deutschland den Krieg erklärt hätten. Danach heißt es weiter in KEITELS Erklärung: »Wenn zur Entgegennahme der Bedingun-

⁴ Wortlaut u. a. in: Luise JODL, *Jenseits des Endes. Leben und Sterben des Generaloberst Alfred Jodl*, Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1976, S. 43; Christian ZENTNER u. Friedemann BEDÜRFTIG, *Das große Lexikon des Zweiten Weltkrieges*, Südwest, München 1988, S. 127.



Die Waffenstillstandsverhandlungen am 21. Juni 1940 im berühmt-berüchtigten Eisenbahnwagen von Compiègne. KEITEL verliest die Präambel des deutsch-französischen Waffenstillstandsabkommens. HITLER gegenüber sitzt der Leiter der französischen Delegation, General Charles HUNTZIGER.

gen der historische Wald von Compiègne bestimmt wurde, dann geschah es, um durch diesen Akt einer wiedergutmachenden Gerechtigkeit - einmal für immer - eine Erinnerung zu löschen, die für ganz Frankreich kein Ruhmesblatt der Geschichte war, vom deutschen Volk aber als tiefste Schande aller Zeiten empfunden wurde. Frankreich ist nach einem heroischen Widerstand in einer blutigen Schlachtenfolge besiegt worden und zusammengebrochen. Deutschland beabsichtigt daher nicht, den Waffenstillstandsbedingungen oder **-Verhandlungen** die Charakterzüge von Schmähungen gegenüber einem so tapferen Gegner zu geben. Der Zweck der deutschen Forderungen ist es, erstens eine Wiederaufnahme des Kampfes zu verhindern, zweitens Deutschland alle Sicherheiten zu bieten für die ihm aufgezwungene Weiterführung des Kampfes gegen England und drittens die Voraussetzungen zu schaffen für die Gestaltung eines neuen Friedens.«

Nach dem anschließenden Verlesen der Bedingungen händigt HITLER persönlich jedem Delegierten ein Exemplar der Bedingungen aus, erhebt sich dann, grüßt, wobei er jeden Delegierten nacheinander ansieht, und verläßt mit seinem Gefolge den Wagen.¹

Unmittelbar vor der eigentlichen Unterzeichnung am 22. Juni 1940 erklärt General KEITEL als Leiter der deutschen Delegation den Franzosen: »Es ist ehrenvoll für einen Sieger, einen Besiegten zu ehren. Es drängt mich, der Tapferkeit des französischen Soldaten Tribut zu zollen. Ich bitte um eine Minute des Schweigens zum Gedächtnis derer, die auf beiden Seiten ihr Blut für ihr Vaterland vergossen haben.« Alle erheben sich und schweigen zu Ehren der Gefallenen beider Völker. Dann wird unterzeichnet. Die Teilnehmer erheben sich und salutieren.

KEITEL äußert darauf den Wunsch, mit General HUNTZIGER noch unter vier Augen zu sprechen. Alle anderen verlassen den Waggon. KEITEL erklärt dann: »Herr General, als Soldat kann ich mitfühlen, was Sie haben erdulden müssen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen meine tiefe Hochachtung für die Art auszusprechen, mit der Sie die Interessen Ihres Landes bis zum letzten zu verteidigen gewußt haben, und Sie meiner vollen Sympathie als Soldat zu versichern.«

Danach streckt KEITEL HUNTZIGER die Hand hin.

Dieser antwortet: »Danke, Herr General. Verzeihen Sie, daß ich nicht mehr sagen kann.«

Man vergleiche diese ehrenvolle Behandlung des Besiegten mit der von 1918 oder mit der vom Mai 1945, mit dem eisigen Ton der Amerikaner in Reims und der Russen in Berlin gegenüber den Deutschen.

¹ Eine ausführliche Schilderung liefert der Franzose Jacques BENOIST-MECHIN, *Der Himmel stürzt ein*, Droste, Düsseldorf 1958, S. 464 f. u. 480. Die nachfolgend angegebenen Zitate entstammen diesem Buch.

Folgende Einzelheiten sind in diesem Zusammenhang nicht unwesentlich: Der Stein auf der Lichtung von Compiègne mit der geschichtsfälschenden Aussage wurde von den Deutschen nicht etwa vor der Zeremonie vom Juni 1940 zerstört, er wurde mit einer Reichsflagge verhängt. Später wunderte sich sogar Frau JODL bei einem Besuch, daß er noch mit seiner Inschrift vorhanden war.² Ebenso blieb die Statue FOCHS unangetastet.

Deutsche Militärs erwarteten eine große Parade nach Ende des Frankreichfeldzuges, am liebsten sogar in Paris. Generaloberst Lothar RENDULIC schreibt dazu in seinen Erinnerungen:³ »Doch HITLER lehnte sie ab (die Parade). Nur für kleine Geister bedeutet die Demütigung des überwundenen Gegners eine Steigerung des Triumphes. Dabei muß ich an die Geschmacklosigkeit DE GAULLES denken, der am 9. Mai 1965, dem zwanzigsten Jahrestag des Waffenstillstandes, der den Zweiten Weltkrieg beendete, die größte Siegesparade abhielt, die jemals in Frankreich stattfand. Abgesehen von dem freundschaftlichen Verhältnis zu Deutschland, muß dies um so unverständlicher erscheinen, als Frankreich nur einen ganz geringen Anteil an dem Sieg über Deutschland hatte und die Freiheit seines Landes den Amerikanern, Engländern und Russen verdankt.«

Der französische Delegationsführer General HUNTZIGER soll 1940 im Telefongespräch von Compiègne aus zu seiner Regierung nach Bordeaux über die deutschen Bedingungen der Kapitulation als zusammenfassendes Urteil gesagt haben: »Sie sind hart, aber sie enthalten nichts gegen die Ehre.«⁴ Das war in Compiègne 1918 und Versailles 1919 ganz anders, mit ein wesentlicher Grund für die Entwicklung bis hin zum Zweiten Weltkrieg.



20. Juni 1940, im Wald von Compiègne. Der Salonwagen, in dem Ferdinand FOCH mit seiner Unterschrift den Ersten Weltkrieg beendet hatte, wird aus der Gedächtnishalle gerollt. Aus: Janusz PIEKALKIEWICZ, *Ziel Paris*, Augsburg 1998.

²Luise JODL, aaO. (Anm. 4), S. 43.

³Lothar RENDULIC, *Soldat in stürmenden Reichen*, Bamm, München 1965, S. 234 f.

⁴Dr. Georg MITTERMAIER im Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. 11. 1993.

Greuel der tschechischen Legion

Im Ersten Weltkrieg hatten sich aus Überläufern, Kriegsgefangenen und Exiltschechen die Tschechischen Legionen auf Seiten der Alliierten gebildet. Nach Kriegsende kämpfte die Tschechische Legion in Rußland gegen den Bolschewismus, beschlagnahmte zeitweise die Transsibirische Eisenbahn und zog plündernd durch Sibirien bis Wladiwostok.¹ Dabei verübte sie neben zahlreichen Plünderungen und dem Raub großer Mengen russischen Goldes viele Grausamkeiten, vor allem an kriegsgefangenen Deutschen und Volksdeutschen. Ein Beispiel sei herausgegriffen: die Ermordung der sudetendeutschen Musikanten in Chabarowsk im Herbst 1918.²

Als Anfang Oktober 1918 Kosaken die Bolschewisten aus der russischen Stadt Chabarowsk an der Mündung des Ussuris in den Amur vertrieben hatten, waren mit ihnen auch tschechische Legionäre in den Ort gekommen. Ein Angehöriger dieser Einheit mit Namen JULINEK war dann Kommandeur. Unter dessen Beteiligung wurden eines Tages die sudetendeutschen Musiker der Kapelle von Josef PARISER aus Brünn von den auf sie einschlagenden Tschechen durch die Straßen der Stadt gejagt. Versuche von Russen, für die Musiker einzutreten und darauf hinzuweisen, daß diese nur für das Rote Kreuz im Cafe >Teetasse< üblicherweise gespielt hätten, wurden von den Tschechen unter Drohungen zurückgewiesen. Die Deutschen wurden bis zum Amur vor der Stadt getrieben und mußten sich unter dem dort befindlichen Denkmal des Grafen Murawjew AMURSKI aufstellen. Hier wurden sie von dem tschechischen Anführer JULINEK gefragt, ob sie Tschechen werden wollten. Als sie dies ablehnten, gab JULINEK Befehl zum Schießen, und alle Musiker wurden erschossen. Die nicht sofort tot waren, wurden mit Bajonetten erstochen. Die Leichen der so Ermordeten wurden dann in den Amur geworfen.

Die Angaben eines entsprechenden Augenzeugenberichtes wurden durch Schilderungen von Mitgliedern der sudetendeutschen Kapelle, die durch reinen Zufall dem Blutbad entkamen, sowie Angaben von Witwen der Ermordeten bestätigt.³

Angehörige der tschechischen Legion taten sich ab 1919 auch bei den Mißhandlungen Deutscher in dem der neugegründeten Tschecho-Slowakei zuge schlagenen Sudetenland hervor.

¹Margarete KLANTE, *Von der Wolga zum Amur*, Ost-Europa, Berlin-Königsberg 1931; G. THUNIG-NITTNER, *Die tschechische Legion in Rußland*, Diss., Mainz 1970; Konstantin W. SAKHAROW, *Die tschechischen Legionen in Sibirien*, Hendriock, Berlin 1936.

²SAKHAROW, ebenda, S. 102.

³ Ebenda, S. 103.

Verfälschung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk 1918

In dem Schulbuch *Geschichtliche Weltkunde* (Bd. 3)¹ wird der deutsch-russische Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom März 1918 im Fettdruck als »Gewaltfrieden im Osten« hervorgehoben.² Dagegen wird das »Friedensdiktat von Versailles« von 1919 nur ganz harmlos als »Vertrag« bezeichnet. Damit wird hinterhältig der Eindruck erweckt, daß wir Deutsche wieder einmal recht brutal gehandelt hätten, im Gegensatz zu den angeblich viel korrekteren und menschlicheren Siegern des Ersten Weltkrieges.

Natürlich erfährt der Schüler in diesem Buch nicht, daß Verträge immer zwischen mindestens zwei Parteien abgeschlossen werden. Die deutsche Regierung aber wurde an den Verhandlungen in Versailles 1919 überhaupt nicht beteiligt, und ihre Vertreter wurden hinter Hotelmauern und Stacheldraht isoliert. Ein Mitglied der US-Delegation von 1918/19, John FOSTER DULLES, der spätere Außenminister der USA, bezeugte: »Ich erinnere mich lebhaft, wie dort die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation in ein mit Stacheldraht eingefabtes Gehege verwiesen wurden, den Blicken wie Tiere in einem zoologischen Garten ausgesetzt und ihnen jede persönliche Berührung mit alliierten Delegierten versagend.«³

Dergleichen erfahren deutsche Schüler im oben genannten Geschichtsbuch natürlich nicht, vielmehr wird das deutsche Handeln abstoßend dargestellt, während die Gegner als Muster der Korrektheit beschrieben werden.

Was aber wurde in dem »Gewaltfrieden« von Brest-Litowsk vereinbart? Neben einer erst später vereinbarten Kriegsentschädigung sollten Litauen,

Geschichtliche Weltkunde, Bd. 3, Diesterweg, Frankfurt/M.-Berlin-München, 2. Auflage.

² Auch in dem von der Bundeszentrale für politische Bildung 1990 herausgegebenen Buch für Lehrer: Helmut M. MÜLLER, *Schlaglichter der deutschen Geschichte* ist von »der Gewaltfriede von Brest-Litowsk« die Rede, und zwar in Kapitel 8, S. 220.

³ Hermann LUTZ, *Verbrechervolk im Herzen Europas*, Tübingen 1959, S. 43.



Ankunft der russischen Delegation in Brest-Litowsk zur Unterzeichnung des Vertrags.

Unterzeichnung des
Vertrags von Brest-
Litowsk durch den deut-
schen Staatssekretär
Richard VON KÜHLMANN
am 3. März 1918.



Estland und Lettland souverän werden, desgleichen Finnland, Polen, Georgien und die Ukraine. Bestimmte Gebiete im Kaukasus mußten an die Türkei zurückgegeben werden. Dies entsprach im wesentlichen den Forderungen des US-Präsidenten Woodrow WILSON nach Selbstbestimmung der Völker, denn alle diese Völkerschaften wollten sich vom russischen Joch befreien. Den sechs Milliarden Mark stehen aber die Forderung der westlichen Sieger in Versailles an Deutschland mit 132 Milliarden gegenüber.

Über den sogenannten >Gewaltfrieden< urteilte Wladimir Iljitsch ULJANOW (LENIN): »Ihr wißt, daß die alliierten Imperialisten - Frankreich, England, Amerika und Japan - nach der Vernichtung Deutschlands den Versailler Vertrag geschlossen haben, der jedenfalls viel brutaler ist als der berüchtigte Vertrag von Brest, der so viel Geschrei auslöste.«¹

In deutschen Schulbüchern werden die Schüler belehrt, daß HITLER die Bolschewiken, die bereits Millionen ihrer Landsleute umgebracht hatten, als »Untermenschen« angesehen hat. Dagegen erfahren sie nicht, daß diese Bezeichnung von Winston CHURCHILL stammt, der 1919 von der russischen »Doktrin des Untermenschen« gesprochen und den Bolschewismus als »Krankheit« und »Seuche« bezeichnet hat.² Am 25. Juli 1919 hat der Londoner *Daily Herald* aus einer Rede CHURCHILLS zitiert, die Bolschewisten hätten ihre Reden »mit dem grausamsten und niederträchtigsten Auftreten verbunden, das es jemals unter Menschen gegeben hat, und mit Taten, die der Steinzeit und den Hottentotten Zentral-Afrikas zur Schande gereichen würden.«³

¹ Ebenda, S. 88.

² Dietrich AIGNER, *Winston Churchill. Ruhm und Legende*, Musterschmidt, Göttingen 1975, S. 73.

³ Winston CHURCHILL, *Mein Bundesgenosse*, Berlin 1942, S. 10.

Daraus ergibt sich, daß der sogenannte >Gewaltfriede< von Brest-Litowsk die oben genannten befreiten Völker vor der »grausamsten und niederträchtigsten« Gewalt bewahrt hat.

Am 11. Januar 1919 erklärte CHURCHILL im Aldwych-Club: »Von allen Tyranneien der Geschichte ist die der Bolschewisten die schlimmste, die vernichtendste, die erniedrigendste.«⁷

Was den Friedensvertrag von Versailles betrifft, so erfahren die deutschen Schüler in ihren Geschichtsbüchern natürlich auch nichts davon, daß der Aachener Karlspreisträger Winston CHURCHILL schon 1915 dem Pariser *Matin* erklärt hatte, man werde die »bedingungslose Kapitulation« Deutschlands erzwingen, indem man es so lange an der Kehle würgen, bis sein Herz aussetze!⁸

Auch weiß das Schulbuch nichts über die Rolle des Kriegstreibers CHURCHILL bei Kriegsausbruch 1914 zu berichten: Als das britische Kabinett am 1. August zusammentrat, stand es kurz vor dem Zerwürfnis: CHURCHILL forderte die sofortige Mobilmachung. Jetzt war LLOYD GEORGE das Zünglein an der Waage, und Winston wandte alle Beredsamkeit an, um ihn für den Krieg zu gewinnen. Endlich, am Abend des 2. August, sprach sich LLOYD GEORGE für das militärische Eingreifen aus. Damit war ein verheerender Weltkrieg beschlossene Sache, die Urkatastrophe Europas.

Nach der Kapitulation wurde Deutschland erbarmungslos weiter an der Kehle gewürgt: Wegen der fortgesetzten Hungerblockade (siehe Beitrag Nr. 44) verloren bis zum Waffenstillstand 800000 Menschen ihr Leben. Danach nahm im Deutschen Reich »die Kindersterblichkeit um 30 Prozent und die Sterblichkeit der Menschen über 70 Jahre um 33 Prozent« zu.⁹

Der britische Premier David LLOYD GEORGE verlas am 8. März 1919 - also vier Monate nach der Entwaffnung - aus einem Bericht: »Die [deutschen, H. M.) Fischereiflotten, die ein paar Heringe hätten fangen wollen, wären sogar am Auslaufen verhindert worden!«¹⁰

Über die Gründe der unmenschlichen Haltung gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung sprach CHURCHILL offen vor dem Unterhaus: »Wir halten unsere Zwangsmittel in vollem Umfang aufrecht, sie sind ständig im Einsatz oder zu sofortigem Einsatz bereit. Die Blockade führen wir energisch durch... Deutschland steht am Rande einer Hungersnot. Unsere Berichte zeigen zweitens die große Gefahr eines Zusammenbruches der gesamten Struktur des sozialen und nationalen Lebens unter dem Druck des Hungers und der Unterernährung. Nun ist der Augenblick einer Regelung gekommen.«¹¹

Offensichtlich vertreten die Schulbuchbehörden die Ansicht, nach der sich die abhängigen Hofhistoriker richten müssen, der mit dem millionenfachen Hungertod erpreßte >Friede< wäre kein >Gewaltfriede<. Hans Meiser

⁷ Emrys HUGHES, *Churchill. Ein Mann in seinem Widerspruch*, Schlichtenmayer, Tübingen 1959, S. 93.

⁸ AIGNER, aaO. (Anm. 5), S. 64.

⁹ Herbert HOOVER, *Memoiren*, Mainz 1951, Bd. I, S. 302.

¹⁰ HOOVER, ebenda, S. 307 f.

¹¹Ebenda, S. 305 F

Das Diktat von Versailles im Urteil von Zeitgenossen

Das Diktat von Versailles mit seinen 440 Artikeln ist sicher das größte politische Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Es wurde ein >Frieden< unter Verlängerung der Hungerblockade und mit Androhung des militärischen Einmarsches den von den Verhandlungen ausgeschlossenen Besiegten diktiert, wie er ohne Beispiel in der neueren Geschichte (bis dahin) war.

Der Text des Diktats wurde am 7. Mai 1919 - dem Jahrestag der Versenkung der >Lusitania< - den deutschen Vertretern übergeben. Zu der Zeit tagte noch die deutsche Nationalversammlung in Weimar. Gustav STRESEMANN (1878-1929) erklärte damals: »Der Vertrag (STRESEMANN nannte das Diktat tatsächlich einen Vertrag!) entehrt nicht die Besiegten, er entehrt nur die Sieger.«

Ministerpräsident Philipp SCHEIDEMANN (SPD) (1865-1939) nannte auf einer Sondertagung der Nationalversammlung am 12. Mai 1919 in Berlin die Bedingungen unerträglich und unerfüllbar und rief aus: »Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt.« Aus Protest trat er von seinem Amt als Regierungschef zurück.

Konstantin FEHRENBACH (Zentrum) (1852-1926), Präsident der Nationalversammlung, erklärte: »Dieser Vertrag ist die Verewigung des Krieges. Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwaschen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt ist. .. Memores estote, inimici, ex ossibus ultor« (Denkt daran, Feinde, aus unseren Gebeinen wird ein Rächer erstehen).

Der >Vertrag< von Versailles ist soeben unterzeichnet worden. Die Delegationsführer wenden sich an die jubelnde Menge.



Der damalige Reichspräsident Friedrich EBERT (SPD) (1871-1925) urteilte am 15. Mai 1919: »Niemand darf ein Volk von siebzig Millionen sich solch schmachvolle Bedingungen gefallen lassen.«

Es ist erstaunlich, wie in heutigen deutschen Geschichtsbüchern die Umstände um den Diktatfrieden und sein Inhalt durch Weglassen wichtiger Tatsachen verfälscht werden.¹ Vom deutschen Protest, von der Verlängerung der Hungerblockade, von der Einmarschdrohung und dem Ultimatum der Alliierten ist nicht die Rede.² Die Kriegsschuldfrage wird gar nicht erwähnt oder verharmlost: »... die im Artikel 231 des Versailler Vertrags formulierte These von der Alleinschuld Deutschlands und seiner Verbündeten am Ausbruch des Ersten Weltkrieges erschien den meisten Deutschen ungerecht. Bald nutzten die entstehenden nationalistischen Bewegungen dies, um die unzufriedene Bevölkerung politisch aufzuwiegen.«³

Daß Versailles den Zweiten Weltkrieg programmierte, davon ist mit keinem Wort die Rede. Im *Jugendlexikon Nationalsozialismus* von 1982 ist zu lesen:⁴ »Versailler Diktat war ein Schmähwort der antidemokratischen Kräfte in Deutschland für den Friedensvertrag von Versailles. ...« Diese Darstellung würde in einem Rechtsstaat den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen.

Nach der Unterzeichnung des Diktats schrieb der französische Diplomat Paul CAMBON⁵ (1843-1924) an seinen Sohn: »Jetzt ist der Friede also unterzeichnet. Mir kommt er vor wie ein Haufen Sprengkörper, die eines Tages in allen Teilen der Welt losgehen.«

1932 schrieb Theodor HEUSS ein Buch über HITLER.⁶ Er beschäftigte sich dabei auch mit Versailles und dem Aufstieg der NSDAP und schrieb: »Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.«⁷ Er hatte klar erkannt, daß sich der Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des Versailler Diktats eine organisatorische Form geben mußte.

¹ Hans-Erich MAGER (Bearbeiter), *Spiegel der Zeiten*, Bd. 3, Lehr- und Arbeitsbuch für den Geschichtsunterricht, Moritz Diesterweg, Frankfurt/M.-Berlin-München, 1975.

² Ebenda und ebenso in: *Grundriß der Geschichte für die Oberstufe der Höheren Schulen III von 1850 bis zur Gegenwart*, Ernst Klett, Stuttgart 1972.

³ Ebenda, S. 17.

⁴ Hilde KAMMER u. Elisabeth BARTSCH, *Jugendlexikon vom Nationalsozialismus*, Rowohlt, Reinbek 1982.

⁵ Paul CAMBON war ein bedeutender französischer Diplomat und 1898 bis 1920 Botschafter in London. Sein Bruder Jules CAMBON war französischer Botschafter in Berlin von 1907 bis 1914. Unter dem Datum des 29. Juni 1919 schrieb Paul CAMBON an seinen Sohn. Paul CAMBON, *Correspondance 1870-1924*, Edition Bernard Grasset, Paris 1940, Teil H, S. 341.

⁶ Theodor HEUSS, *Hitlers Weg*, eine Schrift aus dem Jahre 1932, neu herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Eberhard JÄCKEL, Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1968.

⁷ Ebenda

Erstaunlich ist die Darstellung LENINS, die er auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 19. Juni 1920 über Versailles gegeben hat: »Der Krieg hat ihnen [gemeint sind die besiegten Völker, H. W.] durch den Versailler Vertrag Bedingungen auferlegt, die diesen fortgeschrittenen Völkern koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit brachten... Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe besiegter Länder Verhältnisse geschaffen, unter denen eine wirtschaftliche Existenz materiell unmöglich ist, Verhältnisse völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung!«¹

Der englische Volkswirt John Maynard KEYNES (1883-1946) hat in einem Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensdiktats dargelegt, daß Europa und die ganze Welt durch die Versailler Bestimmungen zum Bankrott getrieben werden.²

Der berühmte deutsche Historiker Hans DELBRÜCK (1848-1929) schrieb: »Dieser Friede, den sie uns auferlegen, hat keinerlei Kennzeichen des neuen Zeitalters, sondern ist der Gewaltfriede alter und ältester Art, der nicht einen, sondern hundert neue Kriege im Bauche trägt.«³

Harold NICHOLSON, als Berater des britischen Außenministers Teilnehmer an der Versailler Konferenz, sagte später über die demütigende Unterzeichnung durch die deutschen Vertreter, bei der er anwesend war: »Das Ganze ist zu widerlich gewesen.«³

Marschall Jan Christiaan SMUTS (1870-1950), als damaliger südafrikanischer Ministerpräsident und Vertreter seines Landes in Versailles, urteilte im Rückblick über die Konferenz: »Was wir hier getan haben, ist schlimm, ja schlimmer als der Wiener Kongreß! Jene Staatschefs aus dem Jahre 1815 wußten wenigstens, worum es ging; diese wissen es indessen nicht.«⁴ In seinem Buch über Versailles hat LEON DEGRELLE (1906-1994) eine große Zahl weiterer Stellungnahmen führender Staatsmänner und Historiker zu Versailles angeführt.⁵

Sogar der BONHOEFFER-Kreis in Freiburg i. Br. hielt es für wichtig, in einer Denkschrift⁶ zu erwähnen, daß der französische Wirtschaftler und Poli-

¹ *Der Vertrag von Versailles*, mit Beiträgen von Sebastian HAFFNER, Gregory BATESON u. a.; Ullstein Zeitgeschichte Nr. 33090, Ullstein, Berlin 1988, S. 378 ff.

² Hans DELBRÜCK, *Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902-1925*, Otto Stollberg Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1926; dort S. 406-416 der berühmte Aufsatz »Frieden«.

³ Wie Anmerkung 8, S. 114.

⁴ Leon DEGRELLE, *Hitler - geboren in Versailles*, Grabert, Tübingen 1992, S. 110.

⁵ Ebenda an vielen Stellen

⁶ *In der Stunde Null*, Denkschrift des Freiburger BONHOEFFER-Kreises, eingeleitet von Helmut THIELICKE, mit einem Nachwort von Philipp VON BISMARCK, J. C. B. Mohr, Tübingen 1979.

tologe Bertrand DE JOUVENEL in seiner Schrift *Après la défaite* festgehalten hat, wie er als Knabe im Schloßhof von Versailles die Vertreter Deutschlands wie gefangene Tiere hinter Gittern und Stacheldraht auf- und abgehen sah in Erwartung des Boten, der sie zum Erscheinen vor dem Tribunal der »alliierten und assoziierten Mächte« rufen sollte.

Bezeichnend für unsere Zeit ist ein Aufsatz unter dem Titel »Versailles und Nürnberg« von K. J. JANSSEN aus dem Jahre 1987.⁷ Darin findet sich nicht nur die ungeheure Bemerkung, daß Nürnberg ein streng rechtsstaatliches Verfahren gewesen sei - die letztmögliche Verhöhnung des Rechts schlechthin! JANSSEN rechtfertigt auch den berüchtigten Artikel 227 des Versailler Diktats, der Kaiser WILHELM II. der schwersten »Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge« anklagt. Was die internationale Moral ist, weiß man nicht so genau, aber seit 1945 haben die Deutschen kennenlernen müssen - bis hin zum Golfkrieg -, was das ist. 1919 scheiterte die Auslieferung und Verurteilung WILHELMS II. nur an der standhaften Haltung der niederländischen Königin.

Eine der albernsten Schwätzereien erlaubt sich JANSSEN bei der Behandlung des folgenschweren Artikels 231 des Diktats, der Lüge von der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg. Er zitiert den jungen Historiker Jörg FISCHER,⁸ der uns weismachen will, daß die besondere Niederträchtigkeit dieses Artikels, wie sie damals alle Deutschen empfanden, durch ungenaue oder ungeschickte Übersetzung zustande gekommen sei. Man lese als Ergänzung nur die Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919 über Deutschlands Schuld.

Über Kurt EISNER (1867-1919), den kommunistischen Anführer der Münchener Räterepublik 1918/19⁹ und heimtückischen Fälscher, schreibt JANSSEN, er habe ein paar Gesandtschaftsberichte veröffentlicht, um durch »unbedingte Wahrheitsliebe« Vertrauen bei den Alliierten zu stiften. Das ist genau so eine Verkehrung der Geschichte wie JANSSENS ohne jede Quellenangabe erhobene Behauptung,¹⁰ die Deutschen hätten 1914 in Belgien Geiseln zu Hunderten und Tausenden erschossen: üble deutschfeindliche Propaganda. Noch 1921 wurde die Kriegsschuldanklage erneuert: Als im März 1921 Deutschland Frieden mit den USA schloß, die das Versailler Diktat nicht ratifiziert hatten, erklärte der US-Staatssekretär Charles E. HUGHES in einem Telegramm vor der Vertragsunterzeichnung: »Die hiesige Regierung

⁷ Jörg Friedrich WOLLENBERG (Hg.), *Licht in den Schatten der Vergangenheit*, Ullstein Zeitgeschichte Nr. 93088, Ullstein, Berlin 1987. Dort S. 26-42 Aufsatz vom *Zeit*-Redakteur Karl-Heinz JANSSEN, »Versailles in Nürnberg«: ein Paradebeispiel für Geschichtsfälschung.

⁸ Ebenda, S. 31.

⁹ Siehe Beitrag Nr. 52: »Eisners Dokumentenfälschung«.

¹⁰ WOLLENBERG, aaO. (Anm. 14), S. 28.

hält im Verein mit den Regierungen der Alliierten Deutschland für den Krieg verantwortlich.«¹¹

Unzählige Persönlichkeiten aus allen Schichten haben das Diktat von Versailles erkannt und verurteilt. Selbst die frühere französische Kaiserin EUGENIE (1828-1920), die Witwe NAPOLEONS III., hat das Diktat von Versailles als Keimzelle weiterer Kriege gesehen:¹² »In jedem Artikel dieses Friedensvertrages sehe ich ein kleines Ei, eine Keimzelle weiterer Kriege.«

⇒ Am 9. Juli 1925 veröffentlichte der französische Schriftsteller Victor MARGUERITE in der Pariser Zeitung *Ere Nouvelle* einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt:¹³

»Nur ein Mißverständnis trennt die Welt vom Frieden. Dieses verewigt den kriegerischen Geist zwischen den ehemaligen Kriegführenden, besonders zwischen Frankreich und Deutschland, der notwendigerweise aus dem vom Rachedanken untrennbaren Gefühl der Ungerechtigkeit geboren wird. Die öffentliche Meinung in Deutschland erträgt nur mit tiefer Entrüstung die Artikel 220 bis 230 des Versailler Vertrages und jenen Artikel 231...

Die deutsche Nation beugt sich vor der durch internationale Abmachungen festgelegten materiellen Reparationspflicht. Was die deutsche Nation aber nicht annimmt, ist, den Weltkrieg allein verschuldet zu haben, ihr durch Gewalt entrissenes Geständnis, gegen das sie vor und nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages fortdauernd protestiert hat.

Der Artikel 231, welcher das Schuldgeständnis enthält, wurde Deutschland, wie die amtlichen Urkunden beweisen, unter der Drohung abgepreßt, den Krieg sofort bis zur völligen Vernichtung Deutschlands wieder aufzunehmen. Diesem jeder Zivilisation unwürdigen Vorgehen können wir unmöglich eine rechtliche Kraft zuerkennen.

Die Zeit der summarischen Verfahren, die keine Berufung kennt, ist vorbei. Es ist ebenso widerrechtlich, ohne ein geordnetes Verfahren ein Volk zur Unehre zu verdammen, wie einen Angeklagten zum Tode. Wir Franzosen, die wir um die Ehre unseres Landes besorgt sind, glauben auch fest, daß jede Verletzung der Gerechtigkeit zukünftiges Unheil nach sich ziehen muß. Wir wollen nicht den Vorwurf auf uns nehmen, die Grundsätze verletzt zu haben, auf welche wir selbst uns berufen.«

¹¹ *Papers relating to the Foreign relations of the United States, 1921*, Washington 1936, Bd. II, S. 40.

¹² Harold KURTZ, *Eugenie - Kaiserin der Franzosen*, Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1964.

¹³ Abgedruckt in einem Flugblatt des *Deutschen Fichte-Bundes e.V.*, Hamburg, im Jahre 1925. Zu den zahlreichen Unterzeichnern gehörten die bekannten Schriftsteller Georges COURTELINE, Georges DUHAMEL, Lucien DAUDET, Francis DELAISI, Jules ROMAINS, Maurice ROSTAND und Jean ROSTAND.

Bundesrepublik zahlt 2000 noch für Versailler Diktat

Ende 1997 wiesen Presseberichte darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland immer noch Zahlungen für Forderungen aus dem Versailler Diktat von 1919, das den Ersten Weltkrieg abschloß, zu leisten habe. Ein Bundesbürger wandte sich daraufhin mit einem Brief an den Bundesminister der Finanzen in Bonn und fragte an, in welcher Höhe und an wen im Bundeshaushalt 1997 derartige Zahlungen erfolgt seien und wieviel die Bundesrepublik noch in Zukunft zu zahlen habe.¹

In dem vierseitigen Schreiben des Bundesfinanzministeriums² wurde erfreulich ausführlich Antwort gegeben. Es heißt darin:

»Die in Ihrem Schreiben vom 2. Januar 1998 angesprochenen Schulden resultieren aus Staatsanleihen, die vom Deutschen Reich in der Zeit von 1924 bis 1930 im Ausland begeben wurden. Die Tilgung der Schulden aus diesen deutschen Vorkriegs-Auslandsanleihen ist in dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden - Londoner Schuldenabkommen (LschA) - vom 27. Februar 1953 (Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1953 II S. 331) geregelt. ..

Der Friedensvertrag von Versailles legte Deutschland untragbare wirtschaftliche Lasten auf, was mit zum beschleunigten Niedergang der Weimarer Republik beigetragen hat. In dem Vertrag wurden Gesamthöhe und Dauer der Reparationsleistungen nicht festgelegt. Das blieb einer sogenannten Reparationskommission überlassen. Nach langwierigen Berechnungen und Verhandlungen kam es 1921 zum sogenannten Londoner Ultimatum, das zu einer Anerkennung der Reparationsschuld in Höhe von rund 138 Milliarden Goldmark führte, die in Jahresraten von 2 Milliarden Goldmark zuzüglich von 26 % der deutschen Exporterlöse zu tilgen war, und zwar sowohl durch Geld- als auch durch Sachleistungen. Geringfügige Unterschreitungen dieser Leistungen - unter anderem bei Kohlelieferungen an Frankreich - führten zur Besetzung des Ruhrgebietes (10. Januar 1923) und zum passiven Widerstand. Dadurch wurden eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland, die rasch fortschreitende Inflation und schließlich der Zusammenbruch der Währung mitverursacht. Deshalb mußten die alliierten Forderungen an die - zuvor überschätzte - Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft angepaßt werden.

Dem diente das unter Einschaltung der USA abgeschlossene DAWES-Abkommen (16. August 1924). Darin wurde jedoch nur die Höhe der anfänglichen jährlichen Zahlungen - beginnend mit einer Jahresrate von 1 Milliarde Goldmark für 1924/25 und ansteigend auf 2,5 Milliarden Goldmark -, nicht

¹Kopie des Briefes vom 2. 1. 1998 liegt dem Verfasser vor.

²Kopie des Briefes vom 11. 2. 1998 liegt dem Verfasser vor.

aber die Gesamtsumme der Reparation festgelegt. Diesen Zahlungsverpflichtungen kam das Deutsche Reich bis etwa 1929 im wesentlichen nach, allerdings unter Inkaufnahme einer beträchtlichen - auch kurzfristigen - Verschuldung gegenüber ausländischen Kapitalgebern. Die dadurch verursachte Zinsbelastung (bis zu 1,5 Milliarden Reichsmark jährlich ansteigend) sowie die beginnende Wirtschaftskrise führten zur Ablösung des DAWES-Plans durch den Young-Plan (rückwirkend in Kraft getreten am 1. September 1929). Dieser legte die Gesamtsumme und das Ende der Reparationen mit 59 Jahresraten (bis 1988! H.W.) von 2 Milliarden Reichsmark fest. Die krisenhafte Entwicklung der Jahre 1930/31 - Kündigung von Auslandskrediten, starke Gold- und Devisenabflüsse - erschütterten das Gefüge der deutschen Wirtschaft und Währung und führten praktisch zur Zahlungsunfähigkeit. Das HOOVER-Moratorium brachte im Juli 1931 die Einstellung aller Rückzahlungen von Kriegsschulden und Reparationen zunächst für ein Jahr. Das Abkommen von Lausanne vom 9. Juli 1932 führte zur Festsetzung einer Restschuld von 3 Milliarden Reichsmark, die jedoch nicht mehr beglichen wurde.

Das Deutsche Reich hat nach alliierter Berechnung auf die gesamte Reparationsforderung des Ersten Weltkrieges 21,8 Milliarden Mark, nach deutscher Berechnung 67,7 Milliarden Mark, geleistet. Die Differenz entsteht hauptsächlich aus der unterschiedlichen Bewertung der Sachlieferungen.

Die vom Deutschen Reich zur Erfüllung von Reparationsverpflichtungen aus dem Ersten Weltkrieg im Ausland aufgenommenen Anleihen - als wichtigste Anleihe wäre zu nennen: die DAWES-Anleihe von 1924, die YOUNG-Anleihe von 1930 und die Zündholz- oder KREUGER-Anleihe von 1930 - waren ihrem Charakter nach keine Reparationsschulden des Reichs. Sie standen jedoch im Zusammenhang mit deutschen Reparationsschulden aus dem Ersten Weltkrieg. Inwieweit die Bundesrepublik Deutschland für Schulden aus den Vorkriegs-Auslandsanleihen und den anderen Auslandsverbindlichkeiten des Deutschen Reiches aufzukommen hat, ist im Londoner Schuldenabkommen geregelt, das die Rahmenbedingungen zur Schuldenregelung und Empfehlungen zu einzelnen Forderungskategorien der Vorkriegsschulden enthält. Diese Regelung war rechtlich und ökonomisch eng verknüpft mit den Abkommen mit den drei Westalliierten über die Nachkriegswirtschaftshilfe (u.a. MARSHALL-Plan, H.W.), die gleichzeitig unterzeichnet wurden.

Im Dezember 1951 einigten sich die drei Westalliierten mit der Bundesrepublik Deutschland über die Rückzahlungsbedingungen für die Nachkriegswirtschaftshilfe unter der Bedingung, daß die deutschen Vorkriegsschulden einer einvernehmlichen Regelung zugeführt würden. Diese Regelung der Vorkriegsschulden war Gegenstand einer Konferenz, die vom 28. Februar bis zum 8. August 1952 in London tagte und im Ergebnis zum Londoner Schuldenabkommen führte. Beteiligt waren 22 Gläubigerländer...

Die Bundesrepublik Deutschland hat die im Londoner Schuldenabkommen übernommenen Verpflichtungen bezüglich der Tilgung von Schulden

des Deutschen Reiches in vollem Umfang erfüllt; die Vorkriegs-Auslandsanleihen sind inzwischen - bis auf einen kleinen Restbetrag - getilgt.

Auf die YOUNG-Anleihe wurden von der Bundesrepublik bis 1980 rd. 990 Millionen DM an die Inhaber von Bonds dieser Anleihe gezahlt. Daneben wurden von der DAWES-Anleihe rd. 341 Millionen DM und der KREUGER-Anleihe rd. 200 Millionen DM durch Einlösung der von den Inhabern vorgelegten Bonds vom Bund getilgt.

Offen ist noch die Abgeltung von Zinsrückständen aus den Jahren 1945 bis 1952 für die Vorkriegs-Auslandsanleihen des Deutschen Reiches (DAWES-Anleihe 40,2 Millionen DM, YOUNG-Anleihe 175,8 Millionen DM und KREUGER-Anleihe 23,4 Millionen DM - Stand 3. Oktober 1990). Die Entschädigung der Zinsrückstände wurden im Londoner Schuldenabkommen mit Rücksicht auf die Gebietsverluste Deutschlands und der dadurch bedingten Minderung der Wirtschaftskraft bis zu einer Wiedervereinigung zurückgestellt. Mit der Herstellung der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 sind die Voraussetzungen nach Artikel 25 Buchstabe a) i.V. m. Anlage I. A LSchA für die Bedienung der Zinsrückstände aus vorgenannten Anleihen eingetreten. Danach sind für diese Zinsrückstände Fundierungsschuldverschreibungen mit der Laufzeit von 20 Jahren auszugeben, die nach Maßgabe der Anlage I. des LSchA zu erfüllen sind. In 1997 wurden an Zinsen rd. 6,9 Mio. DM und für Tilgungen rd. 3,3 Mio. DM gezahlt.«

Offenbar sind also bis zum Jahre 2010 noch Zinsen und Tilgung aus Folgen des Versailler Diktats zu bezahlen.

In diesem Zusammenhang sei an die Mahnung des römischen Redners und Politikers Marcus Tullius CICERO (55 v. Chr.) erinnert:

»Der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben!«

Eisners Dokumentenfälschung

Nach einer ersten Meuterei in Deutschland im Jahre 1917 hatte gegen Ende des Ersten Weltkriegs - im November 1918 - eine Meuterei in der deutschen Hochseeflotte die deutsche Niederlage beschleunigt. Diese Meuterei wird heute weithin als »Revolution« gefeiert.

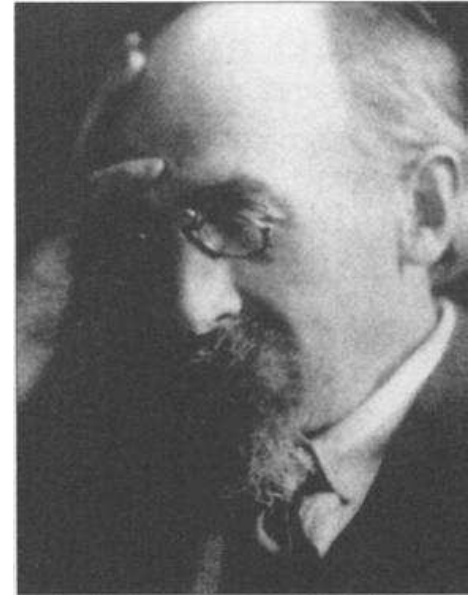
Die Hintermänner dieser Meuterei saßen im Reichstag und waren zumeist Abgeordnete der USPD.¹ Die Meuterei fand vorwiegend in Kiel und anderen Hafenstädten statt. Etwas Besonderes ereignete sich in München. Dort lebte eine kleine Gruppe radikaler, vorwiegend jüdischer Intellektueller wie Kurt EISNER, Erich MÜHSAM, Ernst TOLLER, Gustav LANDAUER und anderer.² Eine besondere Rolle spielte 1918/19 der genannte Kurt EISNER.

EISNER wurde am 14. 5. 1867 in Berlin als Sohn des jüdischen Militär-Effekten-Fabrikanten Emanuel EISNER (vorher wohl KOSMANOWSKI, dem EISNERS Enkelin widersprach) geboren. Nach Studien in Philosophie und Germanistik war er seit 1889 journalistisch tätig. 1892 wurde er Redakteur der *Frankfurter Zeitung* (heute *FAZ*). Nachdem er der SPD beigetreten war, war er 1899-1905 politischer Redakteur bei der Parteizeitung *Vorwärts*. 1897 war er wegen »Majestätsbeleidigung« zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Seit 1910 lebte EISNER in München und arbeitete dort für verschiedene sozialdemokratische Blätter. 1917 trat er in die USPD¹ ein, wurde einer ihrer führenden Politiker und leitete ihren Münchener Verband. Im Januar 1918 beteiligte er sich an dem berüchtigten Munitionsarbeiterstreik, der - genau während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk - unter Einwirkung der Bolschewisten stattfand. EISNER wurde daraufhin zu acht Monaten Haft verurteilt, am 14. Oktober 1918 wurde er aus der Haft entlassen.

¹ Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) war eine Abspaltung des ganz radikalen linken Flügels der SPD. Diese Abspaltung geschah auf dem SPD-Parteitag in Gotha Ostern 1917. Aus ihr bildete sich Ende 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) unter Rosa LUXEMBURG und Karl LIEBKNECHT. Auf dem Gründungsparteitag der KPD erklärte Rosa LUXEMBURG unter großem Beifall: »Parteigenossen, noch eine kleine Bemerkung über WINNIG. ..., daß die deutschen Gewerkschaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben, sind. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen) Wissen Sie, wohin diese Leute, WINNIG, EBERT, SCHEIDEMANN, gehören? Nach dem deutschen Strafkodex, den sie ja selbst in voller Gültigkeit erklären und nach dem sie selbst Recht sprechen lassen, gehören diese Leute ins Zuchthaus! (Stürmische Zurufe und Händeklatschen)...«

Rosa LUXEMBURG, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1974.
(Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED)



Am Nachmittag des 7. 11. bis zum Morgen des 8. 11. 1918 vollzog sich eine völlig unblutige Umwälzung in Bayern.² König LUDWIG III. (1845-1921) floh nach Ungarn, wo er 1921 starb. EISNER führte einen Zug von mehreren 10 000 Menschen von der Theresienwiese zum Münchener Landtag an, proklamierte die Republik und übernahm die Macht. Er machte sich zum Ministerpräsidenten einer USPD-SPD-Revolutionsregierung und steuerte einen reichsfeindlichen Kurs mit Unterstützung der Sowjetregierung. Die Gefängnisse wurden gestürmt und die Kriminellen freigelassen.

Am 12. Januar 1919 waren in Bayern Landtagswahlen. EISNERS Partei, die USPD, erhielt eine vernichtende Niederlage, indem sie nur drei Mandate gewinnen konnte. EISNER hätte sofort als bayerischer Ministerpräsident zurücktreten müssen. Angeblich wollte er es Ende Februar. Auf dem Weg zum Landtag wurde er jedoch am 21. Februar 1919 von dem Jurastudenten Leutnant Graf ARCO AUF VALLEY erschossen. Er war sofort tot.³

In vielen Aufsätzen über EISNER wie in Lexika unter dem Stichwort >Eisner< wird seine folgenschwere Dokumentenfälschung verschwiegen. In den Geheimschränken des Münchener Ministeriums hatte er Dokumente gefun-

Von links: Erich MÜHSAM, Graf ARCO AUF VALLEY und Kurt EISNER (1867-1919). Der ehemalige *Vorwärts*-Journalist galt in SPD-Kreisen als Sozialist ethisch humanitärer Gesinnung< (sic). Er wurde an dem Tag (21. 2. 1919) ermordet, an dem seine Abwahl im Landtag erfolgen sollte.

² Georg FRANZ-WILLING, *Ursprung der Hitler-Bewegung 1919-1922*. K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf 21974.

³ Auf den Grafen ARCO wurde anschließend wild eingeschossen und eingeschlagen. Aber er war nicht sofort tot, sondern wurde in die Klinik zu Prof. SAUERBRUCH eingeliefert, wo er gerettet wurde. (Ferdinand SAUERBRUCH, *Das war mein Leben*, Kindler, München 1951, S. 316-330) Die Ermordung EISNERS durch Graf ARCO hat nichts mit der Tatsache zu tun, daß EISNER Jude war. Graf ARCO war selbst Halbjude. Er war ein bayerischer Nationalist, der nur gegen das ungeheure Chaos war, das EISNER seiner geliebten bayerischen Heimat bereitet hatte. Graf ARCO war auch nie ein Anhänger der HITLER-Bewegung. Er starb im Sommer 1945 in der Nähe von Salzburg an den Folgen eines Autounfalls.

den, mit denen er beweisen wollte, daß der Erste Weltkrieg 1914 angeblich von Berlin planmäßig und mit Vorbedacht entfesselt worden sei.⁴ Am 23. November 1918 diktierte EISNER seinem Geheimsekretär FECHENBACH Auszüge für die Presse, die diese am 24. November 1918 als sogenannte Enthüllungen brachte. Die Alliierten benutzten dieses Schuldbekenntnis nur,⁵ um ihre eigene grausame Härte im Diktat von Versailles, insbesondere im »Kriegsschuldartikel« 231, zu rechtfertigen.⁶

Den sogenannten Enthüllungen EISNERS liegen vier aus den bayerischen Akten herausgenommene Dokumente zugrunde:

a) Der Bericht des bayerischen Geschäftsträgers⁷ in Berlin, Legationsrat Hans VON SCHOEN, an den bayerischen Ministerpräsidenten Graf HERTLING vom 18. Juli 1914. Bei EISNER wurde er bruchstückweise mit wesentlichen Auslassungen und falsch als Bericht des Gesandten Graf LERCHENBERG wiedergegeben.

b) Eine Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli 1914. Daraus wurde ein Satz, aus dem Zusammenhang gerissen, entnommen.

c) Eine zweite Fernsprechmeldung vom gleichen Tag, die abends angekommen ist. Sie wurde wörtlich abgedruckt.

d) Der Bericht des Grafen LERCHENBERG vom 4. August 1914. Daraus wurde eine Stelle über Belgien entnommen.

Genaue Einzelheiten können der umfassenden Darstellung von Pius DIRR⁴ entnommen werden.

Der Prozeß um die EISNERSchen Fälschungen fand vom 27. April bis 11. Mai 1922 vor dem Amtsgericht München I statt. Es wurden fast alle erreichbaren Zeugen dazu gehört. Berühmte Professoren kamen als Gutachter zu Wort. Vom Gericht wurde die Veröffentlichung EISNERS eindeutig als Fälschung erkannt (eine »Fälschung im wahren Sinne des Wortes«),

Weiterführende Literatur:

Franz SCHADE, *Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie*, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1961.

Heinrich NEUBAUER, *München und Moskau 1918/19*, Isar-Verlag, München 1958.

Heinrich HILLMAYR, *Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918*, Nusser, München 1974.

⁴ Pius DIRR (Hg.), *Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch*, R.

Oldenbourg, München 1925, S. XXVIII.

⁵ Ebenda, S. XXIX.

⁶ *Antwort der alliierten und assoziierten Mächte* (Mantelnote), Reimar Hobbing, Berlin 1919.

⁷ Vor dem Ersten Weltkrieg hatten manche deutsche Länder diplomatische Vertretungen beim Reich in Berlin.

Führungskräfte des Bolschewismus

Jahrzehntelang blieben nach 1945 die Massenverbrechen der Sowjets, weil diese Mitsieger von 1945 waren, in der Weltöffentlichkeit unerwähnt. Sie wurden ebenso verdrängt wie die dabei entscheidende Rolle der Hauptakteure. Erst das *Schwarzbuch des Kommunismus* von Stéphane COURTOIS (1998)¹ und nachfolgende Dokumentationen machten diese Vorgänge wieder in weiteren Kreisen bekannt.

Aber auch die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ist ohne die bolschewistische Revolution von 1917 und deren Folgen nicht zu verstehen. Die Entwicklung des Nationalsozialismus und des Antisemitismus im Reich ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die Deutschland von 1919 bis 1933 bedrohende Gefahr des in Rußland seit Jahren grausam wütenden Kommunismus, worauf zum Beispiel der Berliner Historiker Ernst NOLTE in seinem den Historikerstreit von 1986 auslösenden Artikel² hinwies.

Für die damals von vielen gezogene Verbindung von Bolschewismus und Judentum gibt es viele Anhaltspunkte. Unter der Überschrift »Ein historisches Recht Hitlers?« brachte *Der Spiegel* 1994 ein Interview mit dem Faschismusfachmann Ernst NOLTE.³ Dieser führte darin aus, daß in HITLERS Überzeugung der Bolschewismus menschlich-persönliche Urheber in den Juden gehabt habe. Der Historiker fügte hinzu: »Und im Rahmen dieser Überzeugung hatte er recht.« Ein Jahr früher hatte NOLTE geschrieben: »Die Überzeugung, daß >die Juden< die Urheber des Bolschewismus seien, war nicht nur bei HITLER und HIMMLER, bei GOEBBELS und HEYDRICH ganz aufrichtig, sondern auch in großen Teilen der Wehrmacht, der führenden Schicht und des Volkes. Der Vernichtungswille resultierte aus Vernichtungsfurcht. .. Den Antisemitismus der Nationalsozialisten von ihrem Antibolschewismus ablösen zu wollen, ist töricht.«⁴ Und er zitiert in diesem Zusammenhang »die eindrucksvolle Formulierung eines Rabbiners: >The TROTZKIS make the révolutions, and the BRONSTEINS pay the bills.« (Die Trotzki machen die Revolutionen, und die BRONSTEINS bezahlen die Rechnungen.)⁵

Bereits frühe Äußerungen weisen auf diesen Zusammenhang hin. So erklärte LENIN im Januar 1917: »Die Juden stellen einen besonders hohen Prozentsatz (im Verhältnis zu der Gesamtzahl der russischen Bevölkerung, R. K.)

¹ Stéphane COURTOIS (Hg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, Bd. 1, Piper, München 1998; Bd. 2004.

² Ernst NOLTE, »Vergangenheit, die nicht vergehen will«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. 6. 1986.

³ *Der Spiegel*, Nr. 40, 1994.

⁴ Ernst NOLTE, *Streitpunkte*, Propyläen, Berlin-Frankfurt 1993, S. 394.

⁵ Ebenda S. 475

⁶ In einem Vortrag am 22. 1. 1917 in Zürich, in: Wladimir

I. LENIN, *Sämtliche Werke*, Bd. XIX, S. 452.

⁷ J. F. RODITSCHEW u. Alfred NOSSIG, *Bolschewismus und Judentum*, Berlin 1921, S. 21.

⁸ Ebenda, S. 31

⁹ Sonja MARGOLINA, *Das Ende der Lügen. Rußland und die Juden im 20. Jahrhundert*, Siedler, Berlin 1992.

¹⁰ Ebenda, S. 115.

der Leiter der revolutionären Bewegung. Auch jetzt, das sei beiläufig bemerkt, haben die Juden das Verdienst, einen merklich höheren Prozentsatz an Vertretern der internationalistischen Strömung als andere Nationen aufzuweisen.«⁶ In einer betont judenfreundlichen Schrift von 1921 des 1864 in Lemberg in einer jüdischen Familie geborenen Alfred NOSSIG und J. F. RODITSCHEW heißt es: »Jeder, der zur Zeit der Vollentwicklung des bolschewistischen Regimes in Rußland war, wird es bestätigen, daß Personen jüdischer Abstammung nicht nur in leitenden Komitees der Bolschewiki, sondern auch in allen Ämtern und sogar in der Tscheka, der staatlichen Henkerorganisation, in auffallend großer Zahl zu finden sind.«⁷ Es wird dort auch angeführt, daß das polnische Episkopat 1920 beim Vormarsch der russischen Heere nach dem Zurückschlagen des angreifenden polnischen Heeres unter PILSUDSKI die Bischöfe der ganzen Welt gegen »den Welteroberungsfeldzug der jüdischen Rasse« zu Hilfe rief.⁸ Neuere Veröffentlichungen, so von der russischen Jüdin Sonja MARGOLINA,⁹ bestätigen den hohen Anteil jüdischer Personen an den Führern der bolschewistischen Herrschaft in den Anfangsjahren. Sie begründen diesen Umstand mit der Tatsache der Unterdrückung dieser Bevölkerungsschicht im zaristischen Rußland mit zahlreichen Pogromen: »Die Juden waren die Würze in der Suppe der europäischen Kultur. In Rußland haben sie sie versalzen.«¹⁰

Statistische Zahlen untermauern diese Feststellungen. In den Jahren 1901 bis 1903 waren 29,1 Prozent der staatlich verhafteten Führer der russischen Revolutionäre Juden, 1905 bereits 34 Prozent, weitaus mehr als der jüdische Anteil von rund 1,8 Prozent an der Bevölkerung der Sowjetunion. Auf dem Parteitag der Bolschewiki im August 1917 saßen unter den elf Mitgliedern des Präsidiums sechs Juden. Im für die Leitung der Oktoberrevolution eingesetzten siebenköpfigen Politbüro finden wir vier Juden.

Von den zehn für die Oktoberrevolution 1917 wichtigsten Personen, den Mitgliedern des sowjetischen Politbüros, waren sechs Volljuden (Geburtsnamen in Klammern): Leo Dawidowitsch TROTZKI (Bronstein), Grigorij SOKOLNIKOW (Brillant), Grigorij SINOWJEW (Apfelbaum), Leo Borissowitsch

Von links:

LEO TROTZKI,

Grigorij SINOWJEW,

Leo KAMENEW und

Maxim LITWINOW.





Leo TROTZKI, der eigentliche Organisator der Oktober-Revolution, nimmt hier eine Parade seiner Armee auf dem Roten Platz in Moskau ab. Der zweite rechts von ihm ist L. KAMENEW. Aus: Hugo POTISCH, *Hört die Signale. Aufstieg und Fall des Sowjetkommunismus*, Kremayr, Wien 1991.

KAMENEW (Rosenfeld), Jakob SWERDLOW (Auerbach) und Moses URITZKI. Unter LENINS Führung (1918-1922) betrug der jüdische Anteil am Zentralkomitee der KPdSU im Durchschnitt 26 Prozent, am Politbüro im Jahre 1922 sogar 43 Prozent. Nach der Revolution gab es vor der Säuberung durch STALIN im Rat der Volkskommissare unter den 22 Mitgliedern 17 Juden, im Außenkommissariat waren es 13 von 16, im Kriegskommissariat 33 von 43, im Amt der Finanzen 30 von 34, im Justizamt 20 von 21, im Kultusamt 41 von 52, im Versorgungsamt 6 von 6, im Arbeitsministerium 7 von 8, bei der amtlichen Presse 41 von 41. In einer Gruppe von 22 bolschewistischen Agenten, die im Januar 1919 von Moskau nach Wien gesandt wurden, waren 21 Juden vertreten.

Zu den in der Sowjetunion nach 1917 führenden Juden gehörten außer den oben genannten Maxim M. LITWINOW (Finkelstein), Karl RADEK (Sobelsohn), LAGESKY (Krachmann), BOGDANOFF (Silberstein), WOLADARSKY (Cohen), PIATNITZKY (Lewin), ZWEDITSCH (Fonstein), MACLAKOWSKY (Rosenbaum), LOPINSKY (Löwenstein), WOBROW (Nathanson), M. I. JAROSLAWSKI (Gubelmann), MARTOW (Zederbaum), TSCHERNOW (Liebermann), STECKLOW (Nechamkes), GOREW (Goldmann), SUCHANOW (Gimmer), KAMKOW (Katz), Lazar KAGANOWITSCH. Die Chefs und leitenden Personen der russischen Geheimpolizei (Tscheka, GPU, NKWD, MWD) waren bis zu GORBATSCHOWS Zeit meist jüdischer Abstammung: TROTZKI, URITZKI, SWERDLOW, MENZHINSKI, JAGODA, KRUGLOW, SCHELEPIN, ANDROPOW. Bei den Verhandlungen zu dem am 3. 3. 1918 unterzeichneten Frieden von Brest-Litowsk gaben auf sowjetischer Seite die Juden Leo TROTZKI, JOFFE, Leo Borissowitsch KAMENEW, Grigorij SOKOLNIKOW und Karl RADEK neben wenigen Russen den Ton an.

Ähnliche Verhältnisse galten 1919 in Ungarn unter der kommunistischen Herrschaft des Juden Bela KUN: Unter den 26 Volkskommissaren entstammten 18 jüdischen Elternhäusern; bei einem jüdischen Bevölkerungsanteil von 7 Prozent hatte diese völkische Minderheit 70 Prozent der Regierungsposten inne.

Unter den Führern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und den Anführern marxistischer Aufstände im Reich befanden sich ab 1918 herausragend viele Juden: Rosa LUXEMBURG, Oskar COHN, Karl KAUTSKY als Theoretiker, Otto LANDSBERG und Hugo HAASE als »Volksbeauftragte« in Berlin, Kurt EISNER mit LEVINE, Ernst TOLLER, Erich MÜHSAM bei der Rätereherrschaft 1919 in München, EPPSTEIN, RUBEN, HAMMER, OCHEL und WOLFSTEIN beim roten Aufstand an der Ruhr 1920. Paul HIRSCH wurde nach der Revolution 1918 preußischer, GRADNAUER sächsischer Ministerpräsident. In der ersten Zeit der Republik waren über 80 Prozent der Führungsposten in der KPD um Rosa LUXEMBURG und Karl LIEBKNECHT mit Personen jüdischer Abstammung besetzt, während der Bevölkerungsanteil dieser Minderheit im Deutschen Reich um ein Prozent betrug. Willi MÜNZENBERG wirkte bis 1933 als Zeitungskönig in Berlin, viele sozialistische Blätter hatten mehrheitlich oder maßgebend jüdische Redakteure. Die große Frau der KPD, Klara ZETKIN aus jüdischer Familie, eröffnete als Alterspräsidentin am 30. August 1932 den Reichstag und drückte dabei ihre Hoffnung aus, noch ein »Sowjetdeutschland« zu erleben.



Klara ZETKIN (1857-1933), sie war Mitbegründerin des Spartakusbundes und der Unabhängigen Sozialistischen Partei (USPD).

Davor hatten die Deutschen, die durch Literatur¹ und politische Information über diese Verhältnisse unterrichtet waren, 1933 Angst, und sie wandten sich, auch ohne Antisemiten zu sein, mehrheitlich gegen den Bolschewismus.

In dem Aufsatz »Winston CHURCHILL und der jüdische Bolschewismus«² bringt Dankwart KLUGE den Wortlaut eines vierspaltigen Artikels Winston CHURCHILLS, den der damals sechsvierzigjährige Kriegsminister am 8. Februar 1920 in der Zeitung *Illustrated Sunday Herald* veröffentlichte. Darin befaßt sich CHURCHILL unter anderem mit den Aufbauleistungen der Juden in Rußland.

Rolf Kosiek

¹ U.a.: Axel VON FREYTAG-LORINGHOVEN, *Geschichte der russischen Revolution*, München 1919; Sergej P. MELGUNOW, *Der rote Terror in Rußland 1918-1923*, Berlin 1924; F. PLATTEN, *Die Reise Lenins durch Deutschland im plombierten Wagen*, Berlin 1924; Theodor FRITSCH, *Handbuch der Judenfrage*, Hammer, Leipzig ³⁵1933.

² Dankwart KLUGE, »Winston Churchill und der jüdische Bolschewismus«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, 4/2003, S. 33 f.